Steuern: Gewiefte Täuschung Seite 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 45 – 9. November 2013

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Ströbele (r.) instrumentalisierte Snowden nur: Vaterländische Verpflichtung ist das Letzte, was den Grünen-Politiker antreibt Bild: pa

Souveränität muss man wollen

NSA-Affäre: Trotz Unmuts will Berlin das Verhältnis zu den USA nicht überdenken

Die Schieflage in der Beziehung zwischen Deutschland und den USA ist vor allem im deutschen Selbstverständnis begründet.

Einer peinlichen Situation begegnet man am besten durch ein schnelles, resolutes Wort. So ließ sich Kanzlerin Angela Merkel im Bunde mit ihrem mutmaßlichen Koalitionspartner SPD nicht viel Zeit, um klarzustellen: Kein Asyl für Edward Snowden in Deutschland, aus rechtlichen Gründen und wegen der „überragenden Bedeutung der transatlantischen Beziehungen“.

Auf diese „Beziehungen“ fällt nach Snowdens Enthüllungen indes ein fahles Licht: Unter Bruch deutschen Rechts haben US-Spitzel Millionen Deutsche bis hin zur Kanzlerin zum Spionage-Objekt gemacht. Empörung darüber beantworten amerikanische Offizielle gar nicht oder mit einem Achselzucken: So sei das eben, das machten doch alle so.

Ebenso „normal“ ist es allerdings, dass man Überläufern, die dem Ausgespähten verraten, was die andere Seite bei ihm getrieben hat, Schutz gewährt. Doch das soll nun plötzlich nicht mehr gelten.

Kurz gesagt: Den USA ist es erlaubt, Deutschland wie jedes beliebige Land der Welt zu traktieren und entsprechend Staat, Volk und Wirtschaft auszuspionieren. Andersherum aber verpflichtet sich Berlin, die USA als „überragenden“ Verbündeten zu behandeln und eben nicht als Staat wie jeden anderen.

Diese Schieflage der Beziehungen ist nun jedem Deutschen unter die Nase gerieben worden, und das ist gut so. Denn vielleicht ringt sich nun der eine oder andere zu der Frage durch, wie es zu diesem Herr-und-Vasall-Verhältnis kommen konnte. Der verlorene Krieg? Zu lange her. Die geringe Größe Deutschlands? Viel kleinere, schwächere Länder pochen erfolgreicher auf ihre Souveränität.

> Union und SPD sehen Vasallenrang als unabänderlich an

Den eigentlichen Grund für die schmähliche Position Deutschlands offenbarte die Snowden-Debatte selbst: Gerade die, die jetzt besonders laut die nationale Souveränität und Selbstbehauptung der Deutschen einklagen, verteufeln derlei Forderungen an anderer Stelle als „rückwärtsgewandten Nationalismus“. Sie können nationale Hoheit nicht schnell genug an Europa, ja die ganze „Weltgemeinschaft“ loswerden und weigern sich, Bundeswehr und Auslandsgeheimdienst die Mittel zu geben, die nötig wären, um nicht mehr nur Trittbrettfahrer der USA zu sein. Hans-Christian Ströbele und Gregor Gysi handeln aus Hass auf die USA, nicht aus dem Gefühl vaterländischer Verpflichtung. Sie fordern Richtiges aus falschem Grund. Union und SPD wiederum sehen Deutschlands Vasallenrang als unabänderliches Schicksal an.

Diese Grundhaltungen müssen erst geändert werden, bevor man sich in Berlin ernsthaft daran machen kann, die deutsche Souveränität auf ein angemessenes Niveau zu heben. Echte Souveränität muss zuallererst wirklich gewollt werden. Sie muss von innen kommen, nur dann hat sie auch eine Chance, draußen respektiert zu werden. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Regeln fehlen

Politiker rangieren auf der Beliebtheitsskala der Berufsgruppen seit Jahren an letzter Stelle. Wie zur Bestätigung, dass sie dort auch wirklich hingehören, wechselt Kanzleramtsstaatsminister Eckart von Klaeden (CDU) ohne Einhaltung einer Schamfrist auf den lukrativen Posten des Bereichsleiters Politik und Außenbeziehungen in der Daimler-Chefetage. Die Autobauer machen noch nicht einmal einen Hehl daraus, wie sehr sie das freut, denn er bringt genügend Insiderwissen aus der Politik mit, um seinem zukünftigen Arbeitgeber einen gehörigen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Der Arbeitsplatz wurde frei, weil Martin Jäger, früher Sprecher des Auswärtigen Amtes unter Frank-Walter Steinmeier (SPD), nach dem Willen des scheidenden Außenministers Guido Westerwelle (FDP) Botschafter in Kabul werden soll. Diese über die Parteigrenzen hinweg praktizierte Personalverschiebung ist mehr als dreist.

Niemand kann von einem ausgeschiedenen Politiker erwarten, dass er fortan die Hände in den Schoß legt. Und jemandem wie von Klaeden, der nichts außer Politik kann und gemacht hat, bleibt kaum etwas anderes übrig, als sich der Wirtschaft als Lobbyist anzudienen. Es macht jedoch einen Unterschied, ob ein ehemaliger Ministerpräsident ein halbes Jahr nach seinem Amtsverzicht bei einem Baukonzern anheuert oder ob ein Staatsminister verzugslos Cheflobbyist eines Automobil- und Rüstungskonzerns wird. Für solche Wechsel muss es unbedingt klare Regeln mit verbindlichen Karenzzeiten geben. Denn es kann nicht sein, dass Politiker ein Privileg genießen, das jedem anderen Staatsdiener durch das Beamtenrecht aus gutem Grund verwehrt wird.

Teures Gespann

Sollte Juncker auf Barroso folgen, fallen letzte Hemmungen

Die Parlamentswahlen, die im Oktober im Kleinstaat Luxemburg abgehalten wurden, können noch erhebliche Folgewirkungen auf die EU haben. Zwar haben die Christsozialen des Langzeitpremiers Jean-Claude Juncker die meisten Stimmen geholt, Luxemburgs Sozialisten schmieden allerdings mit Liberalen und Grünen an einer Dreierkoalition zur Regierungsübernahme. Je mehr die Chancen für Juncker schwinden, wieder Premier im Großherzogtum zu werden, desto wahrscheinlicher wird die Fortsetzung seiner Karriere in Brüssel. Neben der ebenfalls aus Luxemburg stammenden EU-Kommissarin Viviane Reding und EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) gilt Juncker als aussichtsreicher Kandidat, um im kommenden Jahr die Nachfolge von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso anzutreten.

> Fanatischer EU-Enthusiast

Egal welcher der drei „Berufseuropäer“ den EU-Spitzenjob erhält, er wird in Berlin auf einen verlässlichen EU-Enthusiasten zählen können. Nachdem, was aus den Koalitionsgesprächen nach draußen dringt, hat Wolfgang Schäuble (CDU) gute Chancen, auch in einer Großen Koalition Finanzminister zu bleiben. Was den deutschen Steuerzahlern mit einem Gespann Juncker-Schäuble blüht, ist schon im Verlauf der bisherigen Euro-Rettungsversuche klar geworden. Vom Bruch der „No-Bailout“-Klausel“ bis zur Duldung einer Staatsfinanzierung durch die EZB waren beide Politiker zu beinahe jedem Tabubruch bereit oder haben ihn geduldet. Noch 2010 beteuerte Schäuble etwa, dass ein Auslaufen der Euro-Rettungsschirme eine beschlossene Sache sei. Die Realität sieht indes völlig anders aus: Mit dem ESM ist mittlerweile ein Dauerfonds installiert und Deutschlands Haftungsrisiko für das Projekt Euro insgesamt hat sich nochmals um Hunderte Milliarden Euro vergrößert. *N.H.*

Streit um Staatsbürgerschaft

Kleine Front in der Union gegen den Doppelpass hält – noch

Er sehe keinerlei Grund, die jetzige Regelung zu ändern und daher solle man auch nicht damit rechnen, dass von seinem Ministerium ein Entwurf für eine Gesetzesänderung erarbeitet werde, wiederholt Noch-Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) derzeit gebetsmühlenartig. Doch die SPD will im Rahmen der Koalitionsverhandlungen eine grundsätzliche doppelte Staatsbürgerschaft durchsetzen. Hiervon würden vor allem in Deutschland geborene Kinder türkischer Eltern profitieren. In der CDU dominieren jene, die bereit sind, sich den Wünschen der SPD zu fügen und selbst CSU-Chef Horst Seehofer will das Thema auf den Gabentisch des künftigen Koalitionspartners legen.

Doch noch steht Friedrich zwischen der SPD und der Einlösung eines ihrer Wahlversprechen, an seiner Seite die in der CDU immer noch geschätzten Wolfgang Bosbach und Hans-Peter Uhl. Sie erinnern daran, dass, wenn man dem konservativen Flügel der Union auch noch dieses Thema nehme, dies nicht ohne Folge bliebe. Daher hat Seehofer im Einvernehmen mit der Integrationsbeauftragten Maria Böhmer (CDU) jetzt die Idee der ruhenden Staatsbürgerschaft ins Spiel gebracht. Nach diesem Plan gilt immer nur die Bürgerschaft des Staates, in dem sich der betreffende Doppelpassbesitzer gerade aufhält. Doch dieser Vorschlag wird von der SPD abgelehnt. Vor allem SPD-Vize Aydan Özoguz blockiert hier, ohne jedoch öffentlich zu benennen, welche Nachteile dies für die Betroffenen hat.

> Vor allem Türken würden profitieren

Friedrich hingegen lehnt die Idee ab, auch weil sie zu bürokratisch sei und eine Neuverhandlung zahlreicher binationaler Abkommen zur Folge habe. Da noch kein Ministerposten neu besetzt ist, gefährdet der Noch-Minister mit seiner Verweigerung seine Karriere. *Bel*

Für Anpassung bestraft

Südtiroler Volkspartei verliert nach Jahrzehnten Mandat zur Alleinregierung – »Los von Rom«-Parteien erstarkt

Zwar können die drei Parteien, die eine Loslösung des knapp 512 000 Einwohner zählenden Südtirols von Rom fordern, Stimmenzuwächse verbuchen, doch da sie unterschiedliche Alternativen anstreben, schwächen sie sich gegenseitig.

Man wird sich das Datum merken müssen: Am 27. Oktober 2013 haben Wähler im südlichen Teil Tirols eine der letzten Einparteien-Herrschaften beendet. Für die seit 1948 zwischen Brenner und Salurner Klause bestimmende Südtiroler Volkspartei (SVP) war das Wählervotum niederschmetternd. Erstmals verfügt sie im Bozner Landhaus, dem Landtag, nicht mehr über die absolute Mehrheit. Weder an Stimmen, bei denen sie in der Landtagswahl 2008 die Mehrheit eingebüßt hatte, noch an Sitzen. Sie hat bei 45,7 Prozent der Stimmen, einem Minus von 2,4 Punkten und somit einem Mandat, im neuen Landtag nur noch 17 der 35 Abgeordnetensitze inne.

Während die Partei mit dem für sie schwer verdaulichen Ergebnis hadert, blicken die Freiheitlichen (F), die Schwesterpartei der österreichischen FPÖ, frohgemut in die Zukunft. Sie verbesserten ihr Ergebnis von vor fünf Jahren um 3,6 Punkte und sind mit 17,9 Prozent und sechs statt wie bisher fünf Abgeordneten im Landhaus vertreten. Die Partei steht für den Ruf nach Eigenstaatlichkeit Südtirols nach dem Vorbild Liechtensteins.

Auch die Süd-Tiroler Freiheit (STF), die wie die F eine Loslösung von Italien verlangt, aber für die Vereinigung Südtirols mit dem österreichischen Bundesland Tirol eintritt, konnte ein sattes Plus von 2,3 Punkten verzeichnen: Auf sie entfielen 7,2 Stimmenprozente und drei Abgeordnete. Weshalb in Wien FPÖ-Vorsitzender Heinz-Christian Strache „den Südtiroler Freiheitlichen zu dem tollen Ergebnis“ gratulierte und sich auch „über das gute Abschneiden der Süd-Tiroler Freiheit höchst erfreut“ gab.

Zusammen mit der Bürger-Union (BU), die ebenfalls für die

Rom versucht, Privilegien Südtirols zu kappen

Selbstständigkeit Südtirols eintritt und bei 2,1 Stimmenprozenten einen Sitz einnimmt, verfügen die „Los-von-Rom“-Parteien über zehn Volksvertreter. Ihnen stehen drei Mandate der „interethnischen“ Grünen/Verdi (8,7 Prozent), fünf Vertreter „klassischer“ italienischer Links- und Rechts(außen)parteien sowie die 17 der SVP gegenüber. Deren Schlappe bedeutet mehr als es das bezifferte Minus ausdrückt: Sie ist nicht mehr die Mehrheitspartei der Südtiroler, nicht mehr die „Sammelpartei“, als die sie sich seit ihrer Gründung 1945 verstand.

Ein Teil der Stimmenverluste rührt gewiss von Korruptionsgerüchten her, welche die Endphase der „Ära Durnwalder“, des seit 24 Jahren Partei und Südtirol dominierenden – manche sagen domestizierenden – scheidenden 72-jährigen Landeshauptmanns und somit Regierungschefs Luis Durnwalder verdüsterten. Ein anderer Teil dürfte auf verbreitete Unzufriedenheit mit der überhandgenommenen Bürokratie, der Selbstherrlichkeit und der Großmannssucht zurückzuführen sein; Befunde, die besonders die zweite Hälfte seiner Amtszeit kennzeichnen. Der Aderlass hin zu F und STF ist aber auch dem Umstand zuzuschreiben, dass die SVP seit den 1990er Jahren alle deutsch-österreichisch gesinnten Patrioten Südtirols verprellte. August Heinrich Hoffmanns von Fallerslebens „Lied der Deutschen“, dessen Vers „Von der Etsch bis an den Belt“ Südtirolern besonders nach 1918 Rückhalt bot, hat daher zwischen Reschen und Dolomiten merklich an Klangwirkung verloren. Stattdessen biederten sich nicht nur die führenden SVP-Funktionäre den ethnischen Italienern im Lande und deren linken Parteien an. Kompromisslerisch-leisetreterisch, wie sie in und gegenüber Rom meist auftreten, so verhalten sie sich im Allgemeinen stromlinienförmig und weithin politisch-korrekt. Schließlich steht ihr Konzept von der „Vollautonomie“ all den Erfahrungen entgegen, die die SVP als Regierungspartei in den letzten Jahren zu gewärtigen hatte. Denn was gemäß mühsam erkämpften, im Autonomiestatut von 1972 festgeschriebenen sowie nach der österreichisch-italienischen Streitbeilegung von 1992 noch ausgeweiteten Selbstverwaltungskompetenzen eigentlich verbrieftes Recht ist, wird von Rom und dessen Statthaltern an Eisack und Etsch mäßig oder gar nicht vollzogen, verschleppt oder einfach ignoriert.

Wenn es eines nachhaltigen Beweises für die Missachtung statuarischer Bestimmungen durch die römische Politik bedurfte, so lieferte ihn „Übergangsregierungschef“ Mario Monti, als vormaliger EU-Kommissar ein „Vorzeigepolitiker des demokratischen Italien“, der ungeniert in die Selbstverwaltungsrechte der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol eingriff. Monti ist zwar wieder Geschichte, doch unter Enrico Letta, dem am Faden von Berlusconis gespaltenem PdL hängenden Ministerpräsidenten, mit dessen linkslastiger Partito Democratico (PD) SVP-Parteichef Richard Theiner – erstmals – ein Bündnis in Rom einging, wird der römische Griff nach den Subsidien der „reichen Provinz“ unterm Alpenhauptkamm kaum nachlassen. Deren Prosperität ist allerdings längst nicht mehr so wie einst. Doch Lettas Hand ist geschmeidig und sein Ton moderater als der Berlusconis und selbst Montis gegenüber der „Provincia Autonoma di Bolzano – Alto Adige“, wie Südtirol aufgrund der Zugehörigkeit zu Italien formell heißt. Während dort seit Silvius Magnago (1914–2010; Landeshauptmann 1960–1989; SVP-Obmann 1957–1992) ordentlich regiert und verwaltet wird, schieben Italiens Regierungen – ganz gleich, wer sie stellte – seit Jahrzehnten einen Schuldenberg vor sich her, der sich an 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bemisst. Was der von der heutigen SVP quasi in „vorauseilendem Gehorsam“ unterstützte Letta daher finanz-, steuer-, und sozialpolitisch zu beschreiten gezwungen ist, wird letztlich Magnagos, des „Vaters der Südtirol-Autonomie“, mühsam gezimmerte Selbstverwaltung weiter entwerten.

Aus alldem und anderem mehr leitet sich für die deutschtiroler Opposition zwingend ab, dem maroden Italien ein für allemal den Rücken zu kehren. Für SHB und STF, auch für den Schützenbund (SSB) ist die Autonomie allenfalls ein Zwischenschritt auf dem Weg zur Wiedervereinigung mit dem österreichischen Bundesland Tirol. Gemeinsam ist STF, F und BU nur das „Weg von Italien“, aber über den zu beschreitenden Weg gehen die Ansichten auseinander. Daher finden sie auch nicht zur nötigen Geschlossenheit oder sei es nur zu einer gemeinsamen „Plattform“, wie sie Pius Leitner (F) anregte. Gemeinsam kämpfen sie gegen die SVP, aber jeder kämpft für sich allein. Für das Fernziel Eigenständigkeit in einem Freistaat, wie ihn die F, oder für die über Ausübung des Selbstbestimmungsrechts erwirkte Wiedervereinigung mit Österreich, wie ihn STF und BU propagieren, mithin also für die Loslösung von Italien, ist die Aufsplitterung der oppositionellen Kräfte allerdings mehr als hinderlich.

Das „Los von Rom“ hatte alle Wahlkampfthemen überlagert. Dies rührte maßgeblich vom seit 1. September bis 30. November quasi parallel laufenden „Selbstbestimmungs-Referendum“ her, welches von der STF betrieben wird, beflügelt von Unabhängigkeitsbewegungen in Schottland und Katalonien – um nur zwei zu nennen – und unterstützt von der österreichischen FPÖ. Auffällig massiv warnte davor die SVP: Sie und die wie ihr Parteiorgan agierende Zeitung „Dolomiten“ vereinnahmten die „Schwesterparteien“ CDU und CSU, namentlich Edmund Stoiber und Angela Merkel; ja selbst Reinhard Schäfer, der aufgrund diplomatischen Status' eigentlich zu parteipolitischer „Neutralität“ verpflichtete deutsche Botschafter in Rom, ließ sich – pflichtwidrig – einspannen.



Bestimmte 24 Jahre die Geschicke der SVP und somit Südtirols: Luis Durnwalder

So befand der ehemalige bayerische Ministerpräsident, die SVP sei „genau auf dem richtigen Weg“. Und die Kanzlerin stimmte der von Durnwalder-Nachfolger Arno Kompatscher vorgetragenen „Vollautonomie“-Konzeption – alle Kompetenzen nach Bozen, lediglich Außenvertretung und Militärwesen sollen in der Zuständigkeit Roms verbleiben – und der „Zukunft Südtirols in einer Zusammenarbeit der Regionen in Europa“ pflichtschuldigst bei. Diese parteigeschwisterlich-transalpine Hilfestellung ist umso verständlicher, je größer die Not der SVP wird. Der Ruf nach Ausübung des Selbstbestimmungsrechts war seit den 1960er Jahren in Südtirol noch nie so deutlich zu hören wie jetzt. Die (Wieder-)Belebung der Selbstbestimmungsidee ist nicht nur Folge des politischen Chaos und der ökonomisch-sozialen Krise Italiens, sondern auch eines unübersehbaren Trends: Der Drang gewachsener Volksgruppen und ethnischer Minderheiten in fremdnationaler Umgebung in Richtung Selbstständigkeit wird immer stärker. Und man darf erwarten, dass – trotz (oder gerade wegen der) EU(ropäisierung) daraus neue Staaten entstehen. Die eigennützige ideologische Warnung aus der SVP und aus den Reihen anderer „EUropäischer Realisten“ überzeugt keineswegs: Selbstverständlich sind Grenzverschiebungen möglich und nötig, bisweilen sogar zwingend geboten, wie an der Sezession Jugoslawiens und der Auflösung der Tschechoslowakei zu sehen war.

Statt dagegen zu Felde zu ziehen, täte die SVP gut daran, die wachsende Unzufriedenheit im Lande mit der in St. Germain-en-Laye 1919 erzwungenen und in Paris

Referendum zur Selbstbestimmung läuft bis 30. November

1946 wider das Recht auf Selbstbestimmung erneuerten Zugehörigkeit zu Italien ernster zu nehmen. Zwar führt sie die Selbstbestimmung noch schamhaft im Programm, hat sie aber als Ziel längst aufgegeben, weshalb ihr volkstumspolitischer Parteiflügel bis zur Unkenntlichkeit verkümmerte. Umso leichter wird es daher ihrem mit der verlorenen Wahl neuen Dominator Kompatscher fallen, sich unter den beiden zur Verfügung stehenden potenziellen Koalitionspartnern, den multikulturellen Verdi-Grünen sowie dem linken PD, mit dem die SVP in Rom ohnedies bündnisvertraglich vereint ist, den „bequemeren“ auszusuchen. Und den von ihr wider besseres Wissen propagierten Weg in die „Vollautonomie“, ihre Lebenslüge, weiter zu beschreiten: Mit dem längst ersichtlichen Assimilations-Zwischenschritt der „Verelsässerung“ bis zum bitteren Ende, dem Aufgehen in der völligen Italianità – wenn sie die merklich veränderte Stimmung im Lande und die Parteien des „Los von Rom“ nicht doch noch zur läuternden Umkehr zwingen. *Reinhard Olt*

Der Autor war von 1994 bis 2012 Korrespondent der „FAZ“ in Wien, lehrt Zeitgeschichte an der Fakultät für Mitteleuropäische Studien der Deutschsprachigen Andrássy-Universität in Budapest.





Politische Korrektheit contra Unabhängigkeitsstreben: Die SVP konnte auch mit Arno Kompatscher als neues Gesicht nicht alle in den letzten Jahren verlorene Anhänger zurückgewinnen

Bilder (3): SVP (2), Süd-Tiroler Freiheit

MELDUNGEN

EU-Parlament will Aktivität zeigen

Brüssel – Am 5. November haben Mitarbeiter der Troika, die sich aus Vertretern der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) zusammensetzt, dem EU-Parlament über ihre Arbeit berichtet. Die Troika koordiniert die Rettungsprogramme für die Länder Griechenland, Portugal, Zypern und Irland. Da das Expertengremium, das anlässlich der Euro-Schuldenkrise ins Leben gerufen wurde, nur den Euro-Finanzministern Rechenschaft schuldig ist, fühlen sich die EU-Parlamentarier übergangen und wollen nun überprüfen, ob die Troika für die Rezession und die hohe Arbeitslosigkeit in den betroffenen Ländern mit verantwortlich ist. Angesichts der im Mai 2014 anstehenden Wahl zum EU-Parlament wollen die Abgeordneten endlich Aktivität in Bezug auf die Euro-Krise nachweisen, da diese den Kontinent schließlich seit Jahren in Atem hält. *Bel*

Frauen besonders unter Stress

Hamburg – 57 Prozent der von dem Umfrageinstitut Forsa im Auftrag der Techniker Krankenkasse befragten Bundesbürger gaben an, unter Stress zu stehen. Dieser wiederum würde sich oft durch Rückenschmerzen, Magenbeschwerden, Tinnitus oder Schlafstörungen bemerkbar machen. Die Umfrage ergab zudem, dass Frauen gestresster seien als Männer, vor allem wenn Kinder im Haushalt lebten. Besonders stressgeplagt zeigten sich zudem Personen im Alter zwischen 36 und 45 Jahren. Die Autoren der Studie machen für die Entwicklung die zunehmende Berufstätigkeit der Mütter verantwortlich, die sich gleichzeitig um Beruf, Kinder, Haushalt und oft die eigenen Eltern und Schwiegereltern zu kümmern haben. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Eine Tochter für den ESM?

Während die SPD sich in den Koalitionsverhandlungen noch wehrt, ihren Segen zu einer Bankenabwicklung über den Euro-Rettungsfonds ESM zu geben, ist man in Brüssel einen Schritt weiter. Dort wird nach Informationen des „Handelsblattes“ daran gearbeitet, über den ESM auch Banken außerhalb der Euro-Zone finanziell unter die Arme zu greifen. Grund hierfür ist, dass der ESM nur für den Euro-Raum gilt, die EU-Bankenabwicklung aber auch für Nicht-Euro-Länder wie Polen greifen soll. Um eine weitere Zweiteilung der EU-Mitglieder in Euro- und Nicht-Euro-Länder zu verhindern, könnte der ESM eine Tochter für Nicht-Euro-Länder gründen, so Brüssel. *Bel*

2.064.723.499.300 €

Vorwoche: 2.064.041.945.812 €
Verschuldung pro Kopf: 25.649 €
Vorwoche: 25.640 €

(Dienstag, 5. November 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Schlossbau

Von Vera Lengsfeld

Nach jahrelangem Gezerre hat der Bau des Humboldt-Forums mit der Schlossfassade endlich angefangen. Im Juni wurde bereits der Grundstein gelegt, aber erst Wochen später wurde sichtbar, dass wirklich mit der Arbeit begonnen wurde. Wenigstens das milde Spätherbstwetter ist dem Vorhaben gegenüber freundlich. Die Schlossgegner dagegen geben immer noch nicht auf. Ihre fortlaufende Verzögerungstaktik und ihre permanenten Einsprüche haben die Baukosten in die Höhe getrieben. Nun werden diese erhöhten Baukosten zum Vorwand genommen, um das Ganze doch noch zu verhindern.

Das hat Auswirkungen. Der Förderverein Stadtschloss hat große Schwierigkeiten, die zugesagte Summe aufzubringen. Potenzielle Spender verhalten sich immer noch zögerlich, weil sie nicht sicher sind, ob sie für ihr investiertes Geld wirklich die Schlossfassade bekommen.

Welch ein Unterschied zu Dresden! Nachdem dort beschlossen worden war, die Frauenkirche wieder aufzubauen, entwickelte sich eine Dynamik, die niemand vorausgesehen hatte. Am Ende stand nicht nur die Frauenkirche in alter Schönheit da, sondern die barocken Fassaden des Neumarkts vervollständigen ein atemberaubendes städtebauliches Ensemble, das in aller Welt bewundert wird. Immer mehr verloren geglaubte Gebäude werden rekonstruiert.

In Berlin herrscht städtebauliches Chaos in der Mitte. Die Gebäude stehen zusammenhanglos, wie willkürlich verstreut herum. Zwischen dem ehemaligen Sitz des Staatsrats, dessen einziges bemerkenswertes Detail das Eosander-Portal des zerstörten Schlosses ist, und der Friedrichwerderschen Kirche gähnte eine gewaltige Leere, wenn nicht die Musterfassade der Schinkelschen Bauakademie dort stünde. Deren Wiederaufbau, obwohl seit 2008 gestattet, scheiterte bislang an unerfüllbaren Bedingungen der Stadt Berlin. In Richtung Marienkirche stehen wenigstens Bäume in der Stadtbrache. Unter den Bäumen hocken missmutig Marx und Engels, die wegen der überflüssigen U-Bahn, die Hauptbahnhof und Alexanderplatz verbinden soll, an die Seite gerückt wurden. Ab und zu wagt sich ein tollkühner Tourist in ihre Nähe. Von den Berlinern werden sie schon lange nicht mehr zur Kenntnis genommen.

Neben den Klassikern des Marxismus-Leninismus stehen die Säulen, auf denen Szenen aus dem Kampf der Arbeiterklasse bis in die DDR-Zeiten fotografisch wiedergegeben werden. Entfernt man den Schmutz und schaut sich die Fotos an, sieht man auch eine glückliche DDR-Mutter. Nur war die Repräsentantin sozialistischen Lebens längst nach West-Berlin ausgereist, als das Denkmal 1986 eingeweiht wurde. Ein typisches Berliner Missgeschick.

Berlins Westen brummt wieder

Bauboom an der Gedächtniskirche: Lange abgehängtes Zentrum der »Inselstadt« holt auf



Blick vom Haus Eden an der Budapester Straße: Das neue Hotel „Waldorf Astoria Berlin“ (hier rechts im Bild) signalisiert den neuen Aufbruch im alten Zentrum West-Berlins

Bild: Caro

Es tut sich etwas im Westen Berlins. Alte Symbole des Inseldaseins geraten ins Wanken, so der Weltkugelbrunnen. Der Westen der Metropole, einstiges Schaufenster der alten Bundesrepublik und nach der Wiedervereinigung abgehängt, holt wieder auf. Investoren suchen Anlageobjekte. Eine Art Gründerstimmung West bricht an.

Der im Volksmund „Wasserklops“ genannte Weltkugelbrunnen am Breitscheidplatz steht laut dem zuständigen Bezirksstadtrat Marc Schulte (SPD) auf der Liste der zur Veränderung freigegebenen Bauwerke weit oben. Nach Umgestaltung zweier Seiten des Platzes stehe man nun im Diskurs mit Anrainern. Selbst der Abriss des Brunnens sei dabei „eine Option“, sagte der langjährige stellvertretende SPD-Landesvorsitzende (2004–2012).

Das 1983 errichtete rote, etwas abgesenkt stehende Granitbauwerk gehörte lange zum Kernbestand des West-Berliner Zentrums. Hier, in Charlottenburg-Wilmersdorf, pulsierte das Leben zwischen dem Kino „Zoo-Palast“, der gerade umgebaut wird und im Februar wieder die Berlinale beherbergen soll, und dem denkmalgeschützten Europa-Center, dem „Wahrzeichen mit Bummelfaktor“ (Eigenwerbung).

Doch inzwischen empfinden laut Schulte die Anwohner „das Loch neben dem Brunnen vor dem Eingang zum Europa-Center als störend“. Das West-Berliner Lebensgefühl pulsierte dort zwischen noblem Café Kranzler und bahnhofsnahem Beate-Uhse-Laden im „Leineweber-Haus“. Das traditionsreiche Café verkleinerte sich im Jahr 2000 und steht nun neben einem Hochhaus. Das Geschäft mit der Erotik steht jetzt ganz vor dem Aus. Das Leineweber- und das Aschinger-Haus an der Joachimstaler Straße zwischen Hardenberg- und Kantstraße werden abgerissen.

Mit den Bauten verschwindet auch das unfreiwillige Baudenkmal für den Architekten Dietrich Garski, der in West-Berlins Bauaffäre 1981 eine Schlüsselrolle spielte. Der in den 1970er Jahren begonnene düstere Gebäuderiegel Garskis, lange als Bausünde angesehen, weicht einer Neubebauung durch den US-Projektentwickler Hines. Büros in den oberen Geschossen und Geschäfte im Erdgeschoss ersetzen das Erotik-Museum und einen Gebrauchtkleidermarkt.

> Bausünden aus der Nachkriegszeit verschwinden jetzt

Viel Leerstand drückte auf den Standort in den vergangenen Jahren. Nun hat eine Erbengemeinschaft das rund 900 Quadratmeter große Grundstück des Leineweber-Hauses an einen US-Investor verkauft. Medienberichten zufolge zahlten die Amerikaner rund 20 Millionen Euro. Was genau gebaut werden soll, steht indes noch nicht fest. Der Bebauungsplan lässt sechs Geschosse mit 22 Metern Traufhöhe zu.

Ob die aktuellen Investitionen allerdings in ein stimmiges Gesamtkonzept für das Gelände um den Breitscheidplatz und den Zoo münden, ist noch völlig offen. Hier sieht auch die Politik offenbar noch Nachbesserungsbedarf, jedenfalls rief Schulte die neuen Eigentümer dazu auf, „weiterzudenken“ als in den Grenzen des Bebauungsplans.

Das Gelände zieht derzeit als Investitionsort vor allem Hotels an. Das Hotel „Bikini-Berlin“ soll im Frühjahr fertig werden und befindet sich nach Angaben von Investor Bayerische Hausbau gerade im „Präsentations- und Vermarktungsprozess“. Das Unternehmen Bayerische Hausbau steht auch hinter der Umgestaltung des „Zoo-Palasts“ als gewagtes Großkino im Stil der 1950er Jahre mit sieben Sälen. Erst im Oktober wurden für den Komplex des „Bikini Berlin“ neue Mieter angekündigt: Eine amerikanische Edel-Jeanskette und ein exklusiver Laden für Berliner Mode. Außerdem kommen italienische Schuhe und avangardistische Mode aus Pflanzenfasern sowie Trendmarken in die Ladenflächen.

Ganze 17 000 Quadratmeter Geschäftsfläche soll allein das „Bikini“ beherbergen. Die Geschäfte von 19 bis zu 39 Quadratmetern sind für 1850 bis zu 3100 Euro im Monat zu mieten. Auch kurze Mietperioden sind vorgesehen. Dem neuen Chic zum Trotz orientiert sich das „Bikini“ ebenfalls an der Architektur der 1950er Jahre. Es ist nicht das einzige neue Hotel vor Ort. Das 118 Meter hoch geplante „Motel One Upper West“ der Strabag Real Estate soll schon 2016 eröffnen und 582 Zimmer der günstigeren Kategorie bieten.

Mit 50 000 Quadratmetern umbauter Gesamtfläche markiert es laut einer Machbarkeitsstudie von Schollen Hotelentwicklung zukünftig den Eingang der Einkaufsmeile Kurfürstendamm. Die Finanzierung ist geklärt, das bisher den Standort belegende Schimmelpfeng-Haus bereits abgerissen – in Teilen bereits 2009, um Platz für das „Zoo-Fenster“ zu schaffen. Dort logiert das im Januar eröffnete Hotel „Waldorf Astoria“ mit 232 Zimmern der Luxusklasse.

Die Rohrer Immobilien GmbH, die den jüngsten Besitzerwechsel des „Leineweber-Hauses“ organisierte, stellte bereits vor gut einem Jahr klar, warum Berlin als Investitionsort so beliebt ist: Die Nachfrage vor allem ausländischer institutioneller Investoren übersteige das Angebot, unabhängig von steigenden Preisen. „In einem steigenden Markt diskutiert man nicht über Preise“, so das Unternehmen. „Diese Lage führe selbst Objekte „mit hohem Instandsetzungsbedarf oder anderen Besonderheiten in jedweder Lage zu guten Verkaufschancen“. Wie tragfähig ein solcher Anlage-Boom ist, bleibt indes abzuwarten. *Sverre Gutschmidt*

Lösung »Bundesstadt«?

Statt Fusion mit Brandenburg: Metropole direkt Bund unterstellen

Angeregt durch die Stiftung „Zukunft Berlin“ ist die Diskussion um eine Länderfusion von Berlin und Brandenburg neu aufgeflammt. Im Unterschied zu früher ist nun allerdings ein völlig neuer Grundton zu hören. Statt von einem Zusammenschluss unter formell gleichen Partnern zu sprechen, heißt die nun gegebene Empfehlung: ein Beitritt Berlins als einfache Stadt zum Land Brandenburg – gekoppelt an eine Dauerfinanzierung für die deutsche Hauptstadt durch den Bund. Die dahinterstehende Grundannahme ist, dass das Bundesland Berlin eine Fehlkonstruktion sei, die nach dem Ende Preußens und dem Verlust der wirtschaftlichen Basis nie lebensfähig gewesen sei. Vor diesem Hintergrund kommt es zu einer nüchternen Abwägung. Berlin solle den Länderstatus aufgeben, da die Erfüllung der Hauptstadtfunktion wichtiger sei.

Doch selbst mit dieser Empfehlung dürften sich die Chancen für einen nochmaligen Anlauf zu einer Zusammenlegung beider Länder nicht wesentlich verbessert haben. Die Rechnung scheint sowohl ohne Brandenburg als auch ohne den Bund gemacht worden zu sein. Dass Brandenburgs Regierungschef Dietmar Woidke (SPD) nach dem gescheiterten Versuch von 1996 auch weiterhin keine Chance für eine Fusion sieht, hat gute Gründe. Für die Brandenburger sind fast nur Nachteile zu erkennen. Zu groß ist die Befürchtung, dass sich das zahlenmäßige Übergewicht der Berliner langfristig gegen die Brandenburger wendet. Zu befürchten ist ebenfalls, dass die Sozialkosten Berlins als „Hartz-IV-Hauptstadt“ künftig auch von den Brandenburgern geschultert werden müssten. Obendrein profitiert Potsdam sehr von den Steuereinnahmen im prosperierenden Berliner Speckgürtel.

> Potsdam sperrt sich weiter gegen Zusammenschluss

Auch für den Bund ist kaum erkennbar, was ihn bewegen sollte, die bisher schon aufgehäuften Schulden Berlins zu übernehmen, und die Stadt obendrein auch noch künftig zu alimentieren. Denkbar wäre dies allenfalls, wenn im Gegenzug für den Bund Vorteile herausspringen – etwa eine Abgabe des Berliner Stimmrechts im Bundesrat, de facto also der Verlust des Länderstatus für Berlin. Die Richtung, wohin solch eine Lösung letztendlich führte, ist klar erkennbar: Aus dem bisherigen Bundesland Berlin würde eine „Bundesstadt“: Bis auf Reste kommunaler Selbstverwaltung würde Berlin politisch weitgehend entmündigt, im Gegenzug dafür aber – nach dem Vorbild Washington D.C. – finanziell vom Bund ausgehalten. *N.H.*

Wien zieht davon

Touristen strafen deutsche Hauptstadt ab

Nur einen mittelmäßigen Ruf genießt Berlin anscheinend in den Augen der meisten internationalen Touristen. Bei einer länderübergreifenden Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) konnte die Spreemetropole nur wenige begeistern. Obwohl die Stadt beim Kulturangebot und auch in Fragen der Sicherheit durchaus Pluspunkte sammeln konnte, landete Berlin unter insgesamt 50 Touristenzielen auf der ganzen Welt nur auf dem zwölften Platz. Noch im Jahr 2011 hatte es Berlin immerhin auf Rang elf geschafft.

Im Vergleich schnitt Wien als weiteres Hauptreiseziel im deutschsprachigen Raum deutlich besser ab: Es konnte seinen neunten Platz behaupten und landete immerhin damit unter den zehn beliebtesten Städten weltweit. Als überdurchschnittlich anziehend wurde Berlin nur in Russland und in Deutschland selbst bewertet – hier landete die Stadt sogar auf dem zweiten Platz. Am negativsten wurde die deutsche Hauptstadt von US-Amerikanern eingeschätzt. Ein Grund für Berlins schlechtes Abschneiden: die schlechte Bewertung der Sauberkeit. Hier stellten vor allem die Deutschen selbst ihrer Hauptstadt mit Platz 23 ein verheerendes Zeugnis aus.

> Zu dreckig und zu unfreundlich

Schaut man genauer hin, was international dem Ruf Berlins am meisten schadet, fällt jedoch vor allem die Kritik an der mangelnden Freundlichkeit auf. Berlin landete dabei weit abgeschlagen auf Platz 34. Mit anderen Worten: Die sprichwörtliche Berliner „Schnauze mit Herz“ kommt bei vielen Besuchern der Stadt als unfreundliche Ruppigkeit an und wirkt abschreckend. *N.H.*

Werder möchte »Flüchtlinge«

Unruhe herrscht unter Immobilienbesitzern im Städtchen Werder. In dem von Einfamilienhäusern und Wohnungseigentum geprägten Vorort Potsdams sollen nach dem Willen von Bürgermeister Werner Große Wirtschaftsmigranten in größerer Zahl einquartiert werden. Da die Stadt kein kommunales Wohnungseigentum besitzt, bietet CDU-Mann Große Immobilienbesitzern an, für bis zu 6,30 Euro je Quadratmeter privaten Wohnraum an „Flüchtlinge“ zu vermieten. Die Stadt übernehme die Mietzahlungen. Die Reaktion der Bürger ist gespalten: Einige fürchten um den Wert ihres Besitzes wegen der neuen Nachbarn. Andere, die ihr Eigentum selbst nicht nutzen und es schwer vermieten können, weil es den heute erwarteten Komfort nicht bietet, sehen Chancen zum Geldverdienen. Unterdessen werden im Berliner Stadtteil Lichterfelde, kurz nachdem dort „Flüchtlinge“ aus Tschetschenien untergebracht wurden, vermehrt Wohnungseinbrüche gemeldet. *T.M.*

Zeitzeugen



Das blonde Romamädchen „Maria“ – Eine polizeiliche Razzia am 16. Oktober brachte quasi nebenbei den Fall um das Mädchen Maria ins Rollen. Eher durch Zufall kam ein Polizeibeamter auf die Idee, bei dem blonden Mädchen inmitten des Roma-Lagers näher hinzusehen. Wie sich herausstellte, hatten die vorgeblichen Eltern Marias mit erschlichenen Geburtsregistereinträgen für 14 Kinder knapp 2800 Euro Kindergeld pro Monat erschlichen. Zusätzlich war die kleine Maria ebenso ans Betteln gewöhnt wie ihre übrigen Geschwister. Eine spätere Hochzeit Marias, die ursprünglich von einer Romafrau aus Bulgarien weggegeben wurde, hätte eine weitere Einnahmequelle beschert: Als blonde, hellhäutige Roma wäre sie auf dem Heiratsmarkt extrem attraktiv gewesen, so dass ein Brautpreis von mehreren tausend Euro hätte verlangt werden können. Erleichtert wird Kindergeldbetrug wie im Fall Marias durch ein Versagen der Meldebehörden ebenso wie durch das griechische Recht: Es lässt die nachträgliche Meldungen von Hausgeburten zu – sogar bis kurz vor der Volljährigkeit.



Maria Giannakaki – Eine parlamentarische Anfrage der Abgeordneten der Dimokratiki Aristera (Demokratischen Linken) veranlasste das griechische Justizministerium dazu, nochmals die Vorgänge um das staatlichen Waisenhauses Agia Varvara aufzurollen. Im Zeit-raum zwischen 1998 bis 2002 sind aus dem Heim 502 von insgesamt 661 Roma-Kindern verschwunden. Bekannt wurde, dass Kinder aus dem Heim zu den Olympischen Spielen 2004 auf den Straßen Athens als Bettler eingesetzt worden waren. Zeugenaussagen sprechen ebenfalls davon, dass Kinder aus dem Heim Opfer von Organhandel und sexueller Ausbeutung geworden sind.



Yannis Stournaras – „Ich weiß, wie es ist, von 500 Euro im Monat zu leben. In meiner Familie leben viele von sehr wenig Geld.“ Die angebliche Armut, die von Griechenlands Finanzminister zur besten Sendezeit im Fernsehen rührselig zum Besten gegeben wurde, hatte erstaunliche Folgen. Gepaart mit beißendem Spott, legten zahlreiche Bürger dem Wirtschaftsprofessor und Ex-Banker Stournaras Lebensmittelspenden für seine „bedürftige“ Familie vor die Tür.

Der Kern ist faul

Athen: Reform des Staatsapparats auch nach Jahren der Krise nicht in Angriff genommen

Noch immer ist ein Viertel der Beschäftigten in Griechenland direkt beim Staat angestellt. Doch das heißt noch lange nicht, dass er auch arbeitet. Vor Kurzem wurde bekannt, dass die Mehrheit der Mitarbeiter „elektronische Analphabeten“ sind, also nicht in der Lage sind, am Computer einfachste Aufgaben zu erledigen.

Wenige Sätze der Schlagersängerin Vicky Leandros in einer Talkshow genügten, um auch den deutschen Fernsehzuschauern das Dilemma um den öffentlichen Dienst Griechenlands zu verdeutlichen: „Wie Politiker dort gearbeitet haben, oder besser gesagt nicht gearbeitet haben, war schockierend. Beamte seien gekommen und gegangen, wie es ihnen gepasst habe, Faxe ins Ausland seien selbst in der Abteilung für Kultur und internationale Beziehungen verboten gewesen – man habe befürchtet, die Mitarbeiter könnten sie privat nutzen“, so Leandros Rückblick auf ihren kurze Karriere als Kommunalpolitikerin in Piräus.

Die geschilderte Mentalität der Beamten ist allerdings nur eines der Probleme. Griechenlands öffentlicher Dienst hat über die Jahre gewaltige Ausmaße angenommen. Bis jetzt steht ein Viertel der griechischen Beschäftigten auf der Gehaltsliste des Staates. Einem Bericht der Athener Tageszeitung „Ta Nea“ zufolge kann die Mehrheit der 607 516 Angestellten im öffentlichen Dienst obendrein mit Fug und Recht als „elektronische Analphabeten“ bezeichnet werden. Fast sechs von zehn Staatsbediensteten haben keine Kenntnis von Textverarbeitung auf dem Computer. Knapp zwei Drittel der Mitarbeiter sind nicht in der Lage, eine E-Mail zu verschicken.

Selbst E-Mails verschicken ist ein Problem

Der Befund ist kein Zufall: Über Jahrzehnte galt Griechenlands staatlicher Sektor als regelrechter Selbstbedienungsladen für Politiker: Sowohl der sozialistischen Pasok, als auch der Nea Dimokratia. Mandatsträger zeigten sich nach gewonnenen Wahlen bei ihren Unterstützern erkenntlich, indem ihnen Posten im Staatsdienst zugeschanzt wurden. Auf diese Weise wurden ganze Familienverbände versorgt. Entstanden ist so ein zu gewaltiger Beamtenapparat, mit einer hohen Zahl von eigentlich unqualifizierten Mitarbeitern. Der Rückbau dieses Bürokratie-Molochs ist das heiße Eisen, das im bisherigen Reformprozess mit gutem Grund nicht angepackt wurde. Die sogenannte Troika aus EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) hat in Griechenland zwar so manches durchdrücken können, am mächtigen Beamtenapparat ist aber auch sie bisher gescheitert.

Zur Nagelprobe könnte es nun im Laufe der nächsten Monate kommen. Noch bis Ende 2013 sollen 25 000 Angestellte im öffentlichen Dienst in einen „Mobilitätspool“ verlagert werden. Von dort aus sollen sie sich innerhalb von acht Monaten um eine neue Stelle in der Verwaltung bemühen. Falls ihnen das nicht gelingt, droht der Verlust des Staatsjobs.

Vor allem der Plan um den „Mobilitätspool“ birgt politischen Sprengstoff. Schon im September gingen Lehrer auf die Straße, gab es erste Streiks im öffentlichen Dienst. Ob die Regierung unter Ministerpräsident Antonis Samaras (Nea Dimokratia) bis zum Ende wirklich dabei mitzieht, Griechenlands Beamtenapparat zu verschlanken, ist fraglich.

Die Lage in Griechenland scheint sich wieder zuzuspitzen. In der Haushaltsplanung für 2014 hat sich erneut eine Finanzierungslücke aufgetan. Neues Geld oder ein weiterer Schuldenschnitt wurden von der Troika bisher aber ausgeschlossen. Eine weitere Sparrunde oder nochmalige Steuererhöhungen scheint die Regierung in Athen wiederum für politischen Selbstmord zu halten. *Norman Hanert*



Demonstrieren gegen angekündigte Entlassungen: Bis Ende des Jahres sollen 25 000 Staatsbedienstete ihren Job verlieren Bild: pa

Die unantastbare Kaste

Während große Teile der griechischen Bevölkerung in den letzten Jahren einen tiefen sozialen Absturz erlitten haben, konnte eine Gruppe ihre Privilegien weiter behaupten: die oftmals milliardenschweren Reeder. Sogar per Verfassung ist ihnen seit der Zeit der Militärdiktatur (1967–1974) garantiert, dass die Gewinne aus der Schiffsbranche nicht der Einkommenssteuer unterliegen. Angesichts der Belastungen, die der Normalbevölkerung in den letzten Jahren aufgebürdet wurden, erscheinen die Privilegien für die Oligarchen aus Griechenlands wichtigstem Wirtschaftszweig immer absurder. Während Heizöl beispielsweise durch eine Sondersteuer vielerorts zum Luxusgut geworden ist, sind Reeder von einer Dieselsteuer befreit. Weitere Steuergeschenke sind sogar bereits in Aussicht: Aus der griechischen Regierung kommt die Initiative, eine Sondersteuer auf Jachten wieder abzuschaffen.

Umverteilung von Armen zu Reichen

Folgenschwer ist eine Forderung, die von der Troika kommt: Die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl an griechischen Besatzungsmitgliedern soll auf den Schiffen gesenkt werden. Die Folge: mehr Personal aus Billiglohnländern. Angesichts der Vorzugsbehandlung, die Griechenlands Reeder ohnehin genießen, ist fraglich, ob derlei nötig ist, um sie an den Wirtschaftsstandort Griechenland zu binden.

Ein Anreiz, ihre meist im Ausland gebunkerten Milliarden wieder nach Griechenland zu schaffen, könnte ein anderes Steuervorhaben sein: Ab 2014 soll die Grunderwerbsteuer um bis zu 70 Prozent gesenkt werden. Das Vorhaben könnte eine Umverteilung von Grundbesitz einleiten: vom Mittelstand, der nach diversen Steuererhöhungen nicht mehr in der Lage ist, seine Immobilien weiter zu halten, hin zu den Oligarchen. Weitere Schnäppchen winken bei der Privatisierung von Staatsbetrieben. *N.H.*

Im Winter droht der Knall

Hellenen erzürnt über skandalöse Ungleichbehandlung

An Drohungen und dem Stellen von Ultimaten herrscht im Ablauf der bisherigen Griechenland-Rettung kein Mangel. Inzwischen könnte allerdings das Maß für viele Griechen und auch für die Regierungskoalition tatsächlich so weit voll sein, dass es zu einer Eskalation der politischen Lage in Griechenland kommt. Umso brisanter ist der Umstand, dass zusätzlich zu den vier Milliarden Euro, die ohnehin für 2014 eingeplant sind, noch einmal zwei Milliarden Euro entweder eingespart oder als zusätzliche Einnahmen aufgetrieben werden sollen. Dies ist nicht nur für viele griechische Normalbürger nach diversen Sparrunden und Sondersteuern ein Ding der Unmöglichkeit. Auch von der Regierungskoalition unter Premier Antonis Samaras kommt diesmal ein klares Nein. Inzwischen steht sogar die Drohung im Raum, es im Extremfall auf Neuwahlen ankommen zu lassen, falls die Troika bei ihrer harten Haltung bleibt.

Der wahrscheinliche Gewinner, falls solch ein Szenario eintritt, ist die linksradikale Partei Syriza um Alexis Tsipras, die fordert, Griechenland solle die Bedienung seiner Schulden komplett einstellen. Aus Sicht vieler Griechen ist ohnehin die Belastungsgrenze erreicht. Mit dem Euro in einer falschen Währung gefangen, kommt Griechenlands Wirtschaft nicht auf die Beine. Die griechische Bürokratie scheint unreformierbar, die Pfründe der milliardenschweren griechischen Schiffsreeder gelten bis heute als unantastbar, während der Durchschnitts-Grieche die Sparrunden und Steuererhöhungen über sich ergehen lassen musste.

Hälfte der Griechen kann sich kein Heizöl mehr leisten

Zu einem Katalysator der politischen Entwicklung könnte sich der bevorstehende Winter entpuppen. Während viele Touristen das Thema Griechenland mit sonnigen Inseln in Verbindung bringen, können die bevorstehenden Monate in Griechenland tatsächlich empfindliche Kälte mit sich bringen. Schon seit Mitte Oktober ist die Zeit angebrochen, zu der sich griechische Haushalte für gewöhnlich mit Heizöl eindecken. Das Problem in diesem Jahr: Für viele Griechen ist Heizöl inzwischen unerschwinglich geworden – nicht zuletzt wegen einer Sondersteuer, die von der Troika durchgesetzt worden ist. Als Folge wird sich laut Umfragen die Hälfte der Haushalte in diesem Jahr generell kein Heizöl mehr leisten können. Ein weiterer Nebeneffekt: Mit dem massiv ausbleibenden Verkauf macht auch die Sondersteuer auf das Heizöl kaum noch Sinn.

Dass ganze Teile der griechischen Bevölkerung nach Jahren der „Rettungspolitik“ inzwischen regelrecht verarmt und verelendet sind, hat sich bereits im letzten Winter bemerkbar gemacht. Über vielen griechischen Städten und Dörfern hing eine Dunstglocke, weil in den Haushalten zum Heizen Müll verbrannt wurde. Vom illegal abgeholzten Brennmaterial bis hin zu Kunststoffen landete alles im Ofen, was Wärme versprach. Sollte der kommende Winter mit empfindlichen Minusgraden aufwarten – was vor allem in Nordgriechenland leicht möglich ist –, dann könnte dies der sprichwörtliche Funken sein, der das Pulverfass Griechenland politisch zur Explosion bringt. *N.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4729**

Spagat sondergleichen

Hannelore Kraft versucht, den Industriestandort Nordrhein-Westfalen zu schützen und verärgert damit die Grünen

„Kohle-Kraft“ lautet der neue Spitzname der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, den ihr Umweltaktivisten im Rahmen der Koalitionsverhandlungen gegeben haben. Und auch im heimischen Landtag in Düsseldorf betrachtet der grüne Regierungspartner das Vorgehen der SPD-Politikerin mit Argwohn.

„Die SPD vertritt unsere Interessen besser als die Unionsseite.“ Dieses Lob vonseiten der Industrie ist einerseits eine schallende Ohrfeige für die CDU, die offenbar in den Koalitionsverhandlungen die Bedürfnisse der Industrie nicht sonderlich im Blick hat, andererseits lässt es aber auch die SPD in einem Zwielicht erscheinen, denn Arbeitgeberinteressen zu vertreten und somit die Kapitalisten zu unterstützen gehört nicht zu den klassischen Aufgaben der Sozialdemokraten.

Zu verdanken hat die SPD dieses mit gemischten Gefühlen zu betrachtende Lob Hannelore Kraft, der schon eine glänzende Zukunft an der Spitze der Partei vorausgesagt worden war, die aber wegen ihrer Positionen anlässlich der Koalitionsverhandlungen in der Arbeitsgruppe Energie mit Widerstand in den eigenen Reihen zu kämpfen hat. Kraft, die die Arbeitsgruppe zusammen mit Noch-Umweltminister Peter Altmaier (CDU) leitet, hatte gesagt, dass nur eine Energiewende, die keine Industriejobs koste, eine gute Energiewende sei. Auch müssten die Bedürfnisse der großen Stromkonzerne berücksichtigt werden. Sogar von Subventionen für Kohle-Kraftwerke soll die Rede gewesen sein. Dafür gab es dann auch noch einmal prompt Lob vom Bundesverband der Deutschen Industrie. Das linke Netzwerk Campact hingegen sprach sofort von „Klientelpolitik für die Kohlelobby“, die man nicht dulden wolle. Sofort wurde eine Unterschriftenaktion gestartet und eine Großdemo für den 30. November angekündigt. Umweltschutzorganisationen begrüßten Campacts Ansinnen und auch viele Anhänger der Grünen schließen sich der Kritik an. Dies wiederum bringt der Koalitionspartner von Kraft in Düsseldorf, die dort einer rot-grünen Regierung vorsteht, in Bedrängnis. Schon jetzt betrachten die Grünen Krafts Aktionen mit Argwohn. Daheim sorgt schon länger der Streit um das immer noch nicht ans Netz gegangene neue Kohlekraftwerk Datteln IV sowie der Ausbau des Braunkohletagebaus Garzweiler II für absolute Missstimmung. Zugleich bringt der im Koalitionsvertrag zugesagte Ausbau der Erneuerbaren Energien, deren Anteil an der Stromerzeugung bis 2025 auf 30 Prozent gesteigert werden soll, aber aktuell erst sieben Prozent erreicht sind, die Grünen bei den eigenen Wählern in Erklärungsnot. „Die Arbeitsplätze mit Zukunft entstehen ja gerade durch die Energiewende, in kleinen Unternehmen, im Handwerk und in der Forschung. Staatliche Hilfen für Energieriesen, die auf Atom und Kohle und damit auf ein schlechtes Geschäftsmodell setzen, kommen für Grüne nicht in Frage“, warnt NRW-Grünen-Chef Sven Lehmann gegenüber Kraft.



Bis hier hin und nicht weiter: NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft will um jeden Preis die Arbeitsplätze in ihrem Bundesland erhalten Bild: Getty

Rückendeckung kommt von falscher Seite

Die wiederum wird bedrängt von der energieintensiven Stahlindustrie und den Stromkonzernen Eon und RWE, die tausenden Nordrhein-Westfalen Arbeit geben. Gleichzeitig erinnern die Kämmerer der Kommunen Kraft daran, dass sie in den letzten Jahren massiv in Gaskraftwerke investiert haben, die sich aber wegen den Folgen der Energiewende derzeit kaum rechnen. Und auch die Gewerkschaften, immerhin einmal eine Klientel, deren Interessen die SPD offen vertreten darf, weisen auf zu erwartende Jobverluste infolge der massiven Fehlentwicklungen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hin.

Allerdings kann Kraft bei den Koalitionsverhandlungen nicht auf Unterstützung aus den eigenen Reihen setzen. Denn mit am Tisch der Arbeitsgruppe ist auch Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil. Der ist zwar auch Sozialdemokrat, doch sein Bundesland profitiert enorm vom EEG, schließlich ist im Norden die Windkraftbranche ansässig, für die das EEG eine Art Gelddruckmaschine ist. Dafür bekommt Kraft Rückendeckung von CDU-Mann Armin Laschet. Der NRW-CDU-Chef kennt die Gemengelage in ihrem Bundesland. Doch Laschets Unterstützung schadet Kraft mehr, als dass sie ihr nützt. Und da im kommenden Mai NRW-Kommunalwahlen sind, kann sich Kraft ihren Feind nicht zum Freund machen.

Noch vor vier Wochen war Kraft überzeugt, nie in eine derartige Lage zu geraten, bei der sie zwischen allen Stühlen sitzt. Aus irgendeinem Grund war sie fest davon überzeugt gewesen, dass es in Berlin zu Schwarz-Grün kommt und hatte diese Ansicht auch überall verbreitet. Niemals würde sich die SPD noch einmal auf eine Große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel einlassen, so Kraft. Auch freute sie sich schon, unter Schwarz-Grün ihr Machtpotenzial im Bundesrat voll ausnutzen zu können und dem Bund finanzielle Zugeständnisse aus dem Rippen zu pressen, denn die nordrhein-westfälische Finanzlage ist prekär und bedarf dringend weiterer Einnahmen. Doch stattdessen muss sie nun die ungeliebten Koalitionsverhandlungen mitführen und sich sogar von CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt als „Schulden-Queen“, die nicht mit Geld umgehen könne, beschimpfen lassen. Zwar wurde Dobrindt auf Merkels Wink von Bundeskanzleramtschef Ronald Pofalla zurückgepfiffen, doch Kraft muss nun Positionen beziehen, die wiederum die heimische Regierung gefährden.

Rebecca Bellano

MELDUNGEN

Bausparkassen in Bedrängnis

Frankfurt am Main – Die Chefin der deutschen Bankenaufsichtsbehörde Bafin, Elke König, warnt vor den Folgen der Niedrigzinspolitik der EZB. Diese könne, nachdem sie schon das traditionelle Geschäftsmodell der Lebensversicherer gefährdet, nun auch eine andere, hierzulande als besonders stabil angesehene Institution treffen: die Bausparkassen. „Die Medizin, die die EZB den Banken und den Staaten verabreicht hat, um sie zu stützen, hat wie jede Medizin Nebenwirkungen“, so König und wies darauf hin, dass viele Bausparkassen Altverträge hätten, bei denen sie den Kunden Zinsen von vier Prozent für die Ansparguthaben zugesichert hätten. Diese vier Prozent seien heute kaum noch zu erwirtschaften. Zudem bestünde auch die Gefahr eines abrupten Zinsanstiegs. *Bel*

BND reagiert auf Mossad-Wünsche

Hamburg – Der „Spiegel“ verbreitete unter der Überschrift „Mossad stoppt Merkel“ seinen Unmut darüber, dass ihm von Kanzlerin Angela Merkel zugesagte, bisher „streng geheime“ Unterlagen zum Olympia-Attentat von 1972 nun doch nicht zur Einsicht freigegeben werden. Der Bundesnachrichtendienst (BND), in dessen Besitz die Akten sind, habe auf Druck des israelischen Geheimdienstes Mossad entschieden, diese nicht offenzulegen. Da man die israelischen Wünsche nicht missachten wolle, bleiben Gespräche des damaligen Mossad-Chefs Zvi Zamir mit dem damaligen BND-Präsidenten Gerhard Wessel weiter unter Verschluss. Zamir war damals auch bei der missglückten Befreiungsaktion auf dem Flughafen Fürstenfeldbruck anwesend, bei der neben den fünf palästinensischen Terroristen auch neun israelische Geiseln und ein deutscher Polizist starben. *Bel*

Grüner Ablasshandel

Joschka Fischer hat »Nachhaltigkeit« als Geschäftsidee entdeckt

Zumindest auf der politischen Bühne hat sich der Ex-Außenminister Joschka Fischer (Grüne) mittlerweile rar gemacht. Nachdem Fischer sich auffällig zurückgehalten hatte, als es darum ging, für die Grünen im Bundestagswahlkampf aktiv zu werden, stand das Grünen-Urgestein nun unlängst wieder im Rampenlicht. Und zwar sprach Fischer bei einer Messe in Düsseldorf am Stand der Sonderschau „Kunststoff bewegt“, die vom Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau und der Chemie-Lobbyorganisation „PlasticsEurope“ organisiert worden war. In einer 15-minütigen Rede zum Thema „Nachhaltigkeit“ bescheinigte Fischer der Branche, dass „die alten Feindschaften, Umweltaktivisten hier, chemische Industrie dort“ beendet seien. Auch wenn eine Anfrage der „Bild“-Zeitung nach der Höhe des Redner-Honorars nicht beantwortet wurde, ist zu vermuten, dass Fischer fürstlich entlohnt worden ist.

Es ist nicht das erste Mal, dass „Joschka“ Unternehmen, die lange Zeit einen eher negativen Ruf in Umweltfragen hatten, zu einem „Öko-Image“ verhilft. Der ehemalige Straßenkämpfer ist mit seinem Beratungsunternehmen JF & C dick im Geschäft in Sachen „Nachhaltigkeit“. Die als Referenz angegebene Kundenliste kann sich sehen lassen, sie reicht vom Siemens-Konzern, der jahrelang unter schweren Korruptionsvorwürfen stand, über den Atomkraftbetreiber und Kohleverstromer RWE bis hin zum Autobauer BMW. Stand das bayerische Unternehmen lange unter Beschuss einflussreicher Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace, die BMW vorwarfen, „Klimaschweine“ und „Spritfresser“ zu produzieren, änderte sich das Image merklich, nachdem Joschka Fischer als Berater angeheuert worden war. Zu den wirklich verbrauchsarmen Fahrzeugen gehören die Premiumfahrzeuge von BMW zwar noch immer nicht, erstaunlicherweise sind aber inzwischen die Vorwürfe gegen den Autobauer seltener geworden.

Ex-Minister hilft Chemieindustrie, ihr Image aufzupolieren

Nicht von ungefähr kann da der Verdacht aufkommen, der Wandel beruhe weniger auf Fischers Beratungsleistung an sich, als dass er als Geschäftsidee recht clever eine Neuauflage des katholischen Ablasshandels auf die Beine gestellt hat – in der modernen Variante unter dem Vorzeichen „ökologischer Nachhaltigkeit“. Im Klartext: Fischer wirft sein Renommee gegen klingende Münze in die Waagschale, um in Sachen Ökologie den Ruf von Unternehmen aufzupolieren. Auf der Internetseite seiner Beratungsfirma JF & C wird ganz offen die Stärkung der „Reputation“ von Unternehmen als Leistung angeboten. Offeriert wird zudem „die Umsetzung unternehmerischer Nachhaltigkeitsstrategien sowie der dazugehörigen Kommunikation“.

Das ist offenbar ein lukratives Geschäftsmodell, denn Fischer, der 1985 im hessischen Landtag zur Vereidigung als bundesweit erster grüner Minister noch in Turnschuhen antrat, residiert mittlerweile in der noblen Villengegend von Berlin-Grunewald. Diese Geschäftstüchtigkeit Fischers dürfte einen Anteil daran haben, dass mittlerweile auch hochrangige Grüne auf Distanz zu ihm gehen. Wer so weit von der Partei entfernt stehe wie der „Herr Fischer“, sei kein Experte mehr für „grüne Belange“, ätzte etwa unlängst Jürgen Trittin in Richtung des ehemaligen politischen Weggefährten. *N.H.*

MELDUNGEN

Spanien: Rasur für Lieferanten

Madrid – Auf kräftige Abschläge müssen sich Lieferanten des spanischen Staates gefasst machen, die darauf bestehen, noch in diesem Jahr ihre Rechnungen bezahlt zu bekommen. Einem Bericht der Zeitung „Cinco Dias“ zufolge liegen allein aus dem Zeitraum bis Ende 2011 noch unbezahlte Rechnungen in Höhe von 6,5 Milliarden Euro vor. Bis Mai 2013 sollen nochmals Verbindlichkeiten von 14 Milliarden Euro dazu gekommen sein. Bereits für das Jahr 2012 sollen Firmen auf 1,4 Milliarden Euro an eigentlich ihnen zustehenden Zinsen zugunsten des Staates verzichtet haben. *N.H.*

Liebe und Hiebe für Minsk

Brüssel – Am 29. Oktober entschied der Europarat, die gegen weißrussische Politiker verhängten Sanktionen um ein Jahr zu verlängern. Zur Begründung hieß es, dass trotz Freilassung Einzelner viele Oppositionelle weiterhin verhaftet, die Menschenrechte miss-achtet und demokratische Prinzipien nicht angewendet würden. Gleichzeitig berichtete der britische „Telegraph“, dass seit Verhängung der Sanktionen 37 Millionen Euro für zweifelhafte Projekte nach Minsk geflossen seien: Neben Fotoausstellungen, Puppenspieltheater und Verbreitung von Volksmärchen wurden auch Mittel für die Grenzkontrolle gezahlt. Der „Telegraph“ wirft den Politikern vor, damit den weißrussischen KGB aufgerüstet zu haben, der die technische Ausrüstung zur Grenzüberwachung nutzt, um die Ausreise von Dissidenten zu verhindern. Das britische Außenamt rechtfertigte sich damit, dass die Hilfen keine Änderungen brächten, die helfen könnten, die politische Umgebung allmählich zu stabilisieren. *MRK*

Blaupause Somalia

Staatsverfall in Libyen schreitet weiter voran – Die »internationale Gemeinschaft« sieht tatenlos zu

Rund zwei Jahre nach dem vom Westen militärisch forcierten Umsturz herrscht in Libyen Chaos. Rivalisierende lokale Milizen unterschiedlicher Gesinnung verfolgen mit Waffengewalt ihre eigenen Ziele, das Land steht vor dem staatlichen Zerfall, die Zentralregierung ist machtlos.

Es waren euphorische Bilder, die im Herbst 2011 um die Welt gingen. Jubelnde Libyer im Siegestaumel, die ihre erfolgreiche Revolution feierten. Geblieben sind Chaos, Verbrechen, Mord und Totschlag. Der Staatsführung in Tripolis ist es nicht gelungen, die Sicherheit des Landes und seiner Grenzen zu gewährleisten und den Einfluss der lokalen zentrifugalen Kräfte einzudämmen. Dies machen sich radikale Islamisten, Separatisten und kriminelle Banden zunutze. Dabei hatten die meisten Libyer vor zwei Jahren eine klare Vorstellung, wie ihr Land zukünftig aussehen sollte. Sie wollten keine Verhältnisse wie im „gescheiterten Staat“ Somalia mit vielen herrschenden Stammesfürsten, keine Herrschaft der Gotteskrieger wie in Ägypten und Tunesien. Deshalb siegte bei den Wahlen keine religiöse Partei, sondern ein laizistisches Bündnis. Die unselige Entwicklung hin zum Staatszerfall hat das jedoch nicht aufhalten können.

Unter der Herrschaft Gaddafis lag die Macht außer in seiner Hand bei wenigen und schwachen Institutionen. Heute liegt sie nicht bei der Legislative oder der Übergangsregierung mit ihren teils von Terroristen und Kriminellen durchsetzten Sicherheitskräften, sondern in den Händen zahlreicher rivalisierender bewaffneter Gruppen. Die kurzzeitige Entführung von Ministerpräsident Ali Zaidan Anfang Oktober und die bewaffneten Ausschreitungen nach der Festnahme des al-Kaida-Führers Abu Anas al Libi durch US-amerikanische Spezialkräfte zeigten die Macht- und Hilflosigkeit der Staatsführung in Tripolis überdeutlich. Eine der Milizen entführte ihn, eine andere kämpfte ihn wieder frei.

Es ist ein Machtkampf jeder gegen jeden, für den Somalia die Blaupause liefert. Alle Versuche, die Milizen zu entwaffnen oder aufzulösen und sie in die Sicherheitskräfte zu integrieren, sind bisher fehlgeschlagen. Vielmehr sind sie in der Bevölkerung populärer denn je und ihre Zahl soll sich in den vergangenen zwei Jahren verzehnfacht habe. Ihre Stärke wird auf rund 225 000 Mann geschätzt. Sie sind fast ebenso gut bewaffnet wie die offiziellen Sicherheitskräfte. Ihr aus der Erbmasse des Gaddafi-Regimes gespeistes Waffenarsenal reicht von Handfeuerwaffen aller Art über Munition, Minen und Granatwerfer bis hin zu modernen Flugabwehrsystemen. Einige der Gruppen haben sich regelrechte kleine Volkswirtschaften geschaffen und üben ein Monopol über bestimmte Waren und Handelswege aus. Andere wiederum verdienen kräftig am Treiben der Schleuserbanden, die Flüchtlinge an die Mittelmeerküste schaffen, und am Handel mit den im Land reichlich vorhandenen Waffen mit. So verschmelzen politische und religiöse mit militärischen und wirtschaftlichen Interessen zu einem gefährlichen Gemenge. Keine der Milizen ist jedoch so stark, dass sie allein die Führung über das ganze Land übernehmen könnte.

> Der Westen trägt große Mitschuld an der desolaten Lage

Mit der Ausrufung einer eigenständigen Landesregierung für die Cyreneika hat der Staatsverfall Libyens eine neue Dimension erreicht. Auch in der Autonomiebewegung vermischen sich politische mit wirtschaftlichen Interessen. Die neugebildete Regionalregierung verfolgt das Ziel, „die Ressourcen gerechter zu verteilen und das von den Mächtigen in Tripolis aufgezwungene zentralistische System zu beenden“. Nur mit Mühe gelingt es der Zentralregierung, wenigstens die kleinste der libyschen Regionen, Tripolitanien, auf Kurs zu halten. Ihr Ziel ist die Rückkehr zur Verfassungslage von 1951. Damals bildeten die drei historischen Regionen Cyrenaika, Fezzan und Tripolitanien autonome Staaten innerhalb einer lockeren Föderation, bis diese Ordnung vom damaligen libyschen König Idris gewaltsam durch einen Zentralstaat ersetzt wurde. Von ihrem Ziel ist die Regierung jedoch weit entfernt. Die lokalen Identitäten und die Unabhängigkeitsbestrebungen sind so ausgeprägt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Derzeit gibt es keine Kraft, die in der Lage ist, die drei historischen Regionen wieder zu vereinen.



Anarchie gehört in Libyen längst zum Alltag: Bombenanschlag vor einer Schule in Bengasi Bild: Reuters

Bei der Betrachtung der desolaten Lage in Libyen darf nicht vergessen werden, dass es die „internationale Gemeinschaft“ und vor allem die Nato-Staaten waren, die sie durch die Unterstützung einer vollkommen heterogenen Opposition ohne eine einheitliche und legitimierte Führung erst herbeigeführt haben. Die Nato hat den Banditen, Terroristen und Gotteskriegern gewissermaßen den Weg freigebombt und das mit den Menschenrechten und ihrer „Schutzverantwortung“ begründet.

Wenige Monate später wählten die Libyer ein Parlament und der Westen sah seine Mission als erledigt an. Das reiche Land werde schon allein zu Ruhe und Stabilität finden, glaubte man in Washington und den europäischen Hauptstädten und ließ die Übergangsregierung als zahnlosen Tiger zurück. Ein Hilferuf aus Tripolis verhallte nahezu ungehört. Zwar schickte die Nato im Sommer eine Delegation ins Land, die es aber in ihrem internen Bericht bei der bloßen Feststellung beließ, dass Libyen vor Chaos und Anarchie stehe. Zu diesem Zeitpunkt war die Karawane westlicher „Menschenrechtspolitik“ längst weitergezogen, nach Syrien und Mali. Die Folgen des Versagens des Westens bekommen wir täglich zu spüren – mit jedem aus Libyen über das Mittelmeer kommenden „Lampedusa-Flüchtling“, der in Deutschland um Aufnahme ersucht. *Jan Heitmann*

Paris erscheint kopflos

Ideen für mögliche Steuererhöhungen sind vor allem konfus

Nach umstrittenen Vorhaben wie einer Reichensteuer hatten Frankreichs regierende Sozialisten für das Jahr 2014 eigentlich eine „Steuer-Pause“ versprochen. Die Realität könnte im kommenden Jahr indes komplett anders aussehen. Die den Bürgern versprochene Verschnaufpause vor neuen Steuerplänen ist zunächst einmal auf 2015 verschoben worden, dazu werden mit schöner Regelmäßigkeit neue Steuerpläne präsentiert. Die Ideen der französischen Regierung, was sich alles besteuern lässt, werden dabei immer absurder. Der neueste Geistesblitz: eine „Datensteuer“ auf E-Mails ins Ausland.

Dem Vorschlag könnte es allerdings schnell ebenso ergehen, wie bei zahlreichen anderen Projekten, etwa der Besteuerung von Palmöl-Produkten („Nutella-Steuer“), der „Red-Bull-Steuer“, der „Chips-Steuer“ auf besonders fett- und zuckerhaltige Nahrungsmittel oder einer Steuer auf Spareinlagen. Nachdem sie der Bevölkerung angekündigt worden waren, wurden sie nach Protesten allesamt wieder einkassiert oder liegen auf Eis. Aktuell gerät zudem die von Staatspräsident François Hollandes Vorgänger, Nicolas Sarkozy, angestoßene Finanztransaktionsteuer unter Beschuss. Wird an den Plänen zur Ausweitung der Steuer festgehalten, droht Frankreich einen Teil seiner Finanzindustrie zu verlieren, so die Warnung von Zentralbankchef Christian Noyer.

Die Folge des Pariser Steuer-Aktionismus, samt regelmäßiger Rückzieher: Viele Franzosen können in der Wirtschaftspolitik von Hollande kein Konzept mehr erkennen. Die Regierung wirkt kopflos, nur noch von Angst vor Protesten und neuen, schlechten Umfragewerten getrieben. Der aktuelle Rückzieher bei der „Öko-Maut“ für Lkw, die eigentlich zum 1. Januar 2014 eingeführt werden sollte, bietet bestes Anschauungsmaterial. Nachdem Bauern in der Bretagne lautstark protestiert haben, liegt das Maut-Vorhaben wieder auf Eis. Die hinter dem Zurückweichen stehende Befürchtung im Élysée Palast: Die Demonstrationen in der Bretagne könnten nur der Anfang einer landesweiten Protestwelle sein. Mit dem Rückzieher fehlen allerdings nicht nur 1,2 Milliarden Euro an Einnahmen, das erneute Zurückrudern verbreitet auch eine verheerende Signalwirkung. Sobald sich Widerstand regt und Protest laut wird, bläst Hollande zum Rückzug, so die Botschaft, die sich immer mehr festsetzt.



Hollande: Die Franzosen rücken von ihm ab Bild: Élysée Palast

Tatsächlich scheint inzwischen nicht nur beim Thema Steuern für viele Franzosen die Schmerzgrenze erreicht zu sein. Nachdem die sozialistische Regierung nun 17 Monate im Amt ist, kommt die Zwischenbilanz einem historischen Debakel gleich. Nach einer jüngsten Umfrage fordern 91 Prozent der Franzosen einen Kurswechsel bei der Regierungspolitik. Rekordverdächtig sind auch die Umfragewerte, wenn es um die Person des Präsidenten selbst geht. Die Zustimmung für Hollande ist auf 26 Prozent gesunken. Seitdem die Demoskopen vor über 30 Jahren eine entsprechende Fragestellung eingeführt haben, hat sich noch kein anderer französischer Staatschef so schnell so unbeliebt gemacht wie Hollande. *N.H.*

Polen nabeln sich ab

Warschau leidet unter weniger Überweisungen von Gastarbeitern

Polnischer Drang nach Westen“, ironisieren Polen ihren geopolitischen „Kompass“, der sie zu westlichem Wohlstand führte. Vor allem 2010 lohnt sich dieser Drang nach Westen finanziell. Denn neben den 5,5 Milliarden Euro, die die EU überwies, sandten polnische Gastarbeiter weitere 6,5 Milliarden Euro an ihre Lieben in der Heimat. Seitdem nehmen aber die Überweisungen der in den Westen entsandten Gastarbeiter drastisch ab, aber auch aus Brüssel kommt weniger, klagt Finanzexperte Janusz Kobeszko: „Bis 2020 werden von der EU und von Gastarbeitertransfers jährlich acht Milliarden Euro weniger fließen.“ Ab 2014 gilt der neue EU-Haushaltsplan und laut diesem erhält Polen bis 2020 insgesamt 106 Milliarden Euro, wovon sein eigener EU-Beitrag von 23 Milliarden abgezogen wird.

Aber auch die Überweisungen gehen stark zurück, weil immer mehr Polen im Ausland Dauerwohnsitz annehmen. Migrationsforscher Pawel Kaczmarczyk verweist darauf, dass der Exodus der Polen nach dem antirussischen Aufstand 1830/31 als politische Fluchtbewegung begann, dann aber bald zur Arbeitsemigration wurde. Ende des 20. Jahrhundert kamen die gen Westen strebenden Gastarbeiter nicht mehr aus Armutsgebieten, sondern aus allen Regionen Polens und gingen in zahlreiche Länder Westeuropas. 2013 lebten in Deutschland 420 000 Polen und etwa 2,2 Millionen mit polnischen Wurzeln sowie in England 550 000 Gastarbeiter aus der Republik. Die ausländische „Polonia“ hat zu stolzen 90 Prozent Arbeit oft in Jobs unter ihrer Qualifikation und war in den Gastländern wenig angesehen. Englische Aussprüche wie „No Irish, No Blacks, No Poles“ sind unvergessen.



Gastarbeiter aus Polen: Längst mehr als Erntehelfer Bild: action press

„Die ausreisen wollten, sind längst weg“, so Kaczmarczyk. Ab 2014 können Polen theoretisch ohne Visa in die USA reisen, doch er rechnet nicht mit einer Massenabwanderung. Emigranten ließen sich zudem immer ein Rückkehrtürchen offen, aber keiner wird es nutzen, wenn nicht bald wesentliche Verbesserungen auf dem polnischen Arbeitsmarkt eintrafen.

Polens Bevölkerung wird im nächsten Jahrzehnt von rund 39 Millionen auf 34 Millionen fallen, so Finanzfachmann Kobeszko, der betont, dass das Land eigentlich „seine“ Leute dringend benötigt und zwar entweder auf dem heimischen Arbeitsmarkt oder als der Heimat verbundene Gastarbeiter. Letztere dürften bis 2023 130 Milliarden Euro erwirtschaften, wovon aber immer kleinere Teile in die Heimat überwiesen würden. Dort fehlten zudem bald Wissenschaftler, Ingenieure und Ärzte, die zu einem großen Teil ausgewandert sind. Heute ist Polnisch sogar zweithäufigste Sprache in England, und mit der Arbeit von Polen werben Firmen: „Deutsche Qualität, polnische Preise“. In Deutschland ist es weniger idyllisch: Polen dürfen problemlos Arbeit annehmen, wissen aber nur wenig von deutschen Bestimmungen, was viele scheitern lässt.

Noch sind die Polen gelassen. Sie vertrauen auf Ausländer, die bei ihnen arbeiten wollen, wozu bereits „Beschäftigungsprogramme“ bestehen: Und so kamen bisher 200 000 Ukrainer, zudem Weißrussen, Vietnamesen aber auch über 10 000 Deutsche. *Wolf Oschlies*

Gewiefte Täuschung

Geht es darum, Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen, bilden SPD und Union längst eine Große Koalition

„Mit uns keine Steuererhöhungen", lautete das eherne Versprechen der Unionsparteien im Wahlkampf. Doch nur wenige Wochen nach dem Urnengang verliert die Zusage bereits an Wert. CDU, CSU und SPD wollen sich gemeinsam für die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen auf europäischer Ebene einsetzen. Mit dieser greift der Fiskus zu, wenn Wertpapiere den Besitzer wechseln.

Damit würde die „Zockerei an der Börse" eingedämmt und jene „an den Kosten der Finanzkrise beteiligt, die sie verursacht haben", tönen die Befürworter der Steuer – und haben damit offenbar den Nerv der Masse getroffen. Laut einer Umfrage begrüßen 73 Prozent der Deutschen eine solche Steuer. Sie tun dies laut der Studie des Fondsverbandes BVI allerdings nur, wenn nicht auch Kleinanleger und Sparer für die neue Steuer bluten müssen. Doch genau dies könnte Wirklichkeit werden.

Zwar arbeiten EU-Experten an einer Möglichkeit, Altersvorsorgeprodukte von der Steuer zu befreien. Ob und inwieweit das gelingt, steht in den Sternen. Ebenso, ob es sich bei der angeblich angepeilten Schonung der Kleinanleger und Sparer bloß um eine Nebelkerze handelt.

Fakt ist, dass Lebens- und private Rentenversicherer schon jetzt immer größere Schwierigkeiten haben, die Zinsen für die Versicherten zu erwirtschaften. Bausparkassen funken deshalb bereits SOS. Die Notlage hat ihren Ursprung bei der von der Politik erwünschten Niedrigzinspolitik. Die Europäische Zentralbank hat (wie andere große Notenbanken) den Leitzins weit unter die Inflationsrate gedrückt. Daher liegen auch die Zinsen für Staatsanleihen unter der jährlichen Teuerungsrate. Gerade in solche Papiere aber investieren Versicherer gern das Geld der Bürger, da die Staatsanleihen (bislang) langjährige Stabilität und solide, wenn auch geringe Erträge versprachen – entscheidend für Zukunftsvorsorgeprodukte, die Jahrzehnte halten sollen.

Um überhaupt noch Erträge zu erzielen, sind die Versicherer aber heute gezwungen, in andere, riskantere, aber gerade deshalb höher verzinste Produkte zu investieren. Dabei müssen sie wegen der Risiken häufig „umschichten", heißt: Ein Papier gegen ein anderes verkaufen. Bei jeder dieser Aktionen fiele die „Finanztransaktionssteuer" an. Die Kosten müssten die Versicherer an die Kunden weitergeben, was die späteren Auszahlungssummen von Betriebs- oder Riesterrenten und Lebensversicherungen beträchtlich schrumpfen ließe. Laut einer Untersuchung dürfte allein die Belastung für die Riesterrentner höher liegen als alle staatlichen Zuschüsse.

> In Wahrheit gibt es bereits eine Vermögensteuer

Kaum betroffen wären im Unterschied zu den Millionen Rentensparern und Lebensversicherten die großen Privataktionäre. Sie halten ihre Aktienpakete oft über viele Jahre und Jahrzehnte, wenn nicht gar Generationen. Sie „transagieren" also weit weniger als die „kleinen Leute", für welche die Versicherer wegen der Niedrigzinsen „transagieren" müssen.

Immerhin rechnet sich die Union an, die in der SPD populäre Forderung nach einer „Vermögensteuer" abgewehrt zu haben. Doch auch das ist nicht ganz die Wahrheit. Vermögensteuer heißt, dass nicht nur Gewinne besteuert werden, sondern auch der Vermögensbestand, selbst wenn der gar keine Profite abwirft oder sogar schrumpft. Anders gesagt: Es handelt sich um eine schleichende Enteignung. Da wolle man auf keinen Fall mitmachen, beteuert die Union.

In Wahrheit ist die Vermögensteuer längst Realität. Sie heißt nur anders, weshalb es kaum jemandem aufzufallen scheint. „Abgeltungssteuer" lautet das Etikett, unter dem sich die staatliche Einziehung von Privatvermögen verbirgt, das keinerlei reale Gewinne abwirft. Nach der Abgeltungssteuer müssen 25 Prozent der „Zinsgewinne" an den Fiskus abgeführt werden, wobei sich der Steuerzahler später etwas zurückholen kann, wenn sein individueller Einkommensteuersatz unter 25 Prozent liegt.

Bezogen wird die Steuer aber nicht auf den „realen" Zinsgewinn, sondern auf den „nominalen", dies bedeutet: Die Inflation wird nicht berücksichtigt. Derzeit ist es aber so, dass der nominale Sparzins meist sogar unterhalb der Inflationsrate liegt. Der Sparer verliert ohnehin jedes Jahr einen Teil seines realen Guthabens, weil dessen Wert schneller sinkt, als durch die Minizinsen ausgeglichen wird. Und diesen Verlust verschärft der Staat noch durch die Abgeltungssteuer, er greift also direkt aufs Vermögen zu und nicht etwa auf irgendwelche „Gewinne", die nur auf dem Papier stehen, die es real, also inflationsbereinigt, gar nicht gibt.

Brisant ist in diesem Zusammenhang, dass es die Politik ist, welche die Notenbanken zu der Minizinspolitik gedrängt hat, damit sie für ihre Staatsschulden real nichts mehr zu bezahlen hat. In diesem Zuge hat sie die Kosten für die Staatsschulden auf die Sparer abgewälzt, die sie mit der Abgeltungssteuer auch noch zusätzlich enteignet.

Finanzexperten sehen die Schwüre, keine Steuern zu erhöhen und auf eine Vermögensteuer zu verzichten, als Teil einer gewieften Täuschung. Die Bürger werden hinters Licht geführt.

Hans Heckel



Von wegen nur die Reichen: Umverteilungs-Propaganda hat oft negative Folgen für normale Bürger Bild: imago

MELDUNGEN

Baubranche hat gut zu tun

Berlin – Deutschlands Bauämter erhalten derzeit so viele Bauanträge wie lange nicht mehr. Allein in den Monaten Juli und August wurden 53000 Anträge genehmigt und somit 21 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Doch nicht überall darf der Eigentümer mit Wertsteigerungen rechnen. In zwei Drittel der 36 nordrheinwestfälischen Großstädte sind Wohnungen heute weniger wert als 2008. *Bel*

Gewinne sprudeln weniger

London – Ende Oktober verkündete die britische Ölgesellschaft BP einen Gewinnrückgang von 26 Prozent. Auch Exxon Mobil und Total haben schon bessere Zeiten erlebt. Der brasilianische Ölkonzern OGX meldete sogar dieser Tage Insolvenz an. Grund für die vergleichsweise schlechten Ergebnisse der Öl-Multis sind die schwache Nachfrage, Überkapazitäten und immer kostspieligere Erschließungen neuer Öl-Quellen. *Bel*

Korruptionskampf trifft Firmen

Peking – Pekings Kampf gegen die Bestechlichkeit der eigenen Beamten scheint erfolgreich zu sein, was die Hersteller von Luxuswaren sofort zu spüren bekommen haben. Wuchs die sogenannte Luxusbranche weltweit in den letzten Jahren stets zweistellig aufgrund der hohen Nachfrage aus China, kommt sie für dieses Jahr wohl nur auf ein Plus von knapp 2,5 Prozent. Grund hierfür sind neben Kampagnen gegen korrupte Beamte und Schauprozessen in China auch die dort neu eingeführte Regel, dass in Luxus-Boutiquen der Name des Käufers und des Begünstigten registriert werden muss. *Bel*

Parallelen zu Athen

Puerto Rico braucht Geld von Washington

Quasi auf ihrem Hinterhof wächst den USA ein eigenes „Griechenland" heran. Der Freistaat Puerto Rico, ein US-amerikanisches Außengebiet mit Sonderstatus, hat mittlerweile Schulden von rund 70 Milliarden US-Dollar angehäuft. Damit ist die Antilleninsel mit ihren nur 3,6 Millionen Einwohnern stärker verschuldet als jeder der 50 US-Bundesstaaten. Obendrein ist Puerto Rico mit seinen Schulden in einer Zwickmühle gefangen. Als Anhängsel der USA ist Puerto Rico nicht in der Lage, selbst einen Staatsbankrott zu erklären. Ein Rettungspaket aus Washington ist wiederum extrem unwahrscheinlich. Bereits im Februar kommenden Jahres steht zwischen Demokraten und Republikanern eine Neuauflage des Gezerres um eine neue Anhebung der Schuldenobergrenze bevor. Dass Präsident Barack Obama unter diesen Bedingungen quasi nebenher ein milliardenschweres Hilfspaket für Puerto Rico aus dem Hut zaubert, ist kaum vorstellbar.

Tatsächlich ist die finanzielle Schieflage der Insel aber bereits seit Jahren absehbar gewesen. Vor allem seit die Wirtschaft im Jahr 2006 in die Rezession gerutscht ist, hat der Schuldenberg Puerto Ricos rapide zugenommen. Das Land und seine öffentlichen Stellen haben seitdem genau so viele Schuldtitel ausgegeben wie die staatlichen Emittenten im US-Bundesstaat Virginia, so Berechnungen der Nachrichtenagentur Reuters. Allerdings mit einem gravierenden Unterschied: In Virginia leben doppelt so viele Menschen wie auf der Antilleninsel und die Wirtschaftsleistung Virginias ist vier Mal so hoch wie die Puerto Ricos. Die Versprechen, per Kredit die heimische Wirtschaft anzukurbeln und die in die Jahre gekommene Infrastruktur der Insel zu sanieren, haben sich inzwischen als Seifenblase entpuppt. Die Erfolge sind ausgeblieben, geblieben ist aber ein Schuldenberg, der in keinem Verhältnis zur Wirtschaftsleistung steht.

> Mit US-Dollar an zu starke Währung gekettet

Zudem ist Puerto Rico mit dem US-Dollar in einer Währung gefangen, die viel zu stark für die Wirtschaft der Insel ist. Und ebenfalls ähnlich wie in Griechenland ist der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst hoch. Viele Unternehmen hängen dazu von hohen staatlichen Subventionen ab. *N.H.*

Weitere Attacken gegen Obamacare

Republikaner torpedieren Krankenversicherung auf bürokratischem und juristischem Weg

Im September am „Labor Day", dem US-amerikanischen Tag der Arbeit, streikten im ganzen Land die Restaurant-Angestellten für eine Erhöhung ihrer Mindestlöhne. Mit Plakaten wie „Wir sind mehr wert. Wir fordern 15 Dollar!" marschierten sie, wie bei US-Streiks üblich, im Kreis vor den Niederlassungen der großen Fast-Food-Ketten wie McDonalds, Wendy's oder Carl's Jr. 7,25 US Dollar ist der offizielle Mindestlohn in den Staaten. Um dessen Anhebung gab es in letzter Zeit heftige Debatten. Wirtschaftsexperten meinen, der Mindestlohn sei zu niedrig angesetzt, um etwas zu bewirken, Restaurantbesitzer hingegen finden ihn aufgrund des anhaltenden Gästemangels infolge der Wirtschaftskrise jetzt schon zu hoch. Trotzdem hat US-Präsident Barack Obama ein Gesetz angekündigt, nachdem das Minimum, das Menschen für ihre Arbeit gezahlt werden muss, künftig zehn Dollar betragen soll. Kaliforniens Gouverneur Jerry Brown hat eine Erhöhung auf zehn Dollar bis 2016 bereits im September für seinen Bundesstaat durchgesetzt, denn jeder Staat hat das Recht, den Mindestlohn höher festzulegen.

Am meisten betroffen von den geringen Zahlungen sind in den USA die Landarbeiter und die Angestellten der Restaurant-, besonders der Fast-Food-Branche. „McDonald's ist ein Neun-Milliarden-Dollar-Unternehmen. Die können sich doch wohl leisten, uns, den Ärmsten der Armen, 15 Dollar pro Stunde zu zahlen", meinte Dwight Murray, der in Indianapolis sein Plakat schwenkte. Fran Quigley, klinischer Professor der Universität Indiana und Unterstützer des Streiks, ergänzte: „Der Steuerzahler trägt die Last, da diese Menschen auf Lebensmittel- und Kranken-Beihilfe sowie andere soziale Leistungen angewiesen sind." Wendy's-Mitarbeiterin Rachel Wilde blieb aus Angst vor Entlassung bei diesem Streik zu Hause: „Aber ich protestiere dagegen, dass die Restaurants für viele Arbeiter neben den geringsten Löhnen auch keine Krankenversicherung zahlen."

> Mindestlöhne zu niedrig für das Projekt

Damit hat sie einen weiteren wichtigen Aspekt angesprochen, denn genau diesen Missstand soll das neue Krankenversicherungsgesetz Obamacare nun ändern. Ab nächstem Jahr sind alle Unternehmen und Betriebe mit über 50 Werktätigen gezwungen, ihre Angestellten zu versichern. Auch der Versicherte muss bis zu 9,5 Prozent seines Gehalts einzahlen. Menschen mit geringem Einkommen können einen Zuschuss von der Regierung beantragen. Wer die Pflichtversicherung ablehnt, muss eine Strafe von 95 Dollar im ersten Jahr zahlen, im zweiten 325 Dollar oder zwei Prozent seines Einkommens, was aus Expertensicht viele junge Leute bevorzugen werden. Zugleich versuchen mittelgroße Firmen ganz gezielt, die Zahl ihrer Vollzeitmitarbeiter unter 50 zu halten und mit Aushilfskräften zu arbeiten, was sie von einer Versicherungspflicht befreien würde.

So machbar und für die US-Bürger erstrebenswert die Verbesserungen durch die Pflichtversicherung auch klingen mag und was für die Deutschen seit Bismarck selbstverständlich ist: Ein so gewaltiges Projekt in einem so großen Land wie den USA durchzusetzen, ist leichter angeordnet als umgesetzt. So brach beispielsweise vor Kurzem die Internetseite der US-Regierung, auf der sich die Bürger informieren und ihre Versicherung wählen können, wegen des Massenandrangs zusammen.

Doch schlimmer als dieses technische Versagen ist der allerneueste Versuch der Republikaner, Obamacare zu verhindern. Was ihnen trotz der Stilllegung der US-Verwaltung Anfang Oktober nicht glückte, soll nun auf anderem Wege erzwungen werden. Laut dem neuen Gesetz erhalten Millionen Bürger mit niedrigem oder keinem Einkommen, für die Obamacare in erster Linie gedacht war, einen Zuschuss für ihre Prämie. Dafür müssen sie ihre Versicherung über eine Vermittlungsstelle ihres Bundesstaates abschließen. Doch nun haben sich 36 Staaten, vor allem im Süden, dagegen entschieden, diese Vermittlungsstellen einzurichten. Für diesen befürchteten Fall gestattet das Gesetz der Regierung in Washington, die Versicherung der Bürger in diesen Staaten zu übernehmen, jedoch aufgrund einer Gesetzeslücke nicht die Gewährung der Zuschüsse. 25 der 50 US-Staaten haben sich zwar bereit erklärt, Washington auch die Beihilfe zu gestatten, aber 25 lehnen ab. In vier Klagen, geleitet von dem konservativen Anwalt Michael Carvin, einem der heftigsten Gegner von Obamacare, soll das Einspringen der Regierung als ungesetzlich erklärt werden. Wäre dies der Fall, dann wären die Armen in etwa der Hälfte des Landes weiterhin nicht versichert. Werden diese Klagen angenommen, könnten sie Obamas wichtigstes soziale Projekt endlos verzögern oder doch noch zu Fall bringen.

Liselotte Millauer

Zweierlei Maß

Von Harald Tews

Nach dem Fund eines Milliarden-teuren Kunstschatzes in einer Münchener Privatwohnung wird sich die Republik in den kommenden Jahren mit einem heiklen Thema zu beschäftigen haben: mit Beutekunst. Endlich kommt damit etwas auf die Tagesordnung, was von der Politik eher beiläufig behandelt wurde, um sich nicht die Finger daran zu verbrennen.

Jetzt muss man sich den Tatsachen stellen. Sollte zweifelsfrei geklärt werden, dass einige der 1400 Bilder, die in München gefunden wurden, während der NS-Zeit aus privaten Sammlungen als „entartete Kunst“ beschlagnahmt wurden, so sind sie völlig zu Recht den rechtmäßigen Erben zurückzugeben.

Wie steht es dann aber mit den geraubten Werken der Vertriebenen durch die Rote Armee? In russischen Museen und Depots befinden sich noch unzählige Kunstwerke aus den deutschen Ostgebieten. Und was ist, wenn man in St. Petersburg oder Moskau in einer vermüllten Privatwohnung Beutekunst aus Deutschland entdeckt? Deren frühere Besitzer werden wohl keine Chance auf Rückgabe haben, wenn sich die Bundesregierung bei dem Thema weiterhin so passiv verhält.

Falsche Toleranz

Von Maria Bornhöft

In dem Fall „Maria“ führten „Zeit“, „Stern“ und „Spiegel“ den Deutschen einmal wieder vor Augen, wie sie doch von Vorurteilen und Klischees zerfressen seien. Da hatte doch jeder glauben wollen, das in einer Roma-Familie in Griechenland aufgegriffene blonde vierjährige Mädchen Maria sei ein Opfer einer Kindesentführung gewesen. Aber nein, wie sich herausstellte stammte es nur von einer anderen Roma-Familie. Auch habe diese die eigene Tochter nicht gegen Geld abgegeben, sondern damit es dieser besser gehe, weil man selbst zurück in die bulgarische Heimat musste, wo es leider keine 40 Euro Kindergeld monatlich wie in Griechenland gab.

Marias Pflegeeltern hingegen konnten insgesamt für 14 Kinder unter ihrem Dach in Griechenland Geld beziehen, auch wenn die Hälfte nicht die eigenen waren und sie das auch niemandem gemeldet hatten. Zudem sorgten die Kleinen offenbar noch für weitere Einnahmen, denn die griechische Polizei will Maria auf einem Markt beim Betteln gesehen haben.

Bizarrerweise scheinen die genannten drei Publikationen es völlig normal zu finden, Kinder innerhalb der eigenen Ethnie hin und her zu tauschen. Dass die Kleine betteln geschickt wurde, fand niemand kritikwürdig, dafür wurden die Deutschen als intolerant dargestellt, weil sie die kulturellen Eigenarten der Roma nicht akzeptierten. Angesichts der drei Berichte kann man nur staunen über so viel falsch verstandene Toleranz und so wenig Mitleid für das Kind. Wer hat den Autoren das Hirn vernebelt?

Nur der „Focus“ scheint noch bei Verstand zu sein und sieht den Fall „Maria“ als Beispiel für „die Abzocke staatlicher Sozialkassen“.

Reines Scheingefecht

Von Rebecca Bellano

Mit folgenden Worten erklärt „heute.de“ den im Rahmen der Koalitionsverhandlung neu aufgebrachten Begriff der „ruhenden Staatsbürgerschaft“: „Menschen aus Zuwandererfamilien würden ihre Staatsbürgerschaft nicht automatisch verlieren, wenn sie Deutsche werden. Diese Staatsbürgerschaft ruht jedoch, bis sie ihren Lebensmittelpunkt wieder in ihr Herkunftsland verlegen.“ Was ist, bitte, das Herkunftsland von in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kindern türkischer Eltern, um die es sich in der Debatte überwiegend dreht? Wenn das Herkunftsland dieser Menschen in ihrem Empfinden nicht Deutschland ist, was machen diese Menschen dann hier? Und wieso sind es deutsche Politiker, die sich für diese Menschen, so es sie denn wirklich in Massen gibt, verwenden? Inwieweit soll auf dieser Weise der Integration gedient werden?

Regelrecht hanebüchen ist jedoch der Vorschlag des „Doppelpasses mit Generationenschnitt“, den der Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in die Debatte gebracht hat. So sollen in Deutschland geborene Kinder der ausländischer Eltern einen Doppelpass erhalten, ihre Kinder diesen aber nur noch auf Antrag bekommen und ihre Enkel später das Anrecht verlieren. Auf diese Weise wird Kindern und Enkeln von Zuwanderern möglichst lange in Erinnerung gerufen, dass sie „anders“ sind als ihre deutschstämmigen Mitmenschen, was aus Sicht der Experten jedoch die Integration erleichtern soll. Bitte, wo ist da die Logik?

> Weiß eigentlich noch jemand, was Sinn einer Staatsbürgerschaft ist?

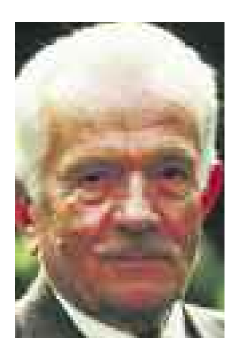
Und weiß eigentlich noch irgendjemand, was der Sinn einer Staatsbürgerschaft ist? Hier geht es um Staatsbürgerpflichten und -rechte. Eines der wichtigsten Rechte ist das Wahlrecht. Warum jedoch sollen in Deutschland geborene Kinder türkischer Eltern in der Türkei die Regierung mitbestimmen? Das mag vielleicht im Interesse des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan sein, aber was haben deutsche Politiker davon? Früher galt übrigens mal die Regelung, dass in Deutschland lebende Inhaber türkischer Pässe nicht vom türkischen Militär eingezogen werden dürfen, wenn sie vor Vollendung des 34. Lebensjahres in Deutschland ihren Dienst absolviert haben. Doch nun gibt es hier keine Wehrpflicht mehr. Wurde das aber auch entsprechend geregelt oder droht nun jedem Nicht-Gedienten bei Besuch der Großeltern in der Türkei der Einzug? Schließlich ist die Wehrpflicht eine Staatsbürgerpflicht.

Die Beispiele zeigen, wie weit die Debatte um die Staatsbürgerschaft zu einem politischen Scheingefecht verkommen ist, bei der das eigentliche Streitobjekt völlig entkernt wurde. Aber um die Sache geht es in der Politik ja leider immer seltener und über Ideologien obsiegen über Logik.

Der Kampf gegen die doppelte Staatsbürgerschaft hat in der CDU eigentlich Tradition: 1999 machte der damalige CDU-Politiker Roland Koch (r.) mit einer Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft sogar erfolgreich Wahlkampf in Hessen

Bild: pa

Moment mal!



Endlich einmal ein Loblied auf die Heimat

Von Klaus Rainer Röhl

Sind Heimatvertriebene Nazis? In den Augen einiger radikaler Antifa-Aktivisten sind sie zumindest verdächtig. Schon weil „Heimat“ ein verdächtiges Wort ist. Es kommt gleich nach „Deutschland“ oder „Arbeit“. „Scheißdeutschland, Scheißarbeit“, sagen sie und schreiben es auf ihre Transparente. Hatten nicht die Nazis die Liebe zur Heimat gefördert? Ist nicht die unübersehbare und bunte, kuschelige Welt des Multikulti das eigentliche Zuhause eines guten deutschen Buß-Menschen?

Und so machen diese Anti-Deutschen auch ihre Rap-Songs und Filme, die wir über die Filmförderung über die Zwangsbeiträge des Rundfunks bezahlen müssen. Die machen ihren Job. Es ist keine Verschwörung, die von ein paar deutschfeindlichen Leuten angezettelt wurde, das ist die allgemeine Linie, „Mainstream“ ist die vornehme Umschreibung, Verblödung ist das richtige Wort. Nachdem die letzten noch aufspürbaren „Nazis“ gestorben oder wenigstens entlarvt sind, bleibt in den Augen der Bußdeutschen noch viel zu tun übrig, denn immer noch sind die meisten ihrer Mitbürger nicht politisch korrekt durchleuchtet und auf Herz und Nieren geprüft. Da gibt es, besonders bei Fußballmeisterschaften und anderen Sportereignissen, immer noch Leute, die schwarzrotgoldene Fahnen schwenken und sich freuen, wenn Deutschland ein Tor schießt oder eine Goldmedaille holt und gar die Nationalhymne gesungen wird. Bei der viele deutsche Sportler die Zähne nicht auseinander kriegen, statt Begeisterung für ihr Land zu zeigen, von dem Brecht in seinem einst als Nationalhymne geschriebenen, von den DDR-Oberen aber abgelehnten Lied schrieb: „Und das liebste mags uns scheinen, so wie andern Völkern ihrs!“ Kann man patriotischer sein?

> Keine deutschfeindliche Verschwörung, sondern allgemeine Linie

Oder wenn einer sein halbes Leben lang über seine Heimat redet oder einen Film nach dem anderen macht über das unübersetzbar und unersetzbar deutsche Thema: Heimat.

So wie der Filmemacher Edgar Reitz, der letzte Woche 81 Jahre alt wurde und dessen letzter und bester Film „Die andere Heimat“ am 3. Oktober, dem Tag der deutschen Einheit, Premiere in deutschen Kinos hatte. International hatte Reitz bereits im August bei den Filmfestspielen in Venedig Begeisterungsstürme ausgelöst und höchste internationale Ehrung erfahren. Sein Film ist ein Lichtblick. Für Deutschland, für uns alle. Wer nicht auf die Fernsehfassung im nächsten Jahr warten will, muss „Die andere Heimat“ in einem kleinen Kino seiner Stadt sehen. Vier Stunden dauert der – fast ausschließlich – in Schwarz-Weiß gedrehte Film.

Viele haben bereits in den 80er Jahren im Fernsehen die fünf Heimatfilme von Edgar Reitz gesehen und geliebt. Heimat. Eigentlich das ganze Deutschland verkürzt sich in den Filmen von Reitz wie in einem Brennglas auf die Geschichte der Familie Simon und einer Dorfschmiede eines winzig kleinen Ortes im Hunsrück, Schabbach. Wo die Menschen auf einem außerordentlich kargen Boden nur durch harte Arbeit überleben und einen auffällig harten Dialekt sprechen. „Dau“ statt „du“ sagen sie und „eich“ statt „ich“. Die Fernsehfilme kamen in großen Abständen heraus: „Geschichte aus den Hunsrückdörfern“ (1981), „Heimat. Eine deutsche Chronik“ (1984), „Die zweite Heimat. Chronik einer Jugend“ (1992), erst viel später „Heimat 3. Chronik einer Zeitenwende“ (2004) und „Epilog. Heimat-Fragmente. Die Frauen“ (2006).

Ab 2012 begann Reitz, unterstützt durch die ARD-nahe Gesellschaft Degeto und den Sender Arte, seinen aufwendigsten und üppig ausgestatteten Kinofilm „Die andere Heimat“. Er spielt ab 1842 in dem gleichen, noch ärmlicheren Schabbach. Die andere Heimat, das Ziel der Sehnsucht, das ist Brasilien, in das die Bauern und Handwerker aus dem armen und ausgehungerten Hunsrück in endlosen Trecks mit all ihrer Habe über den Rhein nach Rotterdam und von dort aus mit Dampfschiffen auswanderten.

Aber die Auswanderung ist nur scheinbar und nur vordergründig das Thema. Der Hauptheld Jakob Simon, Sohn des Schmieds, der sein ganzes Leben von der neuen, der anderen Heimat Brasilien und den dortigen Indianern träumt, bleibt, durch vielfache Verkettungen und Zufälle seines Lebens an seiner großen Reise gehindert, immer zu Hause. Die andere Heimat ist eben doch Schabbach, das bitterarme und öde Dorf im Hunsrück, und die Filmerzählung handelt von dem aufgeweckten Außenseiter mit Pech in der großen Liebe. Die kaum zu zählenden Szenen der Geschichte des Jakob Simon und seines Bruders samt ihrer Frauen mit einprägsamen, unvergesslichen Gesichtern und Bewegungen inmitten dörflicher Tragödien sind reif für die Filmgeschichte. Vor allem der einmalige Ausbruch von Wildheit und übermütiger Vitalität bei einem Erntedankfest – einer dörflichen Großorgie, wie sie noch kein Film so detailreich und so beherzt und musikalisch pointiert zeigen konnte, lassen erotische Szenen wie in „La Dolce Vita“ erblassen.

> Und plötzlich erstrahlen in dem Grau die Farben Schwarz, Rot und Gold

Zurückgeworfen, eigentlich mehr durch Zufälle als durch eigene Schuld, bleibt Jakob Simon im Hunsrück zurück als ein autodidaktischer Bücherwurm und Grübler, der selbst mit Alexander von Humboldt korrespondiert und sich damit einreiht in die vielglied-rige Kette der Tüftler und Denker des Jahrhunderts, dieses sehr deutschen Jahrhunderts, dem wir und die Welt fast alles verdanken: den geradezu galoppierenden Fortschritt der Technik und der Wissenschaft und der Demokratie.

Einmal, als das „Jaköbsche“ sich wieder auf die Reise begibt, um dann doch wieder umzukehren, begegnet ihm auf dem Rhein ein Trupp aufständischer Studenten im Burschenschaftsuniform auf einem Flussboot, die von preußischen Polizisten verfolgt und schließlich sogar beschossen werden. Sie singen revolutionäre und vaterländische Lieder und haben ihre Fahne auf dem Mast gehisst, und plötzlich lässt der Regisseur diese Fahne in dem düsteren Grau des Schwarzweiß-Films in Farbe erscheinen, schwarzrotgolden leuchtet sie auf – eine Szene, die mehr als lange Vorträge über den Kampf der Burschenschafter für die Einheit Deutschlands sagt und mehr über die aufklärerische Absicht des großen Filmemachers Reitz. Tatsächlich kamen die Farben Schwarz, Rot und Gold von der sogenannten Urburschenschaft in Jena und wurde als Trikolore zum ersten Mal auf dem Hambacher Fest von 1832 gezeigt. Aber unser Held zieht weiter seines Weges – in sein Heimatdorf und zu seinen Büchern, zu seiner Korrespondenz mit Alexander von Humboldt.

Eigentlich ist der Film, trotz der erschütternden Einzelheiten über die Kargheit des Landes und der Armut seiner Menschen, ein Loblied auf die Heimat: Auf die Familie, das Dorf, auf den Hunsrück – und Deutschland. Freuen wir uns über unsere Heimat und die Leistungen unserer Vorfahren. Das ist, denke ich, die Botschaft dieses Films. Freuen wir uns über diesen Film, einen wahren Lichtblick in unserer verwirrenden und ziemlich finsteren Zeit.

Profitabler Fingerzeig

Albrecht Dürer setzte Maßstäbe – Eine große Ausstellung zeigt sein Genie als Künstler und Geschäftsmann

Der Nürnberger Albrecht Dürer (1471–1528) gilt als der größte deutsche Künstler aller Zeiten. Doch was macht das Besondere seiner Werke aus? Die Antwort darauf gibt eine attraktive Schau im Frankfurter Städel Museum.

In „Dürer. Kunst – Künstler – Kontext“ sind 190 Arbeiten Dürers ausgestellt. Sie veranschaulichen vom Gemälde über die Druckgrafik bis hin zu Entwürfen für Goldschmiedearbeiten, Deckenleuchter und Glasfenster die ganze Breite und Vielfalt seiner Ausdrucksmöglichkeiten. Ihnen sind etwa 60 Arbeiten seiner Vorgänger, Zeitgenossen und Schüler zur Seite gestellt. Das Besondere an Dürers Werken soll also deutlich werden durch den Vergleich mit Arbeiten seiner Künstlerkollegen. Ebenso werden die Anregungen offenbar, die ihm andere Meister vermittelten.

Die Schau ist chronologisch geordnet und weist dabei 14 thematische Abteilungen auf. Eine ist zum Beispiel Dürers langjährigem Streben nach der Darstellung idealer menschlicher Körperproportionen gewidmet. Ihren repräsentativen Ausdruck haben sie im Kupferstich „Adam und Eva“ (1504) gefunden. Trotz des bevorstehenden Sündenfalls sind die beiden Figuren in körperlicher Hinsicht Sinnbilder für den perfekten Menschen an sich.

Aber auch das Individuelle der Menschen wusste Dürer ausdrucksvoll ins Bild zu setzen. Das veranschaulichen seine Porträts, die sich wie ein roter Faden durch die Ausstellung ziehen. Das früheste zeigt Dürers Mutter Barbara (um 1490) vor einfarbigem Hintergrund. Im „Bildnis der Elsbeth Tucher“ (1499) kommt Leben in die Szenerie. Die 26-jährige Patrizierin mit den markanten Wangenknochen und der prächtigen Haube steht vor einem Fenster mit Landschaftsausblick. Das „Bildnis eines jungen Mannes“ entstand während Dürers zweitem Aufenthalt in Venedig 1506. Es greift die venezianische Porträttradition des Brustbildes in Dreiviertelprofil auf, die im Städel durch Giovanni Bellinis „Bildnis eines Venezianers“ (um 1500) belegt wird. Doch während Bellinis Venezianer einfach würdevoll aussehen soll, geht es Dürer um die Einfühlung in sein Gegenüber, dessen Augen einen Anflug von Beklommenheit verraten.

Bei den italienischen Künstlern genoss Dürer hohes Ansehen. Der Maler und Künstlerbiograf Giorgio Vasari urteilte 1568 in seinen Künstler-Viten: Mit den Apokalypse-Illustrationen ist Dürer „für viele unserer Künstler ein helles Licht gewesen ..., die sich dann der Überfülle und des Reichtums seiner schönen Phantasien und Erfindungen bedient haben“.

Die 15 Holzschnitte der Apokalypse, 1498 mitsamt dem Bibeltext der Geheimen Offenbarung des Johannes in Buchform herausgegeben, waren ein Verkaufsschlager, der Dürers Ruhm in kürzester Zeit in ganz Europa verbreitete. Die Holzschnitte setzen die Prophezeiungen von den dramatischen Vorgängen vor dem Ende aller Zeiten am Jüngsten Tag in packende, ausdrucksmächtig fantastische Bilder um. Auch in handwerklicher Hinsicht sind sie ein Meilenstein. Bis dahin wiesen Holzschnitte simple Konturlinien und schematische Schraffuren auf. Dürers Holzschnitte hingegen zeichnen sich durch ein die Eigenschaften und Volumina der Formen charakterisierendes An- und Abschwellen der Linien aus sowie durch die Dunkelheit markierende Verdichtung der Schraffuren, denen das weiße Papier als „Licht“ gegenübersteht.

Eine bis dahin einzigartige technische Virtuosität – gepaart mit einem fesselnd geheimnisvoll bleibenden Inhalt – hat auch

Wegen seiner Rente reiste Dürer sogar dem Kaiser hinterher

seine drei „Meisterstiche“ berühmt gemacht. Allein die Bearbeitung der Kupferplatte für „Ritter, Tod und Teufel“ (um 1513) wird vermutlich mehrere Monate in Anspruch genommen haben.

Sein wohl aufwendigstes Projekt auf malerischem Gebiet war die für den „Heller-Altar“ (1507–1511) geschaffene Mitteltafel mit der „Himmelfahrt und Krönung der Jungfrau Maria“. Auftraggeber des Wandelaltars war der Frankfurter Kaufmann Jakob Heller. Die in Grautönen gemalten, im geschlossenen Zustand zu sehenden Bilder männlicher und weiblicher Heiliger sowie die nur teilweise erhaltene „Anbetung der Heiligen Drei Könige“ steuerten Mathis Gothart Nithart, genannt Grünewald, sowie Werkstattmitarbeiter Dürers bei. Die vielfarbigen Flügelinnenseiten mit der Darstellung des Martyriums des Apostels Jakobus des Jüngeren und der heiligen Katharina von Alexandria sowie die beiden Stifterbilder darunter stammen von Dürer. Das Original von Dürers Mitteltafel ist nicht erhalten. Gezeigt wird eine Kopie, die Jobst Harrich im frühen 17. Jahrhundert malte.

Ausstellungskurator Jochen Sander berichtet: „Dürer schätzte die Mitteltafel außerordentlich hoch; er führte sie vollständig eigenhändig und mit besonderer Sorgfalt aus.“ Einen Eindruck von dieser Sorgfalt vermitteln die neben den Altargemälden gezeigten Pinselzeichnungen wie der Kopf eines nach rechts blickenden Apostels, eine Gewandstudie für die Christusfigur oder die Füße eines knienden Apostels.

Einen seiner spektakulärsten Aufträge verdankte Dürer Kaiser Maximilian I.: die sogenannte „Ehrenpforte“ (1518/1519). Von Dürer, seinen Werkstattmitarbeitern und Albrecht Altdorfer ausgeführt, handelt es sich um den größten jemals geschaffenen Holzschnitt (3,5 mal drei Meter), gedruckt von 195 Holzstöcken auf 36 Papierbögen. Der mit den Pforten des Lobs, der Ehre und des Adels ausgestattete Triumphbogen sollte den Kaiser und das Haus Habsburg verherrlichen.

Maximilian I. hatte Dürer eine Rente von 300 Gulden versprochen. Als der Kaiser 1519 starb, zog Dürer zur Krönung des neuen Kaisers Karl V. nach Aachen, um sich von ihm den Rentenanspruch bestätigen zu lassen. Danach reiste Dürer mit seiner Frau Agnes weiter in die Niederlande. Es war ein einziger Triumphzug: holländische Künstlerkollegen sprachen bei ihm vor und Kaufleute veranstalteten Festbankette.

In Antwerpen tat sich der Sekretär einer portugiesischen Handelsniederlassung mit wertvollen Geschenken hervor. Dürer überreichte ihm sein Gemälde „Der heilige Hieronymus im Studierzimmer“ (1521) als Gegengabe. Es zeigt den über den Tod meditierenden Heiligen, der mit dem Zeigefinger auf einen Totenschädel weist. Das wurde als „Dürer-Geste“ berühmt – und von anderen Künstlern sogleich aufgegriffen, wie eine Zeichnung (1521) Lucas van Leydens und ein Gemälde (nach 1521) Joos van Cleves zeigen. *Veit-Mario Thiede*



Ein „Dürer-Finger“, der Schule machte: Handfester Hinweis auf die Sterblichkeit in „Der heilige Hieronymus im Studierzimmer“ von 1521 Bild: Städel/Museu Nacional de Arte Antiga

Bis 2. Februar 2014 im Städel Museum, Schaumainkai 63, Frankfurt/Main. Öffnungszeiten: 10 bis 19 Uhr. Donnerstag und Freitag bis 21 Uhr. Montags geschlossen. Telefon: (069) 605098232, Internet: www.duerer-in-frankfurt.de. Eintritt: 12 Euro. Der Katalog aus dem Prestel Verlag kostet im Museum 39,90 Euro, im Buchhandel 59 Euro. Sparpreis Kultur: Mit der Deutschen Bahn zur Ausstellung und innerhalb von drei Tagen zurück ab 39 Euro (2. Klasse), Info: www.bahn.de/kultur.

Neuer Kirchner für Berlin

Das Berliner Brücke-Museum ist um drei Zeichnungen des expressionistischen Malers Ernst Ludwig Kirchner reicher. Mit Unterstützung der Kulturstiftung der Länder und der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin konnten diese herausragenden Arbeiten aus der ehemaligen Sammlung Karsch/Nierendorf erworben werden. Alle Zeichnungen sind in der Dresdener Schaffensphase des Künstlers entstanden und zeigen den in den Jahren 1908 bis 1910 dominierenden Matisse-Einfluss mit einer freien, melodischen Bildsprache.

Zwei der Zeichnungen besitzen das extreme Großformat, zirka 70 mal 90 Zentimeter. Von diesen Zeichnungen gibt es nur eine begrenzte Anzahl. „Große Frau in schwarzem Kleid“ präsentiert die Freundin Dodo, die hier – wie auf vielen anderen Bildern auch – einen großen Hut trägt. „Großes liegendes Mädchen (Fränzi) im Wald“ ist während einer der Aufenthalte an den Moritzburger Teichen entstanden. Typisch für Kirchner wird der Akt, abweichend von der akademischen Tradition, in freier natürlicher Bewegung dargestellt. „Liegendes Mädchen am Ofen“, eine im Format kleinere Zeichnung, hält ebenfalls mit breiten Kreidestrichen die Umrisse fest, während mit Pastellkreiden farbig schraffiert ist.

Obwohl das Brücke-Museum am Bussardsteig 9 bereits 248 Zeichnungen und Aquarelle von Kirchner besitzt, schließen die Neuerwerbungen eine Lücke: großformatige Kohlezeichnungen fehlten bisher. Zusammen mit den bereits vorhandenen beiden großen Pastellzeichnungen kann das Brücke-Museum nunmehr als einzige Sammlung Kirchners zeichnerisches Schaffen im gemäldeartigen Format umfassend dokumentieren. Bis auf das „Liegende Mädchen im Wald“ sind die neuen Zeichnungen in der aktuellen Ausstellung „Meisterstücke“ noch bis zum 24. November zu sehen. *tws*



Spektakuläre Neuerwerbung in Berlin: Kirchners „Großes liegendes Mädchen im Wald“ Bild: Brücke-Museum

Belgrad auf die Sprünge helfen

Für die 2014 startenden Beitrittsverhandlungen Serbiens zur EU soll die Kultur des Landes als Werbeträger dienen

Einmal mehr werden es die Deutschen sein, die Serbiens darbender Kultur auf die Sprünge helfen sollen. Zuletzt wurde das beim populären „Internationalen Belgrader Theaterfestival“ (Bitef) deutlich, das von einem deutschen Ensemble eröffnet wurde. Was durchaus Symbolkraft hat, startete doch das serbische Theater vor 200 Jahren mit einem Stück von August von Kotzebue, und Bitef wird seit seiner Gründung 1967 von dem Brecht-Übersetzer Jovan Cirilov geleitet.

Deutsche Präsenz beim Bitef garantiert mehr Gäste und Renommee beim ältesten Theaterfestival der Welt. Dessen Etat wurde mit 37 Millionen Dinar (etwa 326000 Euro) „fast halbiert“, klagt Verwaltungschefin Jelena Kajgo, die bis zuletzt noch auf „die Hilfe ausländischer Kulturzentren“ gehofft hat. Wer in Belgrad etwas zu sagen hat, der mobilisiert deutsche Hilfe, und sei es nur symbolische.

Offenkundig haben diese Winke mit dem deutschen Zaunpfahl gewirkt, denn Premier Ivica Dacic rückte in einem Nachtragshaushalt 320 Millionen Dinar heraus und versprach mehr Mittel für die Kultur, auch um Eindruck auf die EU zu machen, mit der man im Januar 2014 Beitrittsgespräche starten will. Die Zusage freut den Übersetzer Dusko Paunkovic, seit Ende 2012 Präsident des Nationalrats für Kultur (NSK). Der entstand 2011 als Beratergremium für Regierung und Parlament und vereint 19 Mitglieder aus allen Zweigen und Institutionen der Kultur. Der NSK kann nicht entscheiden, aber Druck ausüben,

900 Mitarbeiter für ein Lexikon

bestimmte sein erster Präsident, der Bildhauer Dusan Otasevic.

Druck ist heute nötiger denn je, da Belgrad 2020 Kulturhauptstadt Europas werden will, aber laut NSK ist der „Zustand der Kultur unhaltbar“. Schon am 22. Juni protestierten Kulturschaffende „gegen Kulturmord“, und seither geben die über 1000 Mitglieder der 16 Kulturverbände keine Ruhe: Der Staat soll endlich das seit 2009 überfällige Kulturgesetz und die „Entwicklungsstrategie der Kultur Serbiens“ für die nächsten 20 Jahre erlassen und nicht nur die Kulturaufwendungen auf 1,2 Prozent des BIP anheben, sondern auch den „Kitsch“ und „Schund“ in der Architektur aus kommunistischer Zeit beseitigen.

Weitere Aufgaben folgen: Die seit 1990 bearbeitete „Serbische Enzyklopädie“ ist erst beim zweiten Band angekommen, was mit knapp 900 Mitarbeitern nicht gerade als Heldentat zu bezeichnen ist. Amtliche Vorwürfe, serbische Filme seien „antiserbisch“, verstehen viele Filmemacher als Verunglimpfung serbischer Cineastik, die nach 1960 Weltruhm errang und derzeit bei Festivals von Venedig bis Berlin gut angesehen ist. Das 1967 geschaffene „Institut zur Erforschung der Kulturentwicklung“ soll laut NSK bestehen bleiben und die neue Liste der 60 „Kulturinstitutionen von nationaler Bedeutung“, auf der auch das „Museum in Pristina mit zeitweiligem Sitz in Belgrad“ steht, will der Kulturrat noch erweitert sehen. Es geht schließlich um Prestige und Geltung serbischer Kultur daheim und im Ausland. *Wolf Oschlies*

MELDUNG

Grimm-Preis für Ulrich Tukur

Kassel – Schauspieler, Musiker und Sänger Ulrich Tukur hat den mit 30000 Euro dotierten Jacob-Grimm-Preis für Deutsche Sprache verliehen bekommen. Jüngst ist von ihm auch die Novelle „Die Spieluhr“ erschienen. Die Preisverleihung fand in Kassel statt, wo im Mai 2014 auch das Deutschlandtreffen der Ostpreußen stattfinden wird. Der Namensgeber des Preises, der Sprachwissenschaftler Jacob Grimm, lebte in Kassel und hatte mit seinem Bruder Wilhelm die „Kinder- und Hausmärchen“ sowie das 32-bändige „Deutsche Wörterbuch“ herausgebracht. *tws*

Die erste Konferenz der »Großen Drei«

Vor 70 Jahren berieten Stalin, Roosevelt und Churchill in Teheran das weitere Vorgehen im Zweiten Weltkrieg

Vor sieben Jahrzehnten erfolgte in Teheran das erste persönliche Zusammentreffen von Stalin, Roosevelt und Churchill. Gesprächsthemen waren die weitere Strategie der Alliierten gegenüber den Achsenmächten sowie die Neuordnung Europas nach dem Krieg. Dabei wurden im Verlaufe der Konferenz zahlreiche Interessengegensätze zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien sichtbar, die zwar noch überbrückt werden konnten, aber schon die ersten Vorboten des kommenden Kalten Krieges darstellten. Zudem deutete sich an, dass das britische Empire auf dem besten Wege war, seinen Status als Weltmacht zu verlieren.

Nach mehreren missglückten Anläufen kam es vom 28. November bis zum 1. Dezember 1943 zu einer ersten persönlichen Begegnung der sogenannten „Großen Drei“ Josef Stalin, Winston Churchill und Franklin D. Roosevelt. Veranstaltet wurde die „Eureka-Konferenz“ in Teheran, also der Hauptstadt des Iran, der im August 1941 von britischen und sowjetischen Truppen besetzt worden war, um einen angeblichen Versuch der Achsenmächte abzuwehren, Persien unter ihre Kontrolle zu stellen. Hier fühlte sich der Kremlchef, der bekanntlich unter einer starken Paranoia litt, noch relativ sicher, da der sowjetische Geheimdienst NKWD mit 3000 Mann präsent sein konnte.

Ziel von "Eureka" waren Absprachen über die europäische Nachkriegsordnung sowie die weitere Kriegführung gegen Deutschland, Italien und Japan. Dabei kam es im Verlaufe der Unterredungen zwischen den drei Staatschefs allerdings zu derart vielen und gravierenden Reibereien, dass es an ein Wunder grenzt, dass die Konferenz nicht in einem riesigen Eklat endete.

So erregten Churchills Vorschläge bezüglich militärischer Operationen im östlichen Mittelmeer und auf dem Balkan gleich am ersten Verhandlungstag den Zorn Stalins. Der Generalissimus sah darin nämlich in erster Linie den Versuch, das Unternehmen „Overlord“, also die alliierte Landung in Nordfrankreich, auf unabsehbare Zeit hinauszuschieben, weshalb er den britischen Premierminister ohne jedwede diplomatische Zurückhaltung fragte, ob dieser Russland betrügen wolle. Churchill wies das natürlich entschieden zurück, aber Stalin war nur dadurch zu beruhigen, dass die Westalliierten sich nun auf einen konkreten Angriffsmonat festlegten, nämlich den Mai 1944.

Dieser Erfolg ermutigte den Moskauer Diktator offenbar dazu, Churchill am Abend des Folgetages erneut schwer zu brüskieren. Während eines Dinners in der sowjetischen Botschaft schlug Stalin in alkoholisierter Stimmung vor, 50 000 bis 100 000 deutsche Offiziere ohne jedwedes Verfahren zu erschießen, um zu verhindern, dass Deutschland in 15 bis 20 Jahren einen neuen Krieg anzettelt. Churchill zeigte sich hierüber ausnehmend entsetzt, was der Russe damit quittierte, dass er dem Londoner Premier vorwarf, heimliche Sympathien für die Deutschen zu haben. Daraufhin verließ Churchill wütend den Bankettsaal.

Weitere tiefgreifende Differenzen zwischen den Alliierten zeigten sich in der Frage der territorialen Behandlung Nachkriegsdeutschlands. Churchill wollte lediglich eine Zweiteilung des Landes, um die einzelnen Teile lebensfähig zu erhalten, wohingegen Roosevelt gegen den Rat des US-State Department die Bildung von fünf autonomen Einzelstaaten favorisierte. Stalin wiederum begrüßte die Idee, Deutschland maximal zu zersplittern, verlangte darüber hinaus aber auch militärische Stützpunkte der noch zu schaffenden Weltfriedensorganisation auf deutschem Boden. Deshalb kam es letztlich zu gar keiner Einigung über die Details der Spaltung und zu einer Delegierung des Problems an die Europäische Beratende Kommission in London, die nun Lösungsvorschläge erarbeiten sollte.

Hier, wie in anderen Fällen auch, zeigte sich, dass Roosevelt permanent dazu tendierte, Churchill im Stich zu lassen. Darüber hinaus führte er mit Stalin genau die Vieraugengespräche, die er dem britischen Premier verweigerte. Hauptmotiv hierfür war Roosevelts politischer Traum, das sowjetisch-amerikanische Bündnis über das Kriegsende hinaus zu erhalten.

Relativ wenig Streit gab es hingegen in der Frage des zukünftigen Schicksals von Polen. Churchill bekräftigte die alliierte Haltung bezüglich einer Westverschiebung Polens: Im Westen sollte die Oder die neue Grenze bilden und im Osten die Curzon-Linie, welche zum Ende des Ersten Weltkrieges als polnisch-russische Demarkationslinie gedacht gewesen war und später in etwa der Teilungslinie gemäß dem Hitler-Stalin-Pakt entsprach. Allerdings wurde Polen zusätzlich auch noch das Gebiet von Bialystok zugeschlagen. Die dafür fällige „Entschädigung“ der Sowjetunion in Form des nördlichen Ostpreußens hatten die Außenminister der UdSSR, Großbritanniens und der USA schon auf ihrer Moskauer Konferenz im Oktober ausgehandelt – und Abweichungen von diesen Regelungen standen in Teheran nicht zur Disposition. Zugleich aber scheiterte Churchill mit seinem Begehren, in der Frage der neuen polnischen Grenzen eine schriftliche Vereinbarung abzuschließen. Wie schon in Moskau blieb es bei mündlichen Absprachen, die Stalin in die komfortable Position versetzten, seine Ansprüche anerkannt bekommen zu haben, ohne dass er sich im Gegenzug an feste Abmachungen halten musste.

Nüchtern betrachtet war Churchill der große Verlierer der Teheran-Konferenz: Zum einen, weil er mehrmals von Stalin düpiert wurde, ohne dass Roosevelt ihm den Rücken stärkte, zum anderen, weil er seine Pläne auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeer nicht verwirklichen konnte, was dazu führte, dass er auf der unmittelbar im Anschluss stattfindenden Konferenz von Kairo mit Roosevelt, dem chinesischen Staatschef Tschiang Kai-shek und dem türkischen Staatspräsidenten Ismet Inönü massive Versuche unternahm, die Türkei in den Krieg hineinzuziehen. Allerdings stand Churchill mit seinen Bemühungen wiederum alleine da, weshalb es Inönü nicht schwer fiel, in seiner Position des Abwartens zu verharren.

> Unter den Dreien war der Brite Churchill der große Verlierer

Die Tatsache, dass in Teheran erstmals alle drei führenden Köpfe der Anti-Hitler-Koalition zusammentrafen, blieb der deutschen Abwehr nicht verborgen, wobei der entscheidende Tipp von Elyesa Bazna von der britischen Botschaft in Ankara stammte. Der Albanier, der den Decknamen "Cicero" trug, verkaufte seit Jahren alliierte Geheimnisse an die Deutschen, die ihn dafür mit Bergen von gefälschten Pfundnoten entlohnten. Jedoch kam das sogenannte „Unternehmen Weitsprung“, ein Abwehr-Attentat auf die „Großen Drei“ in Teheran, nie über das frühe Planungsstadium hinaus, auch wenn der wichtigtuerische NKWD später etwas anderes behauptete.

Wolfgang Kaufmann



Die „Großen Drei“ in Teheran: Josef Stalin, Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill (von links) Bild: action press

Ein Trauma der Deutschen wird begründet

Schrankenlose Geldvermehrung machte vor 90 Jahren die Einführung einer neuen Währung, der Rentenmark, nötig

Im Sommer 1923 hatte die Inflation in Deutschland ein unvorstellbares Ausmaß erreicht. Hausfrauen schleppten Taschen voll Geld zum Einkaufen. Sie mussten sich beeilen, denn die Preise stiegen an manchen Tagen im Stundentakt. Im Juni kostete ein Ei 800 Mark, ein Liter Milch 1440 und eine Fahrt mit der Straßenbahn in Berlin 600 Mark. Geschäftsleute horteten ihre Waren, es kam zu Plünderungen. Viele Theater und Kinos ließen sich die Eintrittskarten mit Naturalien bezahlen. Die besten Plätze kosteten ein Pfund Butter, die hinteren zwei Eier. Was nutzte es, dass ein Handwerker am Monatsende 150000 Mark nach Hause brachte und Professoren Millionengehälter bezogen, die Inflation stieg immer schneller als die Löhne. Ebenso rasant verlor die deutsche Währung im Ausland an Wert. Zuletzt musste man für einen US-Dollar 4,2 Billionen Mark bezahlen.

Die Hyperinflation war der Preis, den die Deutschen für den verlorenen Krieg bezahlten. Sie hatten eine doppelte Schuld zu begleichen: die immensen Kosten der Kriegsführung und die Reparationen, die ihnen die Alliierten im Versailler Vertrag von 1919 aufbürdeten. 1921 wurde die Schadenersatzforderung im sogenannten Londoner Schuldenplan auf 132 Milliarden Goldmark, das entspricht 47000 Tonnen Gold, festgesetzt. Außerdem verlangten die Sieger einen Anteil von 26 Prozent an den Erlösen des deutschen Exports. Vor allem die Franzosen steuerten den harten Kurs gegen ihren „Erbfeind“, dem sie die Niederlage im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 nicht verzeihen konnten.

Die Forderung war unerfüllbar. Die deutsche Wirtschaft lag bald am Boden, die Zahl der Arbeitslosen stieg auf fast 30 Prozent. Dafür liefen die Geldpressen des Staates Tag und Nacht. Im November war der höchste Geldschein 100 Billionen Mark „wert“. Die von Krisen geschüttelte Weimarer Republik stand vor dem Ruin.

Am 13. August 1923 wurde der Liberale Gustav Stresemann zum Reichskanzler gewählt. Er leitete zusammen mit dem Reichswährungskommissar und späteren Präsidenten der Reichsbank Hjalmar Schacht die Vorbereitungen für eine Währungsreform ein, die stabile Verhältnisse und bessere Lebensbedingungen in Deutschland schaffen sollte. Da der Staat nicht über genügend Goldreserven verfügte, wurde die neue Währung, die Rentenmark, durch eine Grundschuld gedeckt, für die das gesamte deutsche Gewerbe, die Industrie und die Landwirtschaft mit Grund und Boden im angenommenen Wert von 3,2 Milliarden Rentenmark hafteten. Die am 15. Oktober gegründete Deutsche Rentenbank sollte als unabhängiges öffentlich-rechtliches Kreditinstitut den gewaltigen Währungsschnitt steuern. Am 15. November wurde die neue Rentenmark ausgegeben. Sie ersetzte die Papiermark, seit 1919 Zahlungsmittel der Weimarer Republik.

Die Reform war die größte Geldvernichtungsaktion, die jemals in einer Industrienation stattfand. Für eine Billion Papiermark gab es nach Streichung von zwölf Nullen eine Rentenmark. Die Menschen brachten säckeweise Geld zu den Ausgabestellen. Die Geldscheine, die sie dafür erhielten, passten in jedes Portemonnaie. Komplette Ersparnisse hatten sich in nichts aufgelöst. Zudem wurden die Kriegsanleihen aus dem Ersten Weltkrieg nicht zurückgezahlt. Fein heraus waren nur diejenigen, die „Betongold“ – Immobilien und Ländereien – besaßen oder Schulden hatten. Die leidgeprüften Deutschen fügten sich in ihr Schicksal. Mancher heizte den Ofen mit dem Papiergeld an, so erfüllte es wenigstens noch einen Zweck. Die Scheine mit Billionenwerten sind heute begehrte Sammelobjekte.



Rentenmark-Ausgabe: Warteschlange in Berlins Oberwallstraße Bild:pa

Von der Skepsis, die viele Bundesbürger der Umwandlung der Deutschen Mark in den Euro, den „Teuro“, entgegenbrachten, war bei der Einführung der Rentenmark nichts zu spüren. Die Menschen vertrauten darauf, dass sie aus der Krise herausführen würde. Tatsächlich war die Währungsreform der entscheidende Schritt zu einer wirtschaftlichen Blütezeit. Die Zeitungen schrieben über das „Wunder der Rentenmark“. Die neue Währung war nur als Übergangslösung geplant und sollte in die Reichsmark übergehen. Sie brachte die fiskalische Voraussetzung für eine Änderung der Reparationen. Ein internationaler Expertenausschuss unter Leitung des US-amerikanischen Bankiers und späteren Vizepräsidenten der USA Charles Dawes (1865–1951), erarbeitete einen neuen Finanzierungsplan, der die Zahlungen an die wirtschaftliche Leistung Deutschlands knüpfte. Kredite aus dem Ausland, vor allem aus den USA, und Investitionen sollten Deutschland wirtschaftlich auf die Beine helfen. Für den nach ihm benannten Plan erhielt Dawes 1925 den Friedensnobelpreis.

Schon ein Jahr nach der Einführung der Rentenmark und dem strikten Sparkurs der Regierung hatte sich die Situation im Deutschen Reich so entspannt, dass die Reichsmark als endgültige Währung eingeführt werden konnte. Sie war im Wesentlichen durch Gold gedeckt und notierte zum Dollar mit 4,2 Mark, genauso wie zu Vorkriegszeiten. Die Rentenmark sollte eigentlich nach und nach eingezogen werden. Sie blieb aber als gleichwertiges Zahlungsmittel im Umlauf, da die Regierung die Bürger nicht verunsichern wollte. Auf den Scheinen der Parallelwährung befanden sich keine deutschen Hoheitszeichen. Das offizielle Kürzel für beide Währungen war RM. Die letzten Rentenmarkscheine zu ein und zwei RM wurden am 5. September 1939 ausgegeben. Sie waren bis zur Währungsreform 1948 in den alliierten Besatzungszonen gültig.

Die Reichsmark läutete die sogenannten goldenen 20er Jahre ein. Von 1924 bis 1929 wuchs das Produktionsvolumen um 50 Prozent. Kunst und Wissenschaft blühten auf, und Berlin wurde zu einer glitzernden Metropole. Die Weltwirtschaftskrise beendete 1929 mit dem Börsenkrach in New York den Höhenflug. Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen bereiteten den Boden für den Aufstieg der Nationalsozialisten.

Klaus J. Groth

Als in Königsberg Lokomotiven gebaut wurden

1828 gilt als Gründungsjahr der Union Gießerei – Die Weltwirtschaftskrise trieb das Unternehmen in den Konkurs

Der Ursprung der Union Gießerei ist in einer frühen Silberschmelze in Königsberg auf dem Grundstück der Straße Butterberg 3 zu suchen. Schon zu Zeiten Friedrichs des Großen (1764) wurde auf diesem Anwesen eine Silberraffinerie betrieben. Richtig los ging es dann allerdings erst, nachdem sich der aus England zugewanderte Gießereifachmann Charles Hughes in eine wohlhabende Königsberger Kaufmannsfamilie eingeheiratet hatte.

Im Jahre 1826 erwarb Charles Hughes' Ehefrau Maria Theodora Christine für 700 Taler das Anwesen im Königsberger Stadtteil Laak. Als gesichert gilt, dass Hughes die Silberschmiede bereits 1825 betrieb. Das kleine Unternehmen hatte mit erheblichen finanziellen Problemen zu kämpfen, die der Techniker allein nicht bewältigen konnte. Seine Heirat

Die Union Gießerei wurde zur Schichau-Werft Königsberg

mit Maria Theodora Christine Schnell war ein Glücksgriff, denn sie war die Schwester des erfolgreichen Königsberger Kaufmanns Gustav Schnell. Der wiederum konnte seine Schwager Karl August Dultz und Friedrich W. Laubmeyer überzeugen, mit ihm zusammen die Gießerei zu übernehmen. Die drei hatten nicht nur Geld, sondern auch wirtschaftlichen Weitblick. Mit dem Beitritt dieser drei Familien im Jahre 1828 wurde ein entsprechender Vertrag geschlossen, der allgemein als Gründungsdatum für die Union-Gießerei angesehen wird, obwohl die Bezeichnung erst in einer 1845 verfassten Urkunde auftaucht.

Während Hughes die technische Leitung behielt, kümmerten sich Laubmeyer und Dultz um die kaufmännischen Belange. Obwohl Schnell in diesen Unterlagen nicht erwähnt wird, dürfte seine Rolle eine entscheidende gewesen sein.

Vorerst gab es nichts zu verdienen. Die Anteilseigner schossen Jahr für Jahr beträchtliche Summen zu, ohne jedoch die Hoffnung an eine Zukunft der Firma zu verlieren. Schnell befasste sich mit dem Güteraustausch zwischen Russland, England und Deutschland. Dabei konnte er sich auf eine von seinem Vater in der Seestadt Pillau gegründete Segelschiffsreederei stützen. Seine Handels- und Wirtschaftsbeziehungen dürften ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass die Union-Gießerei langsam gesundete. 1846 hatte Ostendorff die technische Leitung übernommen. Unter seiner Führung nahm der Betrieb den Bau von Dampfmaschinen und -kesseln auf. Das muss ungefähr um 1850 herum gewesen sein. Ostendorff war nicht mehr der Jüngste. Als er 1869 die Borsig-Werke in Berlin besuchte, machte ihn der Geheimrat August Borsig auf einen erst 28 Jahre alten Ingenieur aufmerksam, der sich durch Fleiß, Interesse und Tüchtigkeit besonders ausgezeichnet hatte. Ostendorff griff sofort zu und verpflichtete Emil Radok als Oberingenieur für die Union-Gießerei in Königsberg.

Radok war 1840 in Kaladey in Böhmen geboren und hatte die Schulen in Budweis, Linz und Prag besucht. Im Wintersemester 1858/59 trat er in die Deutsche Technische Hochschule zu Prag ein und studierte Maschinenbau. 1862 erhielt er als Bester das „Gertner'sche Reisestipendium", das laut Stiftungsurkunde „für die vorzüglichsten Studierenden des Polytechnischen Landesinstitutes von Prag" bestimmt war. An das Stipendium knüpfte sich die Bedingung, dass die Stipendiaten sich in einem hervorragenden Industriepunkt des Auslandes längere Zeit niederlassen.

So ging Radok nach Berlin zu Borsig und bearbeitete im allgemeinen Maschinenbau Entwürfe für Dampfmaschinen, Werkzeugmaschinen, Anlagen von Mühlen und so weiter. Sein bedeutendstes Werk aber war der Bau des ersten Schwimmdocks in Deutschland, mit dessen Ausführung er von Geheimrat Borsig betraut wurde. Radok lieferte hierfür sämtliche Zeichnungen und Berechnungen und leitete den Bau, der 30 Monate in Anspruch nahm. In Swinemünde besichtigte der Landesherr das Dock und sprach seine Bewunderung über das jugendliche Alter des Bauleiters aus, der damals erst 27 Jahre zählte.

Als im Herbst 1869 die letzten Abrechnungen erledigt waren, wechselte Radok nach Königsberg zur Union Gießerei. In jenem Jahr erhielt Ostendorff in Anbetracht seiner hervorragenden Leistungen auf dem Gebiet des Maschinenbaus den Charakter des königlichen Kommerzienrates.

1876 musste Ostendorff von seinem Krankenzimmer mit ansehen, wie in der Nacht zum 7. Jkni der größte Teil der Fabrik eingeäschert wurde. Im selben Jahr ernannte Ostendorff Radok und seinen Sohn Arthur zu Prokuristen. Das Haus war bestellt, er konnte beruhigt die Welt verlassen.

Als 1899 die Ablieferung der 1000. Lokomotive gefeiert wurde, war das ein sehr stolzer Tag für die Union Gießerei. Das Tempo steigerte sich vor allem im neuen modernen Werk im Königsberger Stadtteil Contienen beträchtlich. Dank des lukrativen Lokomotivenbaus stand das Unternehmen so gesund da, dass es 1881 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, seine Aktien nicht einmal zur Zeichnung freigab, denn das Kapital von 1080000 Mark war schon vorhanden.

1910 erlag in Berlin der inzwischen zum Kommerzienrat ernannte Radok einem tückischen Leiden. Er muss sich bei seinen Untergebenen allgemeiner Wertschätzung erfreut haben, denn an seinem Begräbnis nahmen alle Angestellten und Arbeiter teil. Es bildete sich ein Trauerzug von solcher Ausdehnung, wie ihn Königsberg bis dahin und auch später nicht wieder gesehen hat.

Nach seinem Tod übernahmen die Oberingenieure Georg Panck und Paul Fischer zugleich mit dem Regierungsbaumeister a. D. Max Hartung die Leitung des Werks. Die Probleme der Union Gießerei begannen erst nach dem Ersten Weltkrieg. 1921 war die Verlagerung der Gießerei und der Maschinenbau-Abteilung von der Oberlaak nach Contienen abgeschlossen.

1924 geriet das Unternehmen plötzlich in Not, vor allem weil auch die neu geschaffene Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft kaum noch Aufträge ins ferne Ostpreußen vergab. Subventionen durch das Reich konnten die notleidenden Betriebe im Osten noch eine Weile über Wasser halten. Die Wirtschaftskrise ab Oktober 1929 bereitete jedoch allen Hoffnungen ein Ende. Im Januar 1930 ging das Unternehmen in Konkurs.

Erhalten blieb die Werft in Contienen, denn das Reich hatte sie so lange unterstützt, dass bei einer Schließung des Werftbetriebes ostwärts von Stettin kein Reparatur- und Dockbetrieb mehr bestanden hätte. Die Vereinigung mit der ohnehin schon fast im Reichsbesitz befindlichen Schichau AG lag nahe, wurde aber zunächst noch nicht vollzogen. Erst 1933 wurde aus der Union-Gießerei die Schichau-Werft Königsberg, der Schiffbau ging bis Kriegsende weiter, und sie existiert immer noch, wenn auch heute unter russischer Leitung.

E.B.



Union Gießerei: Die Anlage von Oberlaak im Jahre 1891 Bild: Union Gießerei

Vorneweg bei 48er Revolution wie Reichsgründung

Eduard von Simson hat als Parlamentspräsident sowohl Friedrich Wilhelm IV. als auch Wilhelm I. die deutsche Kaiserkrone angetragen

Seine Zeitgenossen nannten ihn scherzhaft, doch mit heimlicher Hochachtung den „ewigen Präsidenten", und in der Tat hat Eduard von Simson aus Königsberg fast viereinhalb Jahrzehnte hindurch ein Präsidentenamt nach dem anderen ausgeübt. Nicht aus Karrieresucht, sondern weil die Ausstrahlungskraft und die überragenden Kenntnisse dieses Mannes so überzeugend auf die ihn Umgebenden wirkten, dass sie die höchsten Ämter in seine Hände legten in dem Vertrauen, er sei am ehesten berufen, ihre Geschicke zu lenken.

Die Zeiten waren alles andere als rosig, als Eduard Simson am 10. November 1810 als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Königsberg zur Welt kam. Drei Jahre nach dem von Preußen verlorenen Vierten Koalitionskrieg ähnelten die Verhältnisse denen der Weimarer Inflationszeit oder der Nachkriegszeit bis zur Währungsreform. Als die Notjahre vorüber waren, besuchte Martin Eduard Sigismund – die aufgeschlossenen Eltern hatten ihm ungeachtet ihrer jüdischen Herkunft im Hinblick auf seinen Geburtstag auch den Vornamen Luthers mitgegeben – das Gymnasium und machte mit 15 Jahren die Reifeprüfung. Das Wissen, das andere sich mühsam erringen mussten, war ihm wie von selbst zugeflogen, aber er war trotzdem fleißig gewesen. Mit 18 Jahren schon promovierte er an der Albertina zum Doktor der Rechtswissenschaften und ging dann mit einem staatlichen Stipendium auf eine lange Studienreise. In Berlin hörte er bei dem großen Rechtsgelehrten Friedrich Carl von Savigny und in Bonn bei dem scharfsinnigen Barthold Georg Niebuhr Alte Geschichte. In Paris rundete er sein Wissen an der Sorbonne ab. Nach Königsberg zurückgekehrt, habilitierte er sich als Privatdozent, wurde 1833 außerordentlicher und mit 26 Jahren 1836 ordentlicher Professor.

»Ewiger Präsident« von Parlamenten und Gerichten

Das war in den Jahren, als die große Unruhe durch das Volk ging, das zu erwachen begann und von der Vielzahl der Staaten weg zur deutschen Einheit strebte. Auch der junge Professor Simson beschränkte sich nicht nur auf die akademische Lehre. Aufrüttelnde, zündende Vorträge vor Mitbürgern und Studenten führten dazu, dass ihn die Stadt Königsberg 1842 als ihren Abgeordneten nach Frankfurt am Main entsandte, wo er sich als Meister der Rede bald einen Namen machte. Im Dezember 1848 wählte ihn die Deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche zu ihrem Präsidenten, und in dieser Eigenschaft trug er vier Monate darauf Friedrich Wilhelm IV. von Preußen die deutsche Kaiserwürde an. Der König lehnte ab, die Nationalversammlung begann zu zerbröckeln.

Auch Simson zog sich zurück, widmete sich der Arbeit in der Preußischen Zweiten Kammer als einer der bemerkenswertesten Sprecher der Konstitutionellen und war 1850 schon wieder Präsident – diesmal des Erfurter Parlaments der preußisch-kleindeutschen Union. Man wusste es bald in allen politischen Gruppen: Dieser Königsberger Simson mit dem weiten Blick war ein hervorragender Mann, der bei allem persönlichen Engagement über den Dingen stand. So trug ihm 1859 auch das Preußische Abgeordnetenhaus seine Präsidentschaft an.

Nicht anders war es, als 1867 der Norddeutsche Bund aus 22 Einzelstaaten entstand und einen Reichstag bildete. Wieder war Simson dessen Präsident, und wieder hatte er 1871 eine Kaiserkrone anzutragen. Diesmal nahm der Preußenkönig – jetzt war es Wilhelm I. – an. Auch der neue Deutsche Reichstag wählte Simson sogleich zu seinem Präsidenten, nachdem er außerdem noch 1869 zum Präsidenten des Appellationsgerichtshofes in Frankfurt an der Oder ernannt worden war. 1873 wollte ihn der Reichstag erneut mit dem Amt des ersten Bürgers der Nation betrauen, doch Simsons Gesundheitszustand ließ es nicht zu. 1877 zog sich Simson ganz aus der Politik zurück, ohne sich freilich endgültig Ruhe zu gönnen. 1879 wurde er Präsident des Reichsgerichts. Dieses letzte Präsidentenamt hat er bis 1891 ausgeübt. Die Erhebung in den erblichen Adelsstand und Preußens höchste Auszeichnung, der Schwarze Adlerorden, waren 1888 der Lohn für eine Lebensarbeit, die der deutschen Einheit gegolten hatte. Eduard von Simson starb am 2. Mai 1899 in Berlin.

PAZ



Eduard von Simson: Ein Meister der Rede Bild: pa

Weiter so im alten Trott

Zu: Von einer Liebesheirat weit entfernt (Nr. 40)

Die Wahl ist vorbei und nun kommt die große Zeit der „demokratischen Volksparteien“. Und über was wird verhandelt? Man sollte meinen über das Wohlergehen und die Zukunftssicherung der Bevölkerung. Falsch gemeint! Es beginnt ein erbärmliches Geschachere um Posten und um das Parteienprofil. Was am Ende als Koalitionsvertrag den Bürgern angepriesen wird, kann man jetzt schon erahnen. Glaubt denn wirklich jemand, dass unter dem Strich eine Verbesserung der Lebensumstände eintreten wird?

Man muss nur an die letzte Große Koalition zurückdenken, dann weiß man, was kommt. Oder schauen wir einmal auf die letzten zwölf Jahre zurück. Da gab es die große „Sozialreform“ von Rot/Grün. Unter den Folgen leiden wir noch immer, denken wir nur an die Rentenformel oder die Sondersteuern auf Energie.

Bei der Großen Koalition wurde locker-flockig die Mehrwertsteuer um drei Prozent angehoben, und Schwarz/Gelb setzte eine sogenannte Energiewende in Kraft, die uns jährlich drastisch steigende Stromkosten beschert. Und was machen die Bürger? Treu und brav geben sie ihren Peinigern immer wieder ihre Stimme. Ein paar Prozentpunkte hin oder her und wir sehen wieder dieselben Quälgeister an den Schalthebeln, die uns die nächsten vier Jahre mit ihre hohlen Phrasen martern.

Der Hoffnungsschimmer AfD wird verglühen, zumal die Jagd der Gehirnwäscher und Umerzieher im staatlichen Fernsehen auf die AfD begonnen hat. Jedes Wort, welches im Wahlkampf fiel, wird auf nazistische Inhalte überprüft und entsprechend gebrandmarkt, und der Parteichef Lucke lässt sich von den linientreuen Moderatoren entsprechend vorführen. Und diese Herrschaften nennen das dann Qualitätsjournalismus. Wie zum Hohn nennt sich eines dieser Magazine sogar noch „hart aber fair“. Würde der Moderator Plasberg solche „Fairness“ im Fußball anwenden, er flöge wegen Nachtretens vom Platz.

Es geht alles weiter so wie bisher. Wir werden den Euro und die EU retten, denn wir müssen ja solidarisch sein, an unsere Vergangenheit denken und unser Land den Menschen der ganzen Welt weiter öffnen. Dazu muss eine neue Willkommenskultur installiert werden, denn es ist ja für die zu uns kommenden und uns bereichernden Menschen nicht zumutbar, eine Dankeschönkultur zu entwickeln, denn wir haben uns schließlich dafür zu bedanken, dass wir unsere Lebensweise an das zu uns kommende bunte Leben anpassen dürfen. Und dafür werden wir doch sicherlich ein paar zusätzliche Abgaben akzeptieren. **Peter Schumacher, Melsungen**

Blick in die Glaskugel

Zu: Wahnsinn und Gelassenheit (Nr. 42)

Seien wir doch nicht so kleinlich mit dem Bauvorhaben vom Limburger Kirchenfürst Franz-Peter Tebartz-van Elst. Endlich mal ein Bauvorhaben mit einem „Aha!“-Effekt, und dank unserer guten Handwerker sogar pünktlich fertiggestellt. Schön anzusehen ist es außerdem. Oder sollten die Millionen lieber in einen Plattenbau mit „einheimischen Schwarzfüßen“ abfließen? Nein, danke, dann lieber so.

Ich habe mal einen Blick in meine Glaskugel geworfen: Und siehe da, wir stehen erst am Anfang einer neuen Finanzgesellschaft, weil die Trillion noch nicht erreicht ist. 1923, so zeigt mir die Glaskugel, wurde der „Michel“ auch auf den „Arm“ genommen. Der Umtausch für einen Dollar betrug im Januar 1923 10 000 Papiermark im November1923 mussten zwölf Billionen für einen Dollar „hingeblättert“ werden.

Leider wurde meine Glaskugel unscharf, was die Voraussage für den Schuldenberg in Übersee betrifft. Nur eines wissen wir auch ohne Kugel: Zum 64. Mal wurde der Schuldenberg angehoben. Das Affentheater wird sich fortsetzen, bis die Trillion erreicht ist. Wer will schon die Privatbank Fed daran hindern, dass altes Geld einfach in neues Geld umgetauscht wird? **Rüdiger Röthke, Berlin**

Beleidigte Russen

Zu: Doch kein Volksverhetzer (Nr. 43)

Der Danziger Staatsanwalt hätte die Klage wegen Volksverhetzung wegen des Vergewaltiger-Mahnmals gar nicht erst zulassen dürfen, da es als bekannt vorausgesetzt werden kann, dass es Massenvergewaltigungen gegeben hat, wobei die Sowjet-Soldaten keinen Unterschied machten zwischen Mädchen, Frauen und Greisinnen.

Auch das Argument, der Künstler beleidige mit seinem Werk die 600 000 sowjetischen Soldaten, die für die „Freiheit und Unabhängigkeit“ Polens gekämpft hätten, verfängt nicht. Zunächst holten sich die Sowjets die 1939 von ihnen besetzten und 1941 von den Deutschen eroberten polnischen Gebiete zurück, um später Polen mit deutschen Gebieten zu entschädigen und das neue Staatsgebilde dann noch unter sowjetisches Kuratel zu zwingen. Was dies mit „Freiheit und Unabhängigkeit“ zu tun hat, wissen nur die Russen allein. **Gernot Schmidt, Wilnsdorf**



Auf in den Koalitionskampf: Die SPD-Granden bilden bei den Koalitionsverhandlungen eine geschlossene Front. Ob das reicht, um ihre politischen Forderungen durchzusetzen? Bild: action press

Unfrieden angezettelt

Zu: Für die historische Wahrheit unverzichtbar (Nr. 41)

Obwohl ich viele Kommentare von Frau Lengsfeld schätze, finde ich die Einleitung zu ihrer Buchrezension nicht tragbar. Ich war nicht wenig erstaunt, als ich folgende Zeilen las: „Täter sind keine Opfer, lautet das Argument, das man zu hören bekommt. Aber es waren nicht die Deutschen, sondern die deutschen Nazis, die den Krieg angezettelt und mit unvorstellbarer Grausamkeit geführt haben. Eine Grausamkeit, die sich dann am wenigsten gegen die Nazis, die sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen wussten, sondern gegen die deutsche Bevölkerung richtete.“

Diese Zeilen, als Teil der Einleitung zur Rezension eines Buches, das sicher aufschlussreich und lesenswert ist, zeugen jedoch von großem Unverständnis der deutschen Geschichte, die zum Zweiten Weltkrieg geführt hat. Man kann wohl kaum sagen, dass dieser Krieg von irgendwelchen Nazis „angezettelt“ worden ist, und dass die deutsche Wehrmacht den Krieg mit unvorstellbarer Grausamkeit geführt haben soll, ist gelinde gesagt ungeheuerlich, aber entspricht wohl heute der politischen Korrektheit, jedoch nicht der historischen Wahrheit.

Sicher kamen auch Unrechtstaten auf deutscher Seite vor, aber dafür eine ganze Generation pauschal zu diffamieren ist eine Entwürdigung der Menschen, ganz besonders der Soldaten, die ihr Leben für ihr Vaterland einsetzten, vielfach verwundet wurden oder sogar ihr Leben verloren.

Dazu passt auch der kürzliche Ausspruch des Bundespräsidenten Joachim Gauck, der in einem Interview im Arte-Sender behauptete: „Wir sind das Land, das Frankreich überfallen hat!“ Wo ist da das mindeste Wissen über die historische Tatsachen? Am 3. September 1939 haben England und Frankreich Deutschland den Krieg erklärt. Da kann von einem Überfall Deutschlands auf Frankreich wirklich keine Rede sein. **Inge Keller-Dommasch, Jonen/Schweiz**

USA missbrauchen Vertrauen

Zu: Kein Freund (Nr. 44)

Von wegen, amerikanische Freunde! Die Späh-Machenschaften haben das Vertrauen zwischen Deutschland, Europa und den Vereinigten Staaten nachhaltig gestört. Diese können nicht unsere Freunde sein! Denn mit Freunden geht man nicht so um.

Das ständige Wiederholen, wegen der weltweiten Terrorgefahr, klingt abgedroschen. Die Politik- und Industriespionage der Amerikaner gegenüber seinen angeblichen „Freunden“ wiegt dagegen schwerer. Jeder Vertrauensmissbrauch im privaten oder geschäftlichen Bereich bringt einen Abbruch dieser Beziehung mit sich. Soweit braucht man in der Diplomatie nicht zu gehen. Die Beziehung zu Amerika sollte aber vorerst nicht mehr auf vertrauensvolle Zusammenarbeit gegründet sein. Es sollte in nüchternen Geschäftsbeziehungen ablaufen. Dabei sollte jede Äußerung der Repräsentanten dieses Staates mit Skepsis betrachtet werden. Für Aussagen sollten Beweise gefordert werden. Mit dieser skeptischen Weiterarbeit kann man signalisieren, dass das Vertrauen zueinander nachhaltig gestört ist. Der Gegenseite soll die Möglichkeit gegeben werden, das Vertrauen langsam wieder aufzubauen.

Ich hoffe, dass Europa diesmal mit einer Stimme spricht, damit die USA nicht meint, mit Europa schon fertig zu werden. In der Vielzahl staatlicher Interessen besteht bei europäischen Entscheidungen immer die Gefahr, dass einzelne Staaten, die sich momentane Vorteile erhoffen, aus dem Konsens aussteigen. Wer meint, diese Maßnahmen gingen zu weit, sollte sich nicht wundern, wenn dieser „Freund“ uns weiterhin auf der Nase herumtanzt. Dem in den USA viel gehassten NSA-Informanten Snowden sollten wir ein Denkmal setzen. **Jürgen Schultz, Soest**

Freihandel hinterlässt Leichen

Zu: Warnung vor Freihandelszone (Nr. 38) und USA haben EU stets übervorteilt (Nr. 43)

Die Gespräche zwischen den USA und der EU sind kein öffentliches Thema. Freihandel, der auch Deregulierung genannt wird, hat nämlich einen schlechten Ruf. Handel ohne Schutzzölle ist der rücksichtslose Unterbietungswettbewerb und hinterlässt Leichen auf beiden Seiten, beim Export wie auch beim Importeur.

Ein Beispiel: Billiges Getreide durch Sklavenarbeit kam vor 150 Jahren aus dem britischen Kolonialreich nach England und unterbot den dortigen Brotpreis. Der englische Bauernstand wurde ökonomisch vernichtet und musste sich als ausgebeutetes Industrieproletariat in den Städten verdingen. Aus Ackerland wurden Parks, wo reiche Grundherren ihre Fuchsjagden veranstalteten. Daraus entstanden damals Marxismus und Kommunismus.

Dazu eine Variante der Gegenwart: Billiglöhner in China zerstörten die hoffnungsvolle deutsche Solarindustrie. Peking holt sich inzwischen Schinderarbeiter aus der armen Mongolei. Nur die Händler-Bosse und Politiker profitieren aus diesen Riesengeschäften. Wollen wir das?

Ganz anders handelte ein Otto von Bismarck: Gegen Billiggetreide aus russischer Leibeigenschaft setzte er zum Schutz des Preußischen Bauernstandes seine bekannte Schutzzollpolitik. Heute ist die Ausbeutung der Arbeitskraft bei uns längst wieder da, sie heißt Niedriglohn, Leiharbeit und Aufstocker. Der Niedergang trägt in den USA den Namen Detroit, in der BRD ist es die SPD. Die obigen Zustände gab es mit sozialer Marktwirtschaft und D-Mark so nicht. Stattdessen bekommen wir dank EU nun wohl den britisch-amerikanischen Freihandel. **Karl-Hermann Dittmar, Bad Arolsen**

Keine Lösung parat

Zu: Böse Geister (Nr. 42)

Selbsternannte Menschenrechtler, Kirchen und Politiker jeglicher Couleur sehen angesichts der Katastrophe von Lampedusa Europa in der Verantwortung. Am besten sollten die Italiener die Bootsflüchtigen vor der Küste Libyens aufnehmen, sie nach Italien bringen, und von dort werden sie dann auf ganz Europa (mit dem Hauptziel Deutschland) verteilt.

Kaum jemand spricht über die wirklichen Verantwortlichen dieser Situation. Keiner über die Ursachen der Flüchtlingsströme, keiner sagt, wohin letztlich mit den 45 Millionen (manche beziffern die Zahl mit 100 Millionen) potenziellen Flüchtlingen. Und keiner über die Konsequenzen für Europa beim ungehinderten Einströmen von Millionen Afrikanern. Ökonomen wie Zukunftsforscher schweigen. Sie zeigen keine Wege auf, wie das Problem in Afrika gelöst werden könnte.

Lösungen wären aber politisch machbar. Warum haben die (meist linken und linksextremen Medien) nicht die Kompetenz, vernünftige Vorschläge zu unterbreiten? Das passt gut zu den Äußerungen des Präsidenten des EU-Parlaments, Martin Schulz: „Europa muss endlich erkennen, dass es ein Einwanderungskontinent sein muss.“ Als ob nicht Europa selbst an den eigenen Problemen erstickt.

Hat Brüssel nicht mit offenen Armen Rumänien und Bulgarien in die EU aufgenommen? Jetzt strömen alle Roma und Sinti nach Deutschland. Und was sagen die „Gutmenschen“ dazu? Hierzulande seien diese Zuwanderer mit ihrer Fröhlichkeit und Gutherzigkeit eine Bereicherung der Kultur und wegen ihrer fachlichen Qualifikationen und wegen ihres Arbeitseifers eine wichtige und unverzichtbare Größe für unsere Wirtschaft. **Dr. Helmut Klimmek. Krefeld**

Bald kriechen die Letzten zu Kreuze

Zu: Einer mit Profil (Nr. 41)

Das ist ja eine bodenlose Unverfrorenheit, im freiesten Land, das es auf deutschem Boden je gab, das auszusprechen, was uns Heimatvertriebenen seit fast 70 Jahren, also ein Menschenleben lang, aufs Herz drückt. Wie sollte ein Ministerpräsident eines Bundeslandes mit solch einem Betroffenen noch sprechen können oder gar vor den Vertriebenen noch eine Rede halten? Nein, das kann keiner erwarten.

Ja, wenn Herr Pawelka ein Herero wäre und verlangen würde, dass sich die Deutschen entschuldigen und Entschädigung zahlen sollen für ihre Missetaten in fernen Zeiten und Ländern – das wäre selbstredend etwas anderes. Sofort! Nun ist aber Pawelka ein Deutscher, ein Schlesier gar, und erdreistet sich, von den Polen das gleiche zu verlangen. Pfui über ihn! In die Ecke und schäm dich! Mit so einem wollen wir Polenversteher nichts zu tun haben.

Schlimm genug, dass noch immer nicht alle ostdeutschen Heimatvertriebenen zu Kreuze kriechen. Aber das schaffen wir noch. Sind sowieso bald alle tot. **Inge Conrad-Kowalski, Lübeck**

Kein Scharfrichter der Partei

Zu: Wenn Parteifreunde zu Feinden werden (Nr. 37) und Filbingers Gang vors Gericht der Geschichte (Nr. 40)

Im Fall des früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger ist nachträgliches Moralisieren ohne Berücksichtigung der jeweiligen historischen Situation ein nutzloses Unterfangen. Es soll hier keineswegs Todesurteilen das Wort geredet werden. Sie sind ja leider auch heute noch in manchen Ländern – selbst in Demokratien und zu Friedenszeiten – üblich. Im Kriege waren sie zur Bestrafung von Desertion überall gang und gäbe und keine für die Nazis typische Maßnahme oder gar deren Erfindung.

Es ist daher unhistorisch und verschiebt die Maßstäbe, im Falle von deutschen Kriegsgerichtsurteilen eine andere Messlatte anzulegen als an vergleichbare Urteile auf alliierter Seite. Ärgerlich ist auch die Unterschrift zu Ihrem dem Leserbrief beigegebenen Bild. Da ist die Rede von Filbingers „Tätigkeit als NS-Richter, der Todesurteile fällte“. Hans-Jürgen Mahlitz hatte ja bereits in seinem Ursprungsartikel in der *PAZ* darauf hingewiesen, dass Filbinger in dem erwähnten Fall als Staatsanwalt tätig war, also kein Urteil gefällt hat. Die Bezeichnungen Marinestabsrichter bis Admiraloberstabsrichter waren Dienstgrade der Marinejustiz und hatten als solche mit der jeweiligen Funktion der Betreffenden nicht direkt etwas zu tun.

Vor allem aber ist die Bezeichnung „NS-Richter“ unangebracht, legt sie doch nahe, dass Militärrichter, wie es Filbinger auch war, grundsätzlich nicht nach Gesetzeslage, sondern im Parteiauftrag handelten. Dabei waren die meisten zur NS-Zeit gültigen Gesetze bereits vor der „Machtergreifung“ formuliert und auch entsprechend angewendet worden.

Wir sollten es uns nicht angewöhnen, in den heute weithin üblichen anglo-amerikanischen Sprachgebrauch zu verfallen, der alles und jedes aus der Zeit des Dritten Reiches mit der Qualifikation „Nazi“ belegt. **Peter Perrey, Neustadt**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 45 – 9. November 2013

MELDUNGEN



Streit um Russen-Denkmal

Mehlsack – Zum zweiten Mal konnten sich die Stadtverordneten von Mehlsack nicht einigen auf die Beseitigung des Denkmals zu Ehren des Generals der Roten Armee, Iwan Tschernjachowskij, der am 18. Februar 1945 bei den Kämpfen um Mehlsack gefallen ist, und dem zu Ehren Insterburg umbenannt wurde. Sieben Stadtverordnete stimmten für die Beseitigung, genauso viele waren dagegen. Tschernjachowskij galt früher als Held und Befreier von Mehlsack. Heute wird er eher als Henker der Roten Armee gesehen. Gegen die Beseitigung des Denkmals sprach sich der Stadtverordnete Jan Astramowicz aus, der aus Kostengründen für den Verbleib ist. Mehlsacks Bürgermeister Kazimierz Klejdo hingegen will das Denkmal nach dessen Beseitigung den Russen übergeben. Seiner Ansicht nach sollten nur solche Helden in Polen verehrt werden, die sich für ein freies Polen verdient gemacht haben. *PAZ*

Chance für Bauern

Königsberg – Das Landwirtschaftsministerium des Königsberger Gebietes ermutigt polnische Unternehmer zur Zusammenarbeit im Agrarbereich. Michail Chowanskij, Vize-Chef des Gebiets-Ressorts für Landwirtschaft, will die Produktion von Äpfeln im großen Umfang oder das Züchten und Halten von Puten im Königsberger Gebiet voranbringen. Er rechnet vor allem mit Unternehmern aus dem südlichen Ostpreußen. Er ermutigt die Unternehmer zur Pacht und Bewirtschaftung von Land in seinem Gebiet. Die Pacht ist dort sehr niedrig und beträgt durchschnittlich jährlich knapp sechs Euro pro Hektar. Aktuell werden zum Verkauf oder als Pacht etwa 50 000 Hektar, etwa ein Sechstel des Ackerlandes, angeboten. *PAZ*

Blindgänger im Wald entdeckt

Pillau – In einem Waldgebiet haben Arbeiter bei der Pflege von Stromschneisen für Hochspannungsleitungen auf Blindgänger aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs entdeckt. Der alarmierte Katastrophenschutz untersuchte gemeinsam mit Polizei und Militär das Gelände. Sie fanden nicht explodierte Fliegerbomben, Panzerfäuste und Artilleriegeschosse, die von den erbitterten Kämpfen um Pillau Zeugnis ablegen. Laut den Sicherheitsexperten des Energieunternehmens „Jantarenergo“ sind solche Funde keine Seltenheit im nördlichen Ostpreußen, was die Arbeit mit schwerem Gerät wie Traktoren zum Risiko macht. Die Stromschneisen werden jährlich gesäubert, um zu verhindern, dass Bäume und Astwerk die Leitungen bei Sturm und Frost beschädigen. *MRK*

Nord-Ostpreußen im Olympiafieber

100 Tage vor Eröffnung der Winterspiele in Sotschi: Fackellauf durch das Königsberger Gebiet

100 Tage vor der Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Sotschi erreichte das Olympische Feuer das Königsberger Gebiet. Die Spiele, ein Prestigeobjekt für die russische Regierung, sollen dem Land mit Superlativen in jeder Hinsicht Ruhm bringen. Viele Königsberger ließen sich von der Begeisterung anstecken.



In der Gebietshauptstadt angekommen: Fackellauf vor dem Brandenburger Tor Bild: J. T.

Die ab Februar 2014 in Sotschi stattfindenden Olympischen Spiele haben gute Chancen, mit rund 35 Milliarden Euro Kosten die teuersten aller Zeiten zu werden. Der Bau neuer Sportkomplexe sowie die dazugehörige Infrastruktur verschlucken ebenso wie alle Maßnahmen, die mit der Vorbereitung und der Durchführung der Spiele in Zusammenhang stehen, Unsummen. Und das ist nicht der einzige Rekord: Der am 7. Oktober begonnene Fackellauf für Sotschi wird der längste und größte in der Geschichte der Olympischen Winterspiele sein. Er begann am 7. Oktober 2013. Nach vier Monaten soll er am 7. Februar 2014 bei der Eröffnungsfeier in Sotschi enden. Bis dahin soll die Fackel sowohl in den Weltraum, Unterwasser, auf den Elbrus als auch an andere ungewöhnliche Orte getragen werden.

Am 28. und 29. Oktober erreichte das Olympische Feuer das Königsberger Gebiet. Das Ereignis brachte den normalen Rhythmus der Stadt völlig durcheinander. Die Vorbereitungen für das große Ereignis hatten schon einige Monate zuvor begonnen. Die Straßen, durch die der Fackellauf ging, wurden herausgeputzt, heruntergekommene Häuser wurden hinter bunten Plakaten versteckt.

Die Städter sahen dem großen Ereignis mit gemischten Gefühlen entgegen. Einerseits fand solch ein Ereignis erstmals in der Geschichte der Stadt statt. Andererseits war das Stadtzentrum abgeriegelt, was den Alltag erschwerte. Viele störte es, dass allein der Fackellauf durch das Gebiet über 330 000 Euro verschlungen hat, Geld, das die Stadt für notwendigere Dinge ausgeben könnte.

Die meisten Königsberger hatten am Tag des Fackellaufs frei. Dafür hatte die Stadtregierung gesorgt, indem sie alle staatlichen und privaten Unternehmen aufgefordert hatte, ihren Mitarbeitern freizugeben. Sie hätten ohnehin den Weg zur Arbeit kaum meistern können, da der öffentliche Nahverkehr fast vollständig eingestellt war. Schulen und Kindergärten blieben geschlossen und Studenten wurden von Vorlesungen freigestellt unter der Bedingung, dass sie sich den Fackellauf anschauten. Die Stadt sah an diesem Tag ungewöhnlich aus, es gab keine Staus, nur vereinzelt fuhren Autos, die Parks waren wie leergefegt, in den Straßen gab es frische Luft und keinen Verkehrslärm.

Das Olympische Feuer war per Flugzeug von St. Petersburg nach Königsberg transportiert worden. 100 Fackelläufer, die sich abwech-

Route entlang deutscher Gebäude

selten, trugen das Feuer durchs Gebiet. Insgesamt legten sie eine Entfernung von 20 Kilometern zurück. Der Fackellauf startete in Rauschen, er ging weiter auf die Kurische Nehrung und natürlich nach Königsberg.

Um Punkt 12 Uhr wurde das Olympische Feuer in Rauschen entfacht. Eigentlich sollte das Feuer auch an Bord der Viermastbark „Krusenstern“ gebracht werden, die am Kai von Rauschen ankern sollte. Aber der über ganz Nordeuropa hinwegfegende Herbststurm erlaubte ein Auslaufen des Schiffes aus dem Hafen von Pillau nicht. Das Feuer gelangte dennoch an Bord der „Krusenstern“. An diesem Tag sorgte das Wetter für viele Überraschungen. Heftige Böen des in Russland „Heiliger Juda“ genannten Sturms wechselten mit sonnigen Abschnitten bei Temperaturen von 17,7 Grad Celsius.

Während die Fackel durch Rauschen getragen wurde, fanden in der Stadt Konzerte und Showauftritte statt. Später leuchtete die Fackel auf der Düne Epha im Nationalpark Kurische Nehrung, von wo aus ihr Weg zu den „Tanzenden Wäldern“ und entlang des Kurischen Haffs führte, wo es allerdings kaum Zuschauer gab.

Gegen 17 Uhr erreichte das Olympische Feuer endlich die Gebietshauptstadt. Vom Brandenburger Tor aus wurde das Olympische Feuer über eine 15 Kilometer lange Strecke durch die Stadt getragen. Vom Brandenburger Tor aus ging es zum Friedländer Tor. Die Fackel war auf dem Kneiphof, am Königstor und am Rossgärter Tor, es ging vorbei am Ozean- und Bernsteinmuseum. Die Fackel passierte alle wichtigen Sehenswürdigkeiten der Stadt, fast alle historische Bauten aus deutscher Zeit, die gebaut wurden, als die Stadt noch Königsberg hieß. Die Organisatoren hatten diese Route gewählt, um die besten Seiten der Stadt zu zeigen.

Die Ankunft des olympischen Feuers fiel mit dem 95. Jahrestag der Gründung des kommunistischen Jugendverbandes zusammen, deshalb hatten sich am Lenin-Denkmal Rentner und Veteranen zum Gedenken an diesen Tag zur Kundgebung versammelt.

Am Ende, als es schon dunkel war, trug Gouverneur Nikolaj Zukanow das Feuer zum Hansaplatz, wo kurz nach 20 Uhr Bürgermeister Alexander Jaroschuk auf dem Platz die olympische Schale mit der Fackel anzündete. Dies geschah am 29. Oktober um 20.14 Uhr, also exakt 100 Tage vor dem Moment, in dem das Olympische Feuer bei der Eröffnungszeremonie der Olympischen Winterspiele in Sotschi leuchten wird.

Auf dem Hansaplatz waren zu diesem Zeitpunkt etwa 35 000 Menschen versammelt, um dem Ereignis beizuwohnen. Es waren so viele gekommen, dass der von allen Seiten umbaute Hansaplatz die Menschenmenge kaum fassen konnte. Auf dem Platz wurde zudem ein Festprogramm aufgeführt mit vielen ortsansässigen Künstlern. Als geladene Gäste trat die lettische Gruppe „Brainstorm“ auf. Nach 23 Uhr endete die Veranstaltung mit einem 25-minütigen Feuerwerk.

Jurij Tschernyschew

Kein Brachland

Polnischer Unternehmer kaufte Friedhof

Der ermländisch-masurische Wojewode Marian Podziewski erklärte, dass der Teil des früheren Friedhofs in Schmidsdorf, Kreis Sensburg, heute Gemeinde Rhein, der verkauft wurde, in die Denkmalliste eingetragen und von Archäologen untersucht werde. Die Gemeinde hatte das Grundstück zuvor als Brachland an einen polnischen Unternehmer verkauft. Wie der Pressesprecher des Wojewoden, Alfred Wenzlawski, informierte, läuft nun das Verfahren zur Eintragung des Objektes in die Denkmalliste, eine umfangreiche archäologische Untersuchung des Geländes ist anberaumt. Die Gemeinde Rhein schrieb das Areal vor zwei Jahren zum Verkauf aus. Nach den Gemeindeunterlagen handelte es sich um Brachland. Anfangs gab es keine Interessenten. Deshalb ermäßigte sich der Preis und in der dritten Versteigerung des 2300 Quadratmeter großen Brachlands, kaufte ein Einwohner von Schmidtsdorf das Land für weniger als 10 000 Euro. Als er das Gelände ebnen wollte, fand der Käufer einen Fuß in einem Schuh. Er wandte sich an die Polizei. Es zeigte sich, dass die Überreste aus einem Grab stammten und die Parzelle, die ihm die Gemeinde verkauft hatte, ein Vorkriegsfriedhof war.

Käufer will vom Vertrag zurücktreten

Die sterblichen Überreste der früheren Einwohner von Schmidtdorf wurden eingesammelt und im Dezember vergangenen Jahres ökumenisch beigesetzt. Der Eigentümer möchte das Grundstück der Gemeinde Rhein zurückgeben, weil er beim Kauf nicht wusste, dass es sich statt um Brachland um einen ehemaligen Friedhof handelte. Jedoch ist der Bürgermeister zurzeit abwesend. Seine Vertretung nimmt keine Stellung.. *PAZ*

Preußisches in Königsberg

Museum Friedländer Tor stellt deutsche Schlachtenmaler vor

Im Museum Friedländer Tor in Königsberg wurde eine Ausstellung mit Lithografien aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus der Privatsammlung von Sergej Proskurjakow aus Ufa eröffnet.

Gezeigt werden 28 Farblithografien aus der Serie „Die deutschen Streitkräfte“, die der deutsche Lithograf Dietrich Monten (1799–1843) zusammen mit dem Schlachtenmaler Heinrich Ambros Eckert (1807–1840) angefertigt hatte. Die in den 1830er Jahren in Würzburg entstandenen Lithografien zeigen, wie die Uniformen des Königreichs Preußen, der Herzogtümer Braunschweig und Holsteins sowie der Königreiche Sachsen und Württemberg und des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt aussahen. Die Ausstellung bleibt bis zum 30. November geöffnet.



Genregemälde: Dragoneruniformen Bild: Museum Friedländer Tor

Dietrich Monten war ein deutscher Historien-, Schlachten- und Genremaler, der Radierungen und Lithografien erstellte. Von 1821 an studierte er an der Kunstakademie Düsseldorf, später an der Akademie der bildenden Künste München bei Professor Peter von Hess, dem Schöpfer der Gemälde der wichtigsten Schlachten des Krieges von 1812 für den Winterpalast. Seine Ölgemälde befinden sich heute in der Neuen Pinakothek München, im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg und im Heeresgeschichtlichen Museum in Wien.

Heinrich Ambros Eckert war ein deutscher Schlachtenmaler. Ab 1825 studierte er an der Münchener Akademie der bildenden Künste. später in Tirol und Frankreich. Von 1835 bis 1840 veröffentlichte er gemeinsam mit Dietrich Monten zirka 200 Lithografien und Abbildungen von Uniformen der deutschen Armee sowie Szenen der Rückkehr der siegreichen russischen Armee 1814–1815. *MRK*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

oft werde ich gefragt, wenn ich zu Außenstehenden über unsere Sucharbeit in der Ostpreußischen Familie spreche: Ja, hat das denn überhaupt noch Zweck? Mich stört vor allem das Wort „noch“, denn es bedeutet Zweifel an unserem Vorhaben und unterschwellig auch schon ein voraussehbares Scheitern. Aber die Hoffnung stirbt zuletzt – so beginnen viele Briefe von Suchenden, die an uns gerichtet werden, und löschen damit das unselige „noch“ aus. Solange Menschen leben, die Auskunft geben können, müssen wir versuchen, diese zu finden, ob über unsere *PAZ*, ob über Heimatbriefe, ob auf Ostpreußentreffen – wir müssen alles ausloten. Und was dann vollkommen unerwartet geschehen kann, teilt uns Frau **Ute Eichler** aus Hamburg mit, die mit ihrem Mann **Dieter** Eichler, dem Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Lötzen, am Ostpreußentreffen Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg teilnahm. Auch sie erlebt öfters dieses Negieren, wenn sie Menschen mit Herkunft aus oder mit familiengeschichtlichem Bezug zu Ostpreußen fragt, warum sie nicht zu den Heimattreffen kämen und dann zu hören bekommt: „Was soll ich denn da? Ich kenne ja doch keinen mehr“. Ihre kleine Geschichte belegt das Gegenteil, und es zeigt auf, dass es auch nach fast 70 Jahren ein Wiedersehen geben kann, wie Ute Eichler berichtet:

„Als bei der Eröffnung der Veranstaltung auch die Namen der Kreisvertreter genannt wurden, darunter auch der meines Mannes, stand in dem großen Saal eine Frau auf und mit den Worten ‚Aha, das also ist Dieter Eichler!‘, ging durch die Reihen zu ihm und nannte ihren Namen. Es dauerte nicht einmal den Bruchteil einer Sekunde und er wusste, dass **Christa Hegewald** geborene **Dall**, aus Gilgenburg vor ihm stand. Sie hatten sich zum letzten Male bei den Weihnachtsfeiern 1944 gesehen. Ich war stille Beobachterin dieser anrührenden Szene und freute mich über solch ein unerwartetes Wiedersehen. Aber es kam ja noch besser: Hier fanden sich nach fast sieben Jahrzehnten nicht nur zwei Menschen, die sehr genaue Kindheitserinnerungen miteinander teilen konnten, hier fanden sich zwei Verwandte: Die Großmutter väterlicherseits von Dieter Eichler ist die Großtante von Christa Hegewald“. Doch auch ohne diese verwandtschaftliche Verbindung ist die Sympathie füreinander von beiden Seiten groß, und da Frau Hegewald jetzt nach dem Tod ihres Mannes nach Hamburg gezogen ist, kann der Kontakt intensiviert werden. So Ute Eichler, der wir diesen maßgeschneiderten Einstieg in unsere heutige Kolumne verdanken, die sich vor allem mit der Suche nach Zeitzeugen befasst, die Auskunft über Familienangehörige geben könnten.

Beginnen wir mit dem Suchwunsch von Herrn **Andreas Hamdorf** aus Uthleben, der ein Beispiel für die Enkelgeneration ist, die sich intensiv mit Familienforschung beschäftigt, aber leider erst, nachdem die Wissensträger in der eigenen Familie verstorben waren und somit nicht mehr befragt werden konnten. Für ihn, den Nachgeborenen, war Ostpreußen, die Heimat seiner Großmutter **Erna** Hamdorf, ein unbekanntes Land, ja, er wusste nicht einmal, wo denn dieses Ostpreußen überhaupt lag, und erst nicht Paradeningken, das Gut, auf dem seine Oma geboren wurde Aber dann packte es ihn umso heftiger und der Wunsch, die Heimat seiner Vorfahren zu erkunden, ließ ihn nicht mehr los. Vor 15 Jahren begann Andreas Hamdorf mit der Suche nach der Stammheimat seiner Familie, auch in Ostpreußen, das für ihn bald nicht mehr ein Land Nirgendwo war. Die erste Auskunft erhielt er von einem Cousin seiner verstorbenen Oma, die bis 1937 ebenfalls auf dem im Kreis Insterburg gelegenen Gut Paradeningken gelebt hatte. Weitere Informationen sammelte Herr Hamdorf auf seinen Reisen quer durch die Bundesrepublik, auf denen er einige noch lebende Zeitzeugen befragte oder in Archiven forschte. Durch den Insterburger Brief bekam er Kontakt zu der Enkelin des letzten Gutpächters, von der er zahlreiches Fotomaterial erhielt. Auf drei Reisen in das nördliche Ostpreußen zusammen mit seinem Vater konnte er dokumentieren, was von dem Gut noch erhalten geblieben ist. Das sind lediglich zwei Gebäude, wobei es nur eine Frage der Zeit ist, bis auch sie verschwunden sind. Bei einem soll es sich um das Geburtshaus des Hitler-Forschers Werner Maser handeln. Alles, was Andreas Hamdorf inzwischen über Paradeningken, das 1938 in Paradefeld umgetauft wurde, in den letzten Jahren zusammengetragen hat, ist auf seiner Internetseite zu finden (www.paradeningken.de). Sein letztes Projekt war die Rekonstruktion des gesamten Gutes in 3D mittels Computer. Diese Rekonstruktion diente als Vorlage für ein Ölgemälde, das der Maler **Lukas Wirp** für die Familie Hamdorf schuf, zu sehen auf der Homepage.



Bild: privat

Franz Baltruschat im Doppelpack: Wer kannte Vater und Sohn?

Nun zu Fragen, die der unerlässlich forschende Andreas Hamdorf an unsere Ostpreußische Familie richtet. Seine Großmutter Erna Hamdorf, geborene **Wannags**, ging zusammen mit ihrer Mutter **Lina** Wannags, geborene **Behnert**, auf die Flucht. Urgroßvater **Friedrich** Wannags, Treckerfahrer auf dem Gut, war bereits beim Volkssturm. Der Paradeningker Treck, der das Gut am 21. Januar 1945 verließ, wurde von Schmiedemeister **Memmert** gelenkt. Die Flüchtlinge landeten mit ihren Treckwagen im Kreis Lauenburg, Schleswig-Holstein. Leider ist es Herrn Hamdorf bisher nicht gelungen, etwas über den Verbleib des Schmiedemeisters Memmert zu erfahren, er konnte auch dessen Nachkommen nicht ausfindig machen. 1927 arbeitete **Friedrich Lasdinat** auf dem Gut, auch über ihn fehlen Angaben. Jetzt setzt Andreas Hamdorf auf unsere Ostpreußische Familie, wie er schreibt: „Wenn die Wahrscheinlichkeit auch äußerst gering erscheint, habe ich doch ein Fünkchen Hoffnung, dass jemand dazu Angaben machen kann. Natürlich bin ich auch an allen weiteren Informationen über das Gut Paradeningken/Paradefeld interessiert“. Wer mit solchem Engagement Familienforschung betreibt wie Andreas Hamdorf, dem kann man nur viel Erfolg wünschen. (Andreas Hamdorf, Am Graben 21 in 99765 Uthleben, Telefon: 036333/777644, E-Mail: a.hamdorf@t-online.de)

Nicht der Bladiauer Taufengel mit der Muschelschale war Anlass für Frau **Ruth Kugler** aus Waldachtal an uns zu schreiben, denn ihre Mail, in der auch dieser Ort genannt wird, war schon früher eingetroffen. Es dauerte wie in vielen Fällen mit der Weitergabe ihres Suchwunsches etwas länger, da Anschrift und Telefonnummer fehlten. Ohne die ist nun mal eine Veröffentlichung nicht möglich, wenn Antwort aus dem Kreis unserer älteren Leser erhofft wird. Auch bei Frau Kugler geht es um Familienforschung, vor allem aber um die Menschen, die aus dem Lebenskreis ihrer Großeltern stammen, um Verwandte und Bekannte, die ihr Informationen über die aus dem Kreis Heiligenbeil stammende mütterliche Linie geben könnten. Ihr Großvater **Walter Karl Boy** wurde 1885 in Grünwiese als Sohn des Lehrers **Fritz** Boy und seiner Frau **Amanda** geborene **Spill** geboren. Über sein Leben, das von zwei Weltkriegen bestimmt und in denen er Soldat war, ist wenig bekannt. Karl Boy war Inhaber einer Kolonialwarenhandlung in Quilitten und besaß ein Haus an der Königsberger Straße in Bladiau, in dem auch ein Mieter – Herr oder Frau **Schönwald** – wohnte. Seine Frau **Charlotte** – 1905 in Lank geborene **Jedamzig**, adoptierte **Aberger** –, die er 1933 heiratete, schenkte ihm fünf Kinder: **Klaus** *1935, **Helga** *1936, **Helmut** *1938, **Christa** *1940 und **Manfred** *1944. Die ganze Tragik dieser Familie wird erkennbar, wenn man liest, dass nur Christa die Schrecken der Flucht überlebte. Sie ist die Mutter von Frau Kugler, die nun hofft, dass sich jemand an die Mitglieder der Familie Boy erinnert und vielleicht noch Fotos von ihnen und ihrem Umfeld besitzt. Großvater Walter Karl Boy hat übrigens nach dem Krieg noch einmal geheiratet und zog in den Harz, wo er 1966 in Hohegeiß verstarb. (Ruth Kugler, Allmendgasse 36 in 71178 Waldachtal, Telefon: 07443/171790, E-Mail: ruth.kugler@web.de)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Beim Entrümpeln von Boden und Keller kommen oft Dinge zu Tage, die man nicht einordnen kann, zu denen man überhaupt keinen Bezug hat. Fotos und Dokumente, die nicht zur eigenen Familiengeschichte gehören, können aber für diejenigen von großem Wert sein, deren Namen darauf vermerkt sind – nur finden muss man sie. Das schien im Fall des auf einem alten Foto abgebildeten Vater-Sohn-Paares „**Franz Baltruschat**“ zuerst auch gelungen, was sich dann leider als Irrtum erwies. Der Name weist einwandfrei auf Ostpreußen hin, und so bekam Frau **Magdalene** Baltruschat aus Hameln das Foto in die Hände. Ihr Sohn hatte es von einem Arbeitskollegen bekommen, dessen Eltern das gut erhaltene Bild beim Entrümpeln auf dem Boden ihres Hauses in Hannover gefunden hatten. Die Namensgleichheit mit den Hamelner Baltruschats ist verblüffend, aber eine verwandtschaftliche Beziehung zu den Abgebildeten konnte bisher nicht festgestellt werden. Der Name war im nördlichen Ostpreußen nicht gerade selten. Franz Baltruschat, Hameln, stammte aus Drusken, Kreis Ebenrode. Sein Vater **Johann** Baltruschat war Schmied, in seiner Freizeit beschäftigte er sich mit der Imkerei, er besaß mehrere Bienenvölker. Der Ältere auf dem Bild dürfte schon von der Statur her kein Schmied gewesen sein, er war vielleicht Lehrer, denn die Widmung auf der Rückseite des gut erhaltenen Bildes „Zur freundl. Erinnerung an Pfingsten 1929“ zeigt eine gestochene Handschrift wie auch die seines Sohnes „Franz Baltruschat jun“. Vater und Sohn müssen einer Blaskapelle angehört haben, wie die Instrumente beweisen. Sie haben wohl gerade auf einer Pfingstfeier gespielt, das verraten die festlichen Anzüge. Frau Magdalena Baltruschat hat schon die Verwandtschaft ihres Mannes befragt, aber niemand konnte sich an ein Vater-Sohn-Paar erinnern, das den gleichen Namen trug. Ein Neffe ihres verstorbenen Mannes, der die Familie gut gekannt hatte, konnte keine Ähnlichkeit mit seinem Onkel Franz feststellen, auch Trompete sei in dem Haus in Drusken nie gespielt worden. Bleibt also die Frage: Wer kannte das Vater-Sohn-Paar mit Namen „Franz Baltruschat“, erkennt in den Abgebildeten vielleicht Verwandte? Hinweise könnten auch von ehemaligen Mitgliedern des Bläserchors kommen. Da das Bild in einem Haus in Hannover gefunden wurde, müssten wohl Mitglieder dieser Familie Baltruschat nach der Flucht dort gewohnt haben. Das gut erhaltene Originalfoto befindet sich bei uns. Wer sich direkt mit Frau Magdalene Baltruschat, die auch nach dem Tod ihres Mannes unserer Zeitung treu geblieben ist, in Verbindung setzen möchte, hier ihre Adresse: Hasperderstraße 6 in 31789 Hameln, Telefon (05151) 12799.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Alte Friedhöfe, die Geschichten erzählen

Im Memelland spürt Bernd Dauskardt ihren Geheimnissen nach

Sie sind die letzten Horte deutscher Familiengeschichte, die Friedhöfe in den verlassenen Heimatgebieten, die heute in anderer Hand sind. Häuser, Höfe, Güter, ja ganze Dörfer sind dem Erdboden gleichgemacht worden, und so ist es oft ein Grabkreuz oder ein Gedenkstein, der als ein einziger Anhaltspunkt wenigstens etwas Orientierungshilfe bietet. Und wenn der Suchende dann einen vertrauten Namen findet – vielleicht ist sogar der seine -, dann bekommt Familiengeschichte feste Konturen. Alte Kirchhöfe können viel erzählen, auch dem fremden Besucher. Einer, der ihren Geschichten nachgeht, ist unser Landsmann Bernd Dauskardt. Auf seiner Reise in das nördliche Ostpreußen - von der er uns über die Einweihung der Gedenktafel in der Kirche von Coadjuthen bereits berichtete - führte ihn sein Weg immer wieder auf die Friedhöfe. Und was er dort entdeckt hat, möchte er der Ostpreußischen Familie mitteilen:

„Hier im Memelland sind noch viele alte deutsche Friedhöfe vorhanden mit Grabsteinen und Kreuzen, oft über hundert Jahre alt. Von den zahlreichen Kirchhöfen, die ich in den letzten Jahren dort aufgesucht habe – mindestens fünfzig! –, haben mich drei auf meiner diesjährigen Reise besonders beeindruckt. Da gibt es zwischen Memel und Nimmersatt zwei direkt an der Ostsee gelegene Friedhöfe, hoch über dem Steilufer, wie ich sie sonst nirgends gesehen habe. Es ist einmal der Kirchhof von Karkelbeck, errichtet 1904, und dann der Friedhof von Uszaneiten. Dieses kleine Dorf gehört zur Kirche in Deutsch-Grottingen, die 1652 erbaut wurde. Karkelbeck sollte die letzte Kirche sein, die ich im Memelland noch nicht aufgesucht hatte. Bei meiner Ankunft erfuhr ich, dass dieses Gotteshaus im Krieg zerstört wurde. Aber vielleicht gibt es einen Friedhof? Und in der Tat, ich habe ihn gefunden. Am Steilufer der Ostsee, wunderbar erhalten, mit vielen deutschen Gräbern. Als ich über den Kirchhof ging, hatte ich immer einen Blick auf die See und hörte ihr Rauschen. Es war für mich ein eindrucksvolles Erlebnis, noch nie hatte ich so etwas erfahren.“ Hier empfand Bernd Dauskardt die Geborgenheit, die dieser Friedhof im wahrsten Sinne des Wortes bot, hier waren die Toten eingebettet in ihre Heimat, aus der sie niemand vertreiben konnte. Sie gehörten zu diesem Lande und sie gehört zu ihnen für immer und ewig. Ähnliche Empfindungen verspürte er auf dem Friedhof in Uszaneiten, der ebenfalls wie der von Karkelbeck gut gepflegt ist. In dieser Abgeschiedenheit hier im nordöstlichen Teil unserer Heimat hatte er das kaum erwartet. Und Bernd Dauskardt macht sich Gedanken: Wer pflegt denn die Gräber, von denen einige erst in der Nachkriegszeit angelegt worden sind? Wer kommt jemals aus dem fernen Deutschland hierher? Er hat einige der Namen, die auf den Grabsteinen und Kreuzen standen, aufgeschrieben. Dazu gehört die Familie Lepies: Johann, *1904 †1985 – Trude *1912 †1992 – Gerhard *1937 †1942. Auf einem anderen Grabstein steht zu lesen: „Hier ruht in Frieden unser geliebtes Söhnchen und Bruder Gerhard Erich Bliesze *1941 †1942“ und auf einem weiteren „Hier ruht in Frieden mein lieber Mann, unser guter Vater Hans Leonhardt *1869 †1941“. Und einmal ist nur das Geburtsdatum vermerkt: Martin Kurt Kapust *1925 †2006 – Else Ella Kapust *1929. Diese Frau scheint noch zu leben, wie Herr Dauskardt vermutet. Wenn er sie ausfindig machen kann, will er sie im nächsten Jahr aufsuchen.



Friedhof Kawohlen Bild: Dauskardt

Auf dem dritten Friedhof in Kawohlen im Kirchspiel Coadjuthen machte er eine rätselhafte Entdekkung, die er so schildert: „Auf diesem abseits im Wald gelegenen Friedhof scheint die Zeit stehen geblieben, die zumeist sehr alten Gräber werden bewacht von einer mächtigen Eiche, deren Alter auf mindestens 250 Jahre geschätzt wird. Hinter dem dicken Stamm befindet sich eine Grabstätte mit einer stark verrosteten Eisenplatte. Die Inschrift ist aber noch zu entziffern: „Hier ruht in Gott der Königliche Förster F. Ludszuweit – dessen Sohn Otto – 1886“. Dieses Schicksal bewegt mich sehr. Was hat sich da ereignet? In meinem Archiv über memelländische Förstereien stellte ich fest, dass in der damaligen Försterei Kawohlen /Oberförsterei Dingken im Jahre 1886 der Förster F. Ludszuweit seinen Dienst angetreten hat. Im gleichen Jahr muss er noch zusammen mit seinem Sohn Otto zu Tode gekommen sein. Was war geschehen? Wurden beide von einer Epidemie dahingerafft, wurden sie durch Blitzschlag getötet, kamen sie durch einen Unfall ums Leben? Eine Ermordung durch Wilderer schließe ich aus, da mir alle damals vorgekommenen Förstermorde bekannt sind. So bleibt wohl dieses Schicksal im Dunkeln“. Vielleicht auch nicht, lieber Bernd Dauskardt. Warten wir mal, ob nicht irgendwo und irgendwann eine Antwort aus unserem Leserkreis kommt. Wir danken Ihnen für diesen schönen Betrag zu den Gedenktagen, die unseren Verstorbenen gehören. *R.G.*



ZUM 99. GEBURTSTAG

Heyn, Hildegard, aus Lyck, am 15. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dastik, Naemi, geb. **Gundermann**, aus Ebenrode, am 14. November

Engelke, Liesbeth, geb. **Lösch**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 10. November

Rilk, Heinz, aus Königsdorf, Kreis Mohrungen, am 15. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Lempp, Selma, geb. **Sawatzki**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 11. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Barenthin, Erika, geb. **Przyborowski**, aus Treuburg, am 10. November

Hoogen, Helga, geb. **Haase**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 12. November

Meier, Erna, geb. **Hartfiel**, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 9. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hess, Gerda, geb. **Rehaag**, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, am 12. November

Kurdies, Edith, geb. **Ratz**, aus Reuß, Kreis Treuburg, und aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. November

Mett, Franz, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 11. November

Niederstraßer, Fritz, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, am 9. November

Olbrisch, Marie, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 9. November

Schwarz, Hanni, geb. **Merchel**, aus Neidenburg, am 28. Oktober

Sonnendecker, Friedel, geb. **Paulin**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 13. November

Weiß, Kurt, aus Norkitten, Kreis Wehlau, am 14. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bratka, Heinz, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 11. November

Dinnups, Alfred, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 12. November

Kummetz, Ruth, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. November

Marzischewski, Grete, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 11. November

Nowatzki, Marta, geb. **Gardinowski**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 12. November

Schindler, Frida, geb. **Lemke**, aus Kondehnen, Kreis Samland, am 11. November

Stutz, Hildegard, geb. **Gugat**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 12. November

Troebinger, Mia, geb. **Bahl**, aus Lötzen, am 15. November

Weinert, Edith, geb. **Nischk**, aus Lyck, am 11. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Braun, Lisbeth, geb. **Reinhold**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 14. November

Janssen, Christel, geb. **Szeimies**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 14. November

Piechotka, Gertrud, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. November

Rabe, Gertrud, geb. **Myska**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 13. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bahl, Hildegard, aus Kaspersguth, Kreis Ortelsburg, am 9. November

Bauer, Gerda, geb. **Wilkeneit**, aus Ringlacken, Kreis Wehlau, am 14. November

Grassat, Walter, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 13. November

Köck, Gerhard, aus Widitten, Kreis Samland, am 13. November

Koegst-Clauspuszen, Mariechen, geb. **Clauspuszen**, aus Bajohren, Memeler Straße 137, am 15. November

Kohlhaussen, Eva, geb. **Koch**, aus Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, am 15. November

Kruse, Herta, geb. **Hauswaldt**, aus Pokirben, Kreis Samland, am 9. November

Kugland, Kurt, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. November

Kutz, Margarete, aus Marienburg, am 7. November

Maute, Gerda, geb. **Versick**, aus Kurrenberg, Kreis Elchniederung, am 10. November

Pahl, Erika, geb. **Drummer**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. November

Prill, Gerda, geb. **Kallweit**, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, am 11. November

Riechey, Hella, geb. **Ragozat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. November

Wiencek, Elli, geb. **Saszig**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 13. November

Wilk, Christel, geb. **Rudolph**, aus Lyck, Memeler Weg 15, am 10. November

Wortmann, Hildegard, geb. **Althoff**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 12. November

Wuttke, Ilse, geb. **Koschul**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 10. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Eckloff, Helmut, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 3. November

Hesselhuhn, Anita, geb. **Wilkat**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 10. November

Konrad, Christel, geb. **Opretzka**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 12. November

Kruse, Erika, geb. **Striewski**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 9. November

Kuberka, Margarete, geb. **Roters**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 14. November

Lasarczik, Hartmut, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 15. November

Mordas, Gertrud, geb. **Bobel**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 11. November

Nehmer, Elli, geb. **Fröhlich**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 15. November

Naujokat, Heinz, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 14. November

Oelerking, Ilse, geb. **Stepowitz**, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. November

Preuß, Christa, aus Neidenburg, am 15. November

Schinkoreit, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. November

Steinert, Eva, geb. **Kropeit**, aus Neumühl, Neumühl Ziegelei, Kreis Wehlau, am 10. November

Stoll, Friedrich, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 10. November

Timmann, Frieda, geb. **Kondzialkowski**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 12. November

Tiska, Lucie, geb. **Reh**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 12. November

Zimmermann, Eleonore, geb. **Pilz** aus Haselberg, Kreis Schlossberg, am 14. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baumann, Waltraut, geb. **Szemkat**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 9. November

Bisanz, Artur, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 10. November

Böhnke, Fritz, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 12. November

Buslowski, Werner, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 9. November

Ebert, Waltraud, geb. **Amont**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 12. November

Fröhlich, Günter, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 14. November

Gerdey, Walter, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 12. November

Kairies, Günther, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. November

Konopka, Artur, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 13. November

Lorenscheit, Hildegard, geb. **Gudat-Kallnuggen**, aus Deutsch-Crottingen/Memel, am 31. Oktober

Murach, Ernst, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 11. November

Nauen, Eva, geb. **Müller**, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, am 12. November

Pajewski, Helmut, aus Großkosel, Kreis Neidenburg, am 9. November

Polak, Gertrud, geb. **Warich**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 13. November

Sahm, Gerhard, aus Tharau, Kreis Preußisch Eylau, am 12. November

Theiß, Helga, geb. **Nett**, aus Weidehnen, Kreis Samland, am 13. November

Valentiner, Christel, geb. **Freytag**, aus Groß Klingbeck, Kreis Heiligenbeil, am 11. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Arczynski, Inge, geb. **Meisterknecht**, aus Schwengels, Ortsteil Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 10. November

Baltruschat, Erwin, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 14. November

Düpetell, Lothar, aus Rudau, Kreis Samland, am 12. November

Gütze, Irmgard, geb. **Bachler**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 12. November

Holl, Artur, aus Grundhausen, Kreis Ebenrode, am 14. November

Isenburg, Heidrun, geb. **Baldzun**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 9. November

Knischewski, Manfred, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 15. November

Meitz, Rudi, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 14. November

Radmacher, Ulrich, aus Plauen, Groß Plauen, Kreis Wehlau, am 13. November

Rohmann, Gerhard, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 12. November

Salloch, Brigitte, geb. **Biallas**, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 12. November

Stahl, Elvira, geb. **Meyrat**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 13. November

Todtenhöfer, Gustav, aus Ebenrode, am 13. November

Voltmann, Brigitte, geb. **Druwe**, aus Gutweide, Kreis Ebenrode, am 12. November

Voos, Dieter, aus Wehlau, Beamtenhaus 5, am 12. November

Wasinski, Kurt, aus Klein Sakrau, Kreis Neidenburg, am 14. November

Zels, Bruno, aus Klein Nuhr, Klein Nuhr Dorf, Kreis Wehlau, am 13. November



Bublies, Herbert, aus Großroden, Kreis Tilsit-Ragnit, und Ehefrau Olga, geb. **Haberkorn**, aus Schrötersdorf, Kreis Schrötersburg, am 8. November



Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.

5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.

13./14. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.

17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.

6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.

19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.

13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.

24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.

3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Ostpreußisches Landesmuseum

Die klingende Box – Brücke zu meiner Heimat
MuseobilBOX – Museum zum Selbermachen

30 Kinder von der AWO-Kindertagesstätte und der Kindertafel Lüneburg machen mit beim Projekt „Die klingende Box – Brücke zu meiner Heimat“, das im August am Ostpreußischen Landesmuseum an den Start ging. Im Rahmen des Förderprogramms des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ erhielt das Ostpreußische Landesmuseum die Zuwendung für eine außerschulische Maßnahme: „MuseobilBOX – Museum zum Selbermachen“.

Das Programm richtet sich speziell an Kinder und Jugendliche, die erschwerten Zugang zur kulturellen Bildung haben. Der Bundesverband Museumspädagogik animierte die Museen zum Mitmachen. Bis Ende des Jahres arbeitet das Ostpreußische Landesmuseum mit der AWO-Kindertagesstätte und der Kindertafel Lüneburg zusammen. Kinder und Eltern entdecken Lieder ihrer Herkunftsländer, die sie mit einer Musikpädagogin einüben und gemeinsam singen. Der Prozess wird von den Kindern mit selbst gewählten Mitteln (Collagen/Video/Foto/MP3-Player) dokumentiert und in einer Ausstellung dargestellt. Ein abschließendes internationales Singfest (Sonntag, 24. November, 15 Uhr) mit gleichzeitiger Eröffnung der selbstgestalteten Ausstellung im Foyer des Ostpreußischen Landesmuseums rundet das Projekt ab.

Kultur und nationale Identität – das sind zwei Themenfelder, die eng miteinander zusammenhängen. Sprache ist ein identitätsstiftendes Merkmal der Menschen. Die Frage, inwiefern die Künste, insbesondere die Musik, einen Beitrag zur Verständigung und zur Identitätsfindung der Menschen sind, stellte sich schon im 18. Jahrhundert der bedeutende aus Ostpreußen stammende Gelehrte und Humanist Johann Gottfried Herder (1744–1803), der in der Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums seine gebührende Beachtung findet.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, Telefax (04131) 7599511, www.ostpreussisches-landesmuseum.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 9. November, 11.05 Uhr, Deutschlandfunk: Geteilte Stadt, geteiltes Leben – Mostar 20 Jahre nach der Zerstörung der Alten Brücke.

Sonnabend, 9. November, 19 Uhr, Arte: Mit offenen Karten. Das Baltische Meer, Mittelmeer des Ostens.

Sonnabend, 9. November, 20.15 Uhr, ARD: Rommel. TV-Kriegsdrama, D 2012.

Sonnabend, 9. November, 20.15 Uhr, Arte: Erster Weltkrieg: Tod in Tunnels und Schächten. Doku, USA 2012.

Sonntag, 10. November, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.

Sonntag, 10. November, 8.35 Uhr, Deutschlandfunk: „Hochzeitliche Weltumarmung“. Albert Camus und das Christentum – Zum 100. Geburtstag des Schriftstellers.

Sonntag, 10. November, 20.15 Uhr, MDR: Honeckers Enkel Roberto. Eine Rückkehr nach Deutschland.

Montag, 11. November, 14.15 Uhr, SWR: Bahnromantik. Die Eisenbahn wie vor 50 Jahren.

Montag, 11. November, 22.45 Uhr, ARD: Syriens Kinder. Doku über die Hölle des Bürgerkriegs und die damit einhergehende humanitäre Katastrophe.

Dienstag, 12. November, 20.15 Uhr, ZDF: Kennedy – Das Geheimnis der letzten Tage. Doku.

Dienstag, 12. November, 20.15 Uhr, RBB: Nur eine Spritze. Der größte Medizinskandal der DDR. – 21 Uhr: Tests und Tote. Pharmaversuche an DDR-Bürgern.

Dienstag, 12. November, 20.15 Uhr, Arte: Shoah. Neunstündige Doku von Claude Lanzmann, der von 1974 bis 1985 in 14 Ländern Interviews mit Opfern der NS_Judenvernichtung führte.

Dienstag, 12. November, 22.45 Uhr, ARD: Absturz. Die Akte Christian Wulff.

Mittwoch, 13. November, 20.10 Uhr, Deutschlandfunk: Aus Religion und Gesellschaft. Muslime in der modernen Welt. Wie reformfähig ist der Islam?

Mittwoch, 13. November, 22 Uhr, BR: Fliegen heißt Siegen. Die verdrängte Geschichte der deutschen Lufthansa.

Mittwoch, 13. November, 22.45 Uhr, ZDF: Das tägliche Gift – Risiko Pestizide. Reportage.

Donnerstag, 14. November, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 20 Jahren: In Berlin wird die Neue Wache als zentrale Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft eingeweiht.

Donnerstag, 14. November, 19.15 Uhr, Phoenix: Generation Einzelkind. Doku.

Donnerstag, 14. November, 20.15 Uhr, 3sat: Wie 3D-Druck unsere Welt verändert. Doku.

Donnerstag, 14. November, 22.30 Uhr, WDR: Noch sind wir da. Landflucht. Strukturwandel und Bevölkerungsschwund setzen vielen Gemeinden in ländlichen Regionen zu. Reportage.

Freitag, 15. November, 20.15 Uhr, 3sat: Zeitbombe Zucker. Müsste vor der Volksdroge gewarnt werden wie vor Zigaretten? Reportage.

Freitag, 15. November, 23.15 Uhr, ZDF: Der Kennedy-Fluch – Warum auch Robert Kennedy sterben musste. Doku, GB 2007.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Vorstandssitzung

Der Vorstand der Heimatkreisgemeinschaft trifft sich am Sonnabend, 16. November, zu seiner nächsten Sitzung im Hotel Pelli-Hof in Rendsburg. Auf der Tagesordnung der Zusammenkunft, die um 9.30 Uhr beginnt, stehen unter anderem die Haushaltsplanung für 2014, die Auswertung des Hauptkreistreffens in Rendsburg, die Vorbereitung des Deutschlandtreffens 2014 in Kassel und die Beratung über die weiteren Schritte zur Gründung der geplanten Stiftung Kreis Gerdauen.

Kranzniederlegung am Gerdauenstein

Im Rahmen der Veranstaltungen zum Volkstrauertag in Rendsburg legt die Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen am Sonntag, 17. November, gemeinsam mit der Stadt Rendsburg Kränze am Gerdauenstein vor dem Gebäude der Rendsburger Musikschule, Berliner Straße 1, nieder. Damit soll der in den beiden Weltkriegen Gefallenen sowie bei Flucht und Vertreibung umgekommenen Einwohner des Kreises Gerdauen gedacht werden. Die Kranzniederlegung erfolgt zirka um 12.50 Uhr. Wir freuen uns über jeden, der dabei ist und mit uns der Toten gedenkt. Zuvor werden Vertreter der Heimatkreisgemeinschaft an der Gedenkfeier der Stadt Rendsburg zum Volkstrauertag teilnehmen und einen Kranz am Ehrenmal 1939/45 auf dem Rendsburger Garnisonfriedhof niederlegen.



HEILSBERG

Kreisvertreter: Erwin Popien, Eichendorffstraße 30, 41564 Kaarst, Telefon (02131) 62403, E-Mail: erwiniptus@aol.com.

Vorstandswahlen

Am 19. Oktober fand im Messehotel Köln-Deutz eine Sitzung der Kreisvertreter des Kreises Heilsberg statt. Im Mittelpunkt standen auf Wunsch Aloys Steffens, des bisherigen Kreisvertreters, der nach 20-jähriger Tätigkeit und mit 80 Jahren nicht mehr zur Verfügung stand, die Vorstandswahlen. Einer seiner Schaffenserfolge war die Sozialstation in Heilsberg. Auch Frau Poschmann, als Vertreterin gleich verdienstvoll im Amt der Pflege der Erinnerung an unsere Heimat, aber nie versäumend ihre Herkunft aus Guttstadt zu betonen, musste aus gesundheitlichen Gründen auf eine erneute Kandidatur verzichten. Nach intensiven Vorgesprächen löste sich dann der Knoten überraschend schnell und die Vorgeschlagenen, Erwin Popien als Vorsitzender, Johannes Rehaag als Schatzmeister und Kassenwart, sowie Jutta Küting, Gudrun Lutze und Wolfgang Hintz als Stellvertreter, wurden in offener Abstimmung einstimmig gewählt. Schnell einig wurde man sich auch über die Notwendigkeit einer Neufassung der Satzung sowie über die Termine fürs kommende Jahr: Der 5. April 2014 als Termin für das Treffen der Kreisvertreter und der 18. Oktober 2014 für das Kreistreffen als Rahmen der Verabschiedung des ausscheidenden Vorstands – beides in Köln. Den Abschluss bildete eine gemeinsame Messe mit Domherr André Schmeier.

SEPA-Umstellung

Zum 1. Januar stellen wir unser Lastschriftverfahren auf das neue SEPA-Verfahren um. Für diejenigen, die uns eine Einzugsermächtigung erteilt haben, ändert sich nichts. Abonnenten, die eine Rechnung erhalten, senden wir automatisch neue Überweisungsvordrucke zu. Ihre *PAZ*



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ostpreußen trifft Erzgebirge

Sonnabend, 16. November, Lötzener Heimatmuseum, Neumünster, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung), geöffnet ab 10 Uhr. Veranstaltungsbeginn ausnahmsweise um 15 Uhr: „Ostpreußen trifft Erzgebirge“ – ein vorweihnachtlicher Nachmittag mit Geschichten an geschmückter Kaffeetafel. Der Eintritt ist frei.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Achtung, Maler aus Passion

Die Kreisgemeinschaft plant für den 22. und 23. März im kommenden Jahr 2014 ein Seminar in Bad Pyrmont mit dem Titel: „Kunst, Malerei und Musik in Lyck und aus Lyck“. Vorgestellt werden unter anderem Maler aus der Zeit vor 1945, aber auch heutige Maler aus Passion. Dem Vorstand der Kreisgemeinschaft ist eine Reihe von Malern bekannt, aber längst nicht alle. Damit keiner übergangen wird, melde sich bitte jeder, der mit seinem „malerischen“ Werk in dem Seminar dargestellt werden oder zumindest erwähnt werden möchte, bis zum 30. November 2013 bei Gerd Bandilla, Sankt-Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt, Telefon (02235) 77394. Herr Bandilla ist auch gern bereit, weitere zweckdienliche Auskünfte zu erteilen.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Gerhard Toffel geehrt

Dem Kreisältesten Gerhard Toffel wurde durch unsere Patenstadt eine besondere Ehrung zuteil. Der Rat der Stadt Bochum hat in seiner Sitzung am 18. Juli 2013 beschlossen, ihm die Ehrenplakette der Stadt Bochum zu verleihen. Damit würdigt er sein Wirken mit einer besonderen städtischen Auszeichnung, die nur alle fünf Jahre vergeben wird. Die Ehrenplakette wurde ihm und weiteren elf Persönlichkeiten im Rahmen einer Feierstunde am Sonntag, dem 13. Oktober 2013, im Repräsentationstrakt des Rathauses von der Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz überreicht. Im Namen der Kreisgemeinschaft Neidenburg beglückwünsche ich Landsmann Gerhard Toffel zu der Auszeichnung, sage ihm Dank für die geleistete Arbeit und hoffe auf weitere Schaffenskraft.

Jürgen Szepanek

OL-Termine

Veranstaltungen: Donnerstag, 14. November, 19 Uhr, Robert Gernhardt „Was die Schwäne uns sagen“. Im Rahmen der Reihe Neue Musik im Museum. Helmut W. Erdmann, mit Flöten & Live-Elektronik und Michael Purrucker, Lesung.

Dienstag, 19. November, 14.30 Uhr, 1933 als Zäsur in Ostpreußen. Vortrag von Dr. Ralf Meindl im Rahmen der Reihe „Museum erleben“. Wie erlebte Ostpreußen das Jahr 1933 tatsächlich? Der Vortrag zeigt, wie im äußersten Nordosten des Reiches eine ganz eigene Spielart des Nationalsozialismus auf eine besondere politische wie geistig-kulturelle Landschaft traf. Mittwoch, 27. November, 19 Uhr, Biologie und Schutz der Fledermäuse. Vortrag von F. Manthey. Eine Veranstaltung des Naturwissenschaftlichen Vereins Lüneburg. *Informationen unter Telefon (04131) 75995-0.*

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 23./Sonntag, 24. November: Stand der Gruppe „Textile Volkskunst aus Ostpreußen“ beim Herbstmarkt im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. – Mittwoch 27. November, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92: Vortragsreihe der Landesgruppe, Referent: Wolfgang Freyberg, Direktor Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, Thema: „Die Geschichte des Deutschen Ordens von Königsberg bis Bad Mergentheim“. Gäste sind willkommen

Buchen – Montag, 11. November, 14 Uhr, Reichsadler: Martinsgans-Essen mit Beiprogramm. Um Anmeldung wird gebeten.

Esslingen – 65 Jahre Landsmannschaft Ost und Westpreußen e.V. Esslingen – Mit einem Festkonzert unter dem Motto „Musiklandschaft Ostpreußen“, dargeboten vom Malinconia-Ensemble Stuttgart, feierte die Landsmannschaft ihr 65-jähriges Jubiläum. Der Waldheimsaal auf dem Zollberg erstrahlte in Festlichkeit. Gemütliche Wärme und herbstlich dekorierte Tische in Gelb- und Orangetönen empfingen die eintretenden Gäste. Eine Fülle von leuchtend gelbblühenden Chrysanthemen und Sträuße mit buntgefärbten Herbstlaubzweigen verliehen Saal und Bühnenbild ein der Jahreszeit entsprechendes Ambiente. Die Esslinger Fahne, links und rechts eingerahmt von den Fahnen Ost- und Westpreußens, ergänzten den Bühnenhintergrund. Die Vorsitzende Helga Hornick begrüßte viele Gäste, unter anderem den Vorsitzenden der LG Westpreußen Stuttgart, Hans-Werner Schwalke, die Vorsitzende der LO Lahr, Irma Barraud, in Vertretung der Landesvorsitzenden der Ostpreußen Baden-Württemberg sowie den Vorsitzenden der LO Wendlingen, Helmut Pallaks. Ein würdevolles Totengedenken erinnerte an die Opfer aus Krieg, Verbrechen und Vertreibung, verbunden mit dem Wunsch nach dauerhaften Frieden. Das anschließend gemeinsam gesungene Ost- und Westpreußenlied, ergänzt durch das gefühlvoll vorgetragene Gedicht von Agnes Miegel „Es war ein Land“, bewegte die Herzen der Zuhörer. Die Festansprache begann Irma Barraud mit einem Zitat aus dem Gedicht der ostpreußischen Dichterin Eva Maria Sirowatka: „In des Herzens Truhe ruhen Erinnerungen wie verklungene Melodien“. Irma Barraud verwies auf die vielfältig geleisteten politischen und kulturellen Aktivitäten, die weit über Esslingen hinausgingen. Pflege und Erhalt ost- und westpreußischen geistig-kulturellen Erbes waren stets Hauptanliegen der monatlichen Zusammenkünfte. Mit eigenem Chor sowie Volkstanz- und Trachtengruppe trat die LO bei vielen öffentlichen Veranstaltungen in Esslingen und anderen Orten Baden-Württembergs auf. Diese ehrenamtliche Tätigkeit erforderte ein hohes Maß an persönlichem Engagement und viel Herzblut. Die Festrednerin dankte für jahrelangen Einsatz im Interesse der Vertriebenen und wünschte weiterhin erfolgreiches Wirken. Mit herzlichem Applaus begrüßte das Publikum im weiteren Verlauf der Veranstaltung das Malinconia-Ensemble Stuttgart. Das Ensemble bot Melodien ost- und westpreußischer Komponisten aus fünf Jahrhunderten. Klänge von Violine, Klavier und Violoncello, meisterhaft dargeboten, begeisterten die Anwesenden. Volumen und Wohlklang der Stimme der Sopranistin gaben dem Konzert eine besondere Note. Lesungen heiterer Texte aus ostpreußischer Literatur zwischen einzelnen musikalischen Beiträgen gaben dem festlichen Nachmittag eine stimmungsvolle Abwechslung. facettenreiche Variationen von musikalischen Themen servierten delikate Hörgenüsse und erfreuten in besonderer Weise die Festgemeinde. Die Mitglieder des Ensembles wirken in verschiedenen Orchestern und bei Rundfunk- und Fernsehaufnahmen mit. Ihre Konzerte zeichnen sich durch hohes anspruchsvolles Niveau sowie musikalisch-klangvolle Perfektion aus. In diesem Sinn kann auch diese Festveranstaltung beurteilt werden. Dieses Festkonzert wird allen Zuhörern unvergessen bleiben. Viel Beachtung fand die Gemäldeausstellung der Kunstmalerin Karina Stängle mit Bildern ostpreußischer Landschaften. Die Ausstellung bereicherte das Festprogramm und bildete einen passenden Rahmen. Zum Abschluss

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17



Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellungen:

14. November 2013 bis 24. April 2014: **„Alles brannte! Jüdisches Leben und seine Zerstörung in den preußischen Provinzen Hannover und Ostpreußen“.** Anlässlich des 75. Jahrestages der sogenannten „Reichspogromnacht“ wird die Situation der jüdischen Bevölkerung in zwei preußischen Provinzen miteinander verglichen und verdeutlicht. Die Präsentation ist zeitgleich in Königsberg zu sehen und versteht sich als ein gemeinsames Projekt der Bundesstiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Berlin) und des Ostpreußischen Landesmuseums (Lüneburg) in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Russischen Haus, der Jüdischen Gemeinde und dem Deutschen Generalkonsulat Königsberg, der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum sowie dem Nordost-Institut/IKGN e. V. (Lüneburg).

30. November 2013 bis 2. März 2014: **Im Streit der Stile. Die Künstlerkolonie Nidden zwischen Impressionismus und Expressionismus.** Ein Künstlerort mit überregionaler Bedeutung, der aus dem ganzen Gebiet des deutschen Reiches besucht wurde, war das ostpreußische Nidden auf der Kurischen Nehrung. Die Künstler suchten einen ungewöhnlichen, der Natur nahen Ort, kamen zum Malen und zum Austausch mit Kollegen. Dabei entzündeten sich noch vor 1914 in Nidden Debatten um Impressionismus und Expressionismus. Ernst Bischoff-Culm war der führende Vertreter der einen Richtung, Max Pechstein der Exponent der neuen Stilrichtung des Expressionismus. Wie die Künstler jeweils in ihrer Art auf die Herausforderungen des Ortes und der Landschaft der Kurischen Nehrung reagierten, zeigen die Arbeiten in der Ausstellung. Ort der Künstlerdebatten war meist das Hotel Hermann Blode, der Mittelpunkt der Künstlerkolonie. Hier bestand auch eine Sammlung von Werken der Malergäste. Aus dem Vermächtnis des Malers und letzten Besitzers des Hotels Hermann Blode, Ernst Mollenhauer, werden die wenigen erhaltenen Werke und Gegenstände dieses berühmten Hotels gezeigt. OL

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, Fax (04131) 75995-11. E-Mail: presse@ol-lg.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

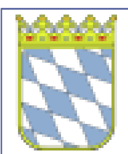
der Veranstaltung sprach die Vorsitzende Dank an alle Mitwirkenden aus.

Ludwigsburg – Mittwoch, 20. November, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Reutlingen – Sonnabend, 9. November, 14 Uhr, Zentrum für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Herbstfest. Die Kreisgruppe lädt alle Mitglieder und diejenigen, die sich mit ihrer Heimat verbunden fühlen, herzlich ein. Bei Kaffee und Kuchen soll ein schöner Nachmittag beginnen. Das Programm wird vom Handharmonika-Club Pfullingen mitgestaltet. Peter Jermann bringt in Wort und Bild einen Vortrag zum „Motto einer Reise 2013 nach Süd-Ostpreußen“ vor. Weitere Unterhaltung wird geboten. – Sonnabend, 16. November, 14 Uhr, Friedhof Römerschanze: Treffen der Gruppe am Gedenkstein der Vertriebenen und Flüchtlinge. Feierstunde mit Gedenken der Gefallenen beider Kriege und aller Toten weltweit. Anschließend geht es ins Café/Gasthaus Schweiz-Weiß beim Friedhof zur angemeldeten Kaffeetafel. Gemeinsam soll der Herbsttag ausklingen. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten, denn fast 70 Jahre nach der Vertreibung haben die Ostpreußen ihre vielen Toten der Heimat nicht vergessen. Sie sind ein Teil ihrer verlorenen Heimat.

Schwäbisch Hall – Sonnabend, 23. November, 15 Uhr: Die Kreisgruppe lädt herzlich zum traditionellen, jährlichen Grützwurstessen ein. Nach gemütlichem Kaffeetrinken um 15 Uhr zeigt Elfi Dominik einen Videofilm über die bisherigen Ostpreußenfahrten. Um 18 Uhr findet das ostpreußische Grützwurstessen im Seniorenstift der Bausparkasse, im Lindach 4 in Schwäbisch Hall statt. Mitglieder und Freunde sind herzlich dazu eingeladen. Kurzfristige Anmeldungen richten Sie bitte an Frau Dominik unter (0791) 72553.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 13. November, 15 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe zum Thema „Hermann Sudermann, geboren am 30. September 1857 in Matzicken/Heydekrug. Dramatiker und Erzähler“. Bei dieser Zusammenkunft beschäftigen sich die Teilnehmer eingehend mit Hermann Sudermann, mit seiner „Kindheitswelt“ und „Jugendjahre sowie Schulzeit“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 22. November, 19 Uhr, Gasthof Hotel zur Post: Gemeinsames Essen „Königsberger Klopse“, anschließend neue Lichtbilder aus der pommerschen Heimat.

Ansbach – Sonnabend, 16. November, 14.30 Uhr, Waldfriedhof: Gedenkfeier aller Ansbacher Landsmannschaften für die Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung am Denkmal auf dem Waldfriedhof. Ab 15 Uhr: Treffen in der Orangerie bei Kaffee und Kuchen.

Bamberg – Mittwoch, 20. November, 15 Uhr, Café Graupner, Lange Straße 5: Der Dom zu Königsberg.

Ingolstadt – Sonntag, 17. November, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchener Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

Landshut – Dienstag, 19. November, 14 Uhr, Insel: Zusammenkunft der Gruppe.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Starnberg – Donnerstag, 14. November, 13 Uhr, Bayerischer Hof: VS-Sitzung zum Thema „Gestaltung der Vorweihnachtsfeier“, 15 Uhr, Kulturnachmittag.

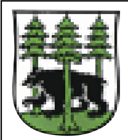
Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 17. November, 10.30 Uhr, Donauschwabenufer, Stadtmauer unter dem Saumarkt: Gedenkstunde mit Kranzniederlegung der Landsmannschaft Donauschwaben.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

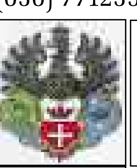
Landesverband – Sonnabend, 16. November, 10 Uhr, Rathaus Schöneberg: Kulturtagung der Landsmannschaften. Beginn mit einer ökumenischen Andacht. Feierliche Eröffnung im Anschluss an die Andacht im Willy-Brandt-Saal des Rathauses Schöneberg.



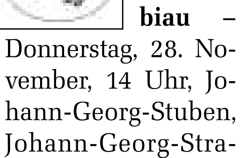
Rastenburg – Sonntag, 10. November, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 13. November, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin. Totenehrung und Landleben in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.







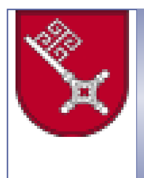
Königsberg / Samland/Labiau – Donnerstag, 28. November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995. – Mittwoch, 18. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.





Heilsberg / Rößel – Sonnabend, 30. November, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Nikolausfeier. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.





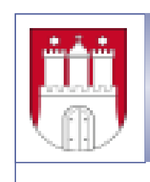
BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Sonntag, 17. November, 14 Uhr, Osterholzer Friedhof, Ehrenkreuz: Am Volkstrauertag veranstaltet der Bund der Vertriebenen und alle ostdeutschen Landsmannschaften auch in diesem Jahr wieder eine Gedenkfeier für die Toten der Heimat und die Opfer der Vertreibung. – Das Datum der Präsentation des Buches „Wir sind die Wolfskinder – Verlassen in Ostpreußen“ mit der Autorin Sonya Winterberg musste geändert werden. Die Lesung ist jetzt am Dienstag, 19. November, 18 Uhr im Wallsaal der Stadtbibliothek Bremen. Die Lesung stellt zugleich ein weiteres Veranstaltungsangebot in der Reihe „Kriegskinder“ dar. Das Buch der 1970 geborenen finnisch-schwedischen Autorin, deren Arbeiten sich wesentlich um Krieg, Trauma, soziale Gerechtigkeit und Integration bemühen, hat bereits ein erfreuliches Echo erfahren. Der Stadtbibliothek Bremen gebührt Dank, dass sie es als Mitveranstalterin ermöglicht, auch die Bremer Öffentlichkeit auf dieses Thema hinzuweisen. Der Eintritt ist frei.

Bremerhaven – Sonntag, 17. November, 11.45 Uhr, Kapelle Geestemünde: Volksbund-Veranstaltung – Freitag, 22. November, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Kulturnachmittag. – Sonntag, 24. November, 15 Uhr, Kapelle Geestemünde: Gedenkfeier aller Landsmannschaften. – Bericht – Unter dem Motto „Poesie im Ratskeller“ trat am 20. Oktober der in Tilsit geborene Schauspieler, Autor und Rezitator Herbert Tennigkeit mit seinem Programm „Ostpreußen – Erinnerungen an ein geliebtes Land“ auf. Schon ab 10 Uhr morgens (eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung) füllte sich der Bacchuskeller im Rathaus am Bremer Marktplatz. 150 Personen lauschten zirka zwei Stunden den teils besinnlichen, nachdenklichen, aber auch humorvollen Geschichten, Gedichten und Erzählungen des in Hamburg lebenden Künstlers. Die vom Landessportbund durch Lothar Pohlmann veranstaltete Poesie-Reihe und vom Landesvorsitzenden Helmut Gutzeit organisierte Veranstaltung kam bei den Anwesenden sehr gut an. Die auch aus dem Bremer Umland und Bremerhaven angereisten Zuhörer ließen „uns Herbertche“ nur nach mehreren Zugaben seiner beeindruckenden Vorträge gehen. Tennigkeit hatte seinen Auftritt noch mit Heimatklängen (zum Beispiel „Ännchen von Tharau“) auf dem mitgebrachten Rekorder untermalt. Es war eine gelungene Veranstaltung. Alle hoffen, ihn bald wiederzusehen. Auch wenn er, wie er sagte, nach seinem 50-jährigen Bühnenjubiläum im nächsten Mai eigentlich kürzer treten möchte, hofften die Anwesenden, ihn beim Bundestreffen in Kassel wiederzusehen.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



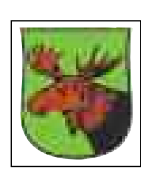
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

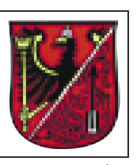
LANDESGRUPPE

Sonnabend, 16. November, 10 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8 (S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U3-Station Rödignsmarkt): Christkindlmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften mit vielen Angeboten an heimatlichen Spezialitäten und Literatur. Das Ostpreußenzimmer befindet sich im zweiten Stock. In der Cafeteria ist für das leibliche Wohl gesorgt.

KREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 27. November, 14 Uhr, Gesellschaftshaus Lakkemann, Hamburg-Wandsbek: Treffen der Gruppe. Einstimmung auf die Adventszeit mit vorweihnachtlichem Programm, dazu bitte ein Julpäckchen mitbringen. Gäste sind herzlich willkommen.



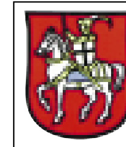
Gumbinnen – Sonnabend, 30. November, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8 (Nähe Einkaufs-Center Quarree). U-Bahn 1 bis Wandsbek-Markt, dann fünf Minuten Fußweg durch Hausdurchgang: Treffen der Gruppe. Zum Thema „Adventszeit in Gumbinnen und hier in Hamburg“ bittet die Gruppe um rege Beteiligung. Beim gemeinsamen Singen die Seelen sprechen lassen. Anmeldung erforderlich bis spätestens Montag, 25. November bei Schriftführerin Hilde Janssen-Kaydan, Rathenaustraße 53. Hamburg, Telefon (040) 517931. Gäste sind herzlich willkommen.



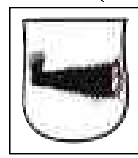
Heiligenbeil – Sonnabend, 30. November, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7 (zu erreichen mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnstation Billstedt, U-Bahnstation Wandsbek-Markt und U-Bahnstation Hammer Kirche bis Bauberberg, von hier sind es noch zwei Minuten Fußweg): Die Gruppe feiert ihre Weihnachtsfeier. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgruppe, die in und um Hamburg wohnen. Die Gruppe möchte gemeinsam am Sonnabend vor dem ersten Advent mit Gedichten, Liedern, Geschichten und Bildern aus dem „Schatzkästchen der Kreisgruppe Heiligenbeil“ auf die Adventszeit und das Weihnachtsfest mit Bildern aus der Heimat einstimmen. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254980 bis Freitag, 29. November, erbeten.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Sonnabend, 30. November, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, Hamburg-Ohlsdorf: Die Gruppe lädt zur Weihnachtsfeier mit einer gemeinsamen Kaffeetafel und musikalischer Begleitung ein. Julklapp-Päckchen können mitgebracht werden. Verwandte und Freunde sind ebenfalls willkommen. Über Anmeldungen freuen sich Marlies und Günther Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.



Sensburg – Sonnabend, 9. November, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße, Hamburg-Ohlsdorf Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 25. November, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus bis 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. – Montag, 9. Dezember, 14.30 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus bis 443 bis Waldquelle): Vorweihnachtliche Feier nach ostpreußischer Art.



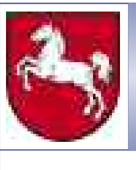
HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Sonnabend, 16. November, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10: Treffen der Gruppe. Nach der Kaffeetafel setzt Ruth Lask ihre Lesung aus ihrem Buch „Mein Lebensweg“ fort. – Noch Plätze frei – Für die Busfahrt vom 16. bis 18. Mai 2014 zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Kassel sind noch Plätze frei. Information und Anmeldung bei Gerhard Schröder, Telefon (06151) 148788 oder Gisela und Christian Keller, Telefon (06074) 98327.

Wetzlar – Montag, 11. November, 18 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 23: Vortrag von Dr. Peter Wörster vom Herder-Institut Marburg über „Von Preußen ins Baltikum: Neubürger der Stadt Riga aus Ost- und Westpreußen von 1603 bis 1889“. Gäste sind willkommen. – **Bericht vom Oktobertreffen** – „Störche scheinen besonders Ostpreußen geliebt zu haben“, meinte die hessische Kulturbeauftragte der Ost- und Westpreußen, Karla Weyland, als sie über „Störche in Natur und Literatur“ sprach. Eine Storchenzählung im Jahre 1934 habe ergeben, dass in der damaligen deutschen Ostprovinz allein 18 270 Storchenpaare nisteten, während in Deutschland insgesamt 30 000 Storchenpaare gezählt wurden. Als Grund für die Vorliebe der Störche für Ostpreußen nannte Weyland den Reichtum an Gewässern, feuchten Wiesen und Sümpfen in Masuren und im Memelgebiet. Zu manchen Gehöften hätten bis zu sieben bewohnte Storchennester gehört. Auch heute noch gehöre der Stelzenvogel unverkennbar zur dortigen Landschaft. In der Bundesrepublik sei die Anzahl der nistenden Störche erheblich zurückgegangen. In der Literatur werde der Storch als Frühlingsbote und Kinderbringer verehrt. Die jährliche Flugleistung der Störche sei beachtlich. Im Herbst suchen sie auf dem Weg über den Bosporus oder nach Gibraltar ihre Winterquartiere in Afrika auf und kehren nach dem 25. März wieder zurück. Für jede Reise benötigten sie jeweils zwei bis drei Monate. Eindrucksvolle Fotos von Störchen in der naturbelassenen Landschaft von Masuren vermittelten den Besuchern einen Einblick in deren Leben.

Wiesbaden – Dienstag, 12. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe. „Vertellkes von der Ofenbank“, Lustiges und Mysteriöses. Gäste sind willkommen. – Sonnabend, 16. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: „Das Königsberger Gebiet heute“. Vortrag mit aktuellen Bildern von Dieter Schetat. Er berichtet von Eindrücken und Erfahrungen im heute russischen Teil Ostpreußens. Unter anderem stehen Königsberg, Tilsit, Gumbinnen, Pillau, Palmnicken, das Gestüt Georgenburg, Rauschen und die Kurische Nehrung auf dem Programm. Zudem etwas von Danzig, der „Krone Preußens“ und dem Weltbad Zoppot. Bitte auch Gäste mitbringen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Hannover – Freitag, 15. November, 12 Uhr, Ihmeblick, Roese-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

beckstraße 1: Grützwurstessen. Anmeldung erforderlich.

Helmstedt – Donnerstag, 14. November, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe. – Sonnabend, 16. November, Stephani Friedhof: Volkstrauertag.

Hildesheim – Donnerstag, 14. November, 15 Uhr, Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße 8: Treffen der Heimatfreunde. Thema an diesem Nachmittag: Dies und das aus dem herbstlichen Ostpreußen.

Osnabrück – Freitag, 15. November, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 19. November, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Donnerstag, 28. November, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.

Rinteln – Donnerstag, 14. November, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Monatstreffen der Gruppe. Joachim Berg zeigt den Film „Reise in ein fremdgewordenes Land – Ostpreußen, Ermland und Masuren" von Karla-Sigrun Neuhaus. Gäste sind herzlich willkommen, der Eintritt ist frei. – Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 oder rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 14. November, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33619 Bielefeld: Ostpreußisch Platt. – Sonntag, 17. November, 15 Uhr, Sennefriedhof: Volkstrauertag. Kranzniederlegung. – Donnerstag, 21. November, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Literaturkreis.

Bonn – Sonntag, 24. November, 15 Uhr, Nordfriedhof Bonn: Ostdeutsches Totengedenken der Kreisgruppe. – Dienstag, 26. November, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Frauenkreis. „Licht im Ost".

Bonn-Bad Godesberg – Sonntag, 10. November, 15 bis 16 Uhr, Stadthalle: Kaffeetrinken mit Programm. Dia-Vortrag von Janne Neuman mit dem Thema „Künstlerkolonie Nidden".

Dortmund – Montag, 18. November, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düren – Mittwoch, 13. November, 15 Uhr, HDO, Holzstraße 7 A: Treffen der Gruppe. – Sonntag, 17. November, Neuer Friedhof: Volkstrauertag.

Düsseldorf – Sonnabend, 9. November, 18 Uhr, Restaurant Frankenheim, Wielandstraße 14/ Wehrhahn (erreichbar ab Hauptbahnhof mit der Straßenbahnlinie 704 Richtung Derendorf, Ausstieg „Pempelforter Straße"): Traditionelles Gänseessen. Anmeldungen erbeten bis 2. November unter Telefon (0211) 682318. – Montag, 11. November, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Kino. „Jeder stirbt für sich allein. Ein Film mit Hildegard Knef und Carl Raddatz nach dem Roman von Hans Fallada (1893–1947). – Montag, 18. November, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag und Lesung mit Dr. Vera Schneider, Dr. Klaus Johann und Dr. Gerhard Trapp: „Hinternational – Johannes Urzidil (1896–1970) – ein Schriftstellerleben zwischen Prag und New York". – Freitag, 22. November, 16 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: Verleihung des Andreas-Gryphius-Preises an Hans Bergel.

Ennepetal – Donnerstag, 21. November, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit Königsberger Klopse, Kartoffeln und Rote Beete. – Sonntag, 24. November, 11.30 Uhr: Treffen am Gedenkstein in der Gasstraße zum Totensonntag.

Essen – Freitag, 15. November, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Referat über die Heimatkreisgemeinschaft Goldap.

Hemer – Sonnabend, 16. November: „65 Jahre Brückenbau für die Heimat".

Leverkusen – Mittwoch, 13. November, 14 Uhr; Treffen der Frauengruppe. Wie seit vielen Jahren wurde auch für diesen Tag St. Martin eingeladen, der jedem ein Stückchen Brot mitbringt. Auch eine Kindergruppe mit Laternen wird die Teilnehmer an diesem Nachmittag erfreuen. Informationen bei Anna Pawelka, Telefon (0214) 95763.

Mülheim – Sonntag, 17. November, 11 Uhr, Altstadtfriedhof: Volkstrauertag. Totengedenken mit Kranzniederlegung am Gedenkstein.

Neuss – Sonntag, 17. November, 11 Uhr, Hauptfriedhof Neuss, Rheydter Straße: Teilnahme an der Feier zum Volkstrauertag. – Donnerstag, 28. November, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. Einstimmung auf die Adventszeit. Gemeinsames Singen und Gedichtvorträge.

Wesel – Sonnabend, 16. November, 16 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Kulturabend. Alle Landsleute und Heimatfreunde sind dazu herzlichst eingeladen. Der Kulturreferent Paul Sobotta hält ein Referat über „Die ostpreußische Tierwelt". Traditionell werden Schnittchen, belegt mit geräucherter Gänsebrust, dazu Tee mit Rum oder Zitrone angeboten. Anmeldungen bis zum 7. November bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Ursula Paehm, Telefon (0281) 44262376, erbeten. – **Bericht vom Erntedankfest** – Der 1. Vorsitzende Paul Sobotta konnte eine annehmbare Erntehelferschar begrüßen. Alle hatten bei der Erntearbeit kräftig mit angepackt und Stadt und Landleute sollten gleichermaßen ‚Gott für die eingebrachte Ernte danken. Die Heimatstube war auf herbstliche Art feierlich geschmückt. Zwei Schnitterinnen, Irma Laukmichel und Christa Elias, sorgten mit ihren Gedichten und Geschichten für die Einstimmung zum Ernsteschmaus. Der Gutsherr Paul Sobotta ließ dann anschließend von den fleißigen Schnitterinnen die angefüllten Schüsseln mit Kartoffelsalat und Krakauer Würstchen auf die geschmückten Tische stellen und ein jeder ließ es sich gut schmekken. Die anschließende Tombola bildete den Höhepunkt des Erntefestes.

Witten – Montag, 18. November, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Veränderungen in Nord- und Südostpreußen nach dem EU-Beitritt Polens.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen/Rhein – Freitag, 15. November, 16.30 Uhr, Gaststätte Mayer Bräu, Schillerstraße, Ludwigshafen-Oggersheim: Treffen der Gruppe zum Gänsekeule-Essen.

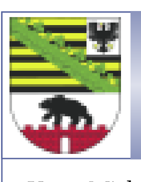
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Sonnabend, 9. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Heimatnachmittag mit Filmvorführung „Reise durch das Memelland". – Donnerstag, 21. November, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 51116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Hoyerswerda – Sonntag, 17. November, 14 Uhr, Kriegsgräberstätte Nardt: Volkstrauertag. Nach der Kranzniederlegung auf der Kriegsgräberstätte Nardt wird der Gedenkstein für die verstorbenen Kinder vom Lager Elsterhorst eingeweiht. Worte des Gedenkens spricht Su. i. R. Friedhart Vogel, der Chor der Volkssolidarität und eine Bläsergruppe umrahmen das Programm.

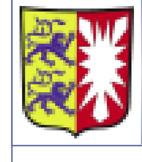


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 11. November, 14 Uhr, Krötenhof: Gedenken aller Kriegsopfer.

Magdeburg – Sonntag, 10. November, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Treffen der Mitglieder zum Volkstrauertag. Anschließend Vorstandssitzung. – Dienstag, 19. November, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Sonntag, 1. Dezember, 15 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg: Ein Adventsnachmittag mit Ruth Geede. Die Autorin, Jahrgang 1916, die älteste noch aktive Schriftstellerin und Journalistin Deutschlands, wird aus ihren Werken lesen – vorwiegend Advent- und Weihnachtliches – und über ihre Zeit in Lüneburg und dem Museum, mit dem sie bis heute verbunden ist, sowie über ihre Jahre in Hamburg, wo sie bis heute lebt, berichten. Die Ostpreußen fahren am 1. Dezember (1. Advent) rechtzeitig vom ZOB Bad Schwartau ab, um noch zu einem Rundgang im Museum einzutreffen. Danach wartet ein Mittagessen auf die Teilnehmer. Anschließend um 15 Uhr treffen sich alle mit Ruth Geede, um mit ihr ein paar adventliche Stunden zu verbringen. Wer mit möchte, bitte schnellstens bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435 oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706 anmelden, da nur eine begrenzte Anzahl an Plätzen zur Verfügung steht. Näheres bei Anmeldung.

Burg/Fehmarn – Dienstag, 12. November, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Der Kreisvorsitzende der LO Edwin Falk aus Eutin hält einen Dia-Vortrag „Eine wöchentliche Reise durch das Königsberger Gebiet". Gäste sind herzlich willkommen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

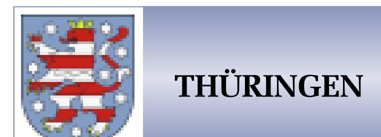
Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

Flensburg – Sonntag, 17. November, 11.30 Uhr, Kapelle Am Friedenshügel: Die Vereinigten Landsmannschaften Flensburg bitten zum Volkstrauertag gemäß Einladung des VdK, Kreisverband Flensburg. Die Gruppe bittet um Ihre Anwesenheit. Busverkehr von Flensburg-Mürwik und zurück. – Sonntag, 24. November, 15 Uhr: Die Vereinigten Landsmannschaften Flensburg e.V. bitten zum Gedenkgottesdienst am Totensonntag mit anschließender Kranzniederlegung im Ehrenhain der Ostprovinzen, Kapelle Am Friedenshügel. – Dienstag, 26. November, 19.30 Uhr, Restaurant Borgerforeningen: Preußische Tafelrunde. Anmeldung nur bei Wolfgang Kanstorf, Telefon 64847.

Neumünster – Mittwoch, 13. November, ab 12 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Treffen zum gemeinsamen Mittagessen und gemütlichen Teil im Anschluss. Anmeldung bitte bis zum 6. November unter Telefon (04321) 82314.

Pinneberg – Sonnabend, 9. November, 15 Uhr, Restaurant Mondea, Mühlenstraße 70 d: Bingo. Gänseverspielen. Neben vielen anderen Preisen kann der Weihnachtsbraten gewonnen werden.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Eisenach – Dienstag, 12. November, 14.30 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen.

Jena – Freitag, 22. November, 14 Uhr, Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen in der Panorama. Alle Landsleute sind herzlich willkommen.

Mühlhausen – Dienstag, 11. November, 14 Uhr, Volkssolidarität: Treffen der Heimatgruppe Königsberg. – Mittwoch, 20. November, 14 Uhr, BdV-Heimatstube: Treffen der Heimatgruppe Ermland.

Ostmitteldeutschen Vereinigung (OMV): Die OMV Ostholstein führte ihre Jahreshauptversammlung in Bad Schwartau durch. Eingeladen hatte der Kreisvorsitzende Manfred Lietzow, der den Landesvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen (BdV) Fedor Mrozek, die neuen Kreistagsabgeordneten Carsten Dyck und Günter Alpert sowie den Kreisgeschäftsführer der Jungen Union (JU) Sebastian Schmidt begrüßte. Während Mrozek die gute Zusammenarbeit von OMV und BdV unterstrich, stellte Dyck die zahlreichen Veranstaltungen und Fahrten, wie die diesjährige „Preußentour in die Mark Brandenburg“ und die Herbst-Studienfahrt nach Westpreußen und Posen heraus. Günter Apelt hielt sein spannendes Referat „Wie war das mit der Ost-CDU und ihren Mitgliedern in der DDR – ein persönlicher Erfahrungsbericht“. – Nach den Berichten des Vorsitzenden, des Schatzmeisters und der Kassenprüfer wurden die Vorstandswahlen durchgeführt. Der alte Vorstand wurde wieder einstimmig gewählt: Vorsitzender Manfred Lietzow, Stellvertreterin Regina Gronau, Schatzmeister Peter Klindwort, Protokollführer Sigmar Rohde, Beisitzerinnen Renate Meier und Luzia Rohde. Lietzow bedankte sich im Namen des Vorstandes für das Vertrauen der Mitglieder und bekräftigte, weiterhin die Aktivitäten der OMV auszubauen. In diesem Zusammenhang lud er zum kommenden OMV-Herbstkonzert am 23. November um 16.30 Uhr im Museum der Stadt Bad Schwartau ein.

»Entdeckung des Monats«

Europäische Metropolregion Nürnberg hebt Kulturzentrum Ostpreußen hervor



Erfreut über Anerkennung: Direktor Wolfgang Freyberg, Landrat Gerhard Wägemann, Bürgermeister Walter Hasl und Winfried Vennemann-Dekorski (v. r. n. l.) Bild: mef

Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen ist von der Europäischen Metropolregion Nürnberg zur „Entdeckung des Monats“ ausgewählt worden. Für „EntdeckerPass“-Inhaber bietet das Museum im November freien Eintritt sowie zusätzlich ein süßes Präsent.

„Mit dem EntdeckerPass ostpreußische Kultur und Geschichte erleben“ – dass dies durch die Europäische Metropolregion Nürnberg (EMN) ermöglicht wurde, freut Landrat Gerhard Wägemann ganz besonders. Damit werde bewiesen, dass Sehenswürdigkeiten an der Peripherie der Region wie im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen durchaus wahrgenommen und gefördert werden. Leider ist nach seiner Ansicht der „EntdeckerPass“, der im Regierungsbezirk Mittelfranken, in Oberfranken, Teilen Unterfrankens sowie etwa in der Hälfte der Oberpfalz und in der Thüringer Stadt Sonneberg gilt, noch zu wenig bekannt. Mit dem Pass könne der Gast viel Sehenswertes bei freiem oder ermäßigtem Eintritt besuchen und erhalte örtlich dazu weitere Leistungen. Das Kulturzentrum Ostpreußen erfährt nach Ansicht des Landrates als eine der hochwertigen Einrichtungen im Landkreis mit der „Entdeckung“ eine besondere Anerkennung.

Ellingens Bürgermeister Walter Hasl sieht die Vergabe des Titels „Entdeckung des Monats“ an das Kulturzentrum Ostpreußen seitens der Stadt Ellingen als eine wirkungsvolle Maßnahme. Damit würden weitere Synergieeffekte für die Deutschordensstadt geschaffen, die mit den Schauräumen im Barockschloss und den zahlreichen Gebäuden am Barockrundweg weitere Sehenswürdigkeiten zu bieten hat.

Für die EMN erläuterte Winfried Vennemann-Dekorski, der für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist, dass der für ein Kalenderjahr gültige „EntdeckerPass“, die offizielle Freizeitcard der Metropolregion Nürnberg, in über 130 Freizeit- und Kultureinrichtungen Sonderkonditionen bei den Eintrittsgeldern und weitere Vergünstigungen bietet.

Museumsdirektor Wolfgang Freyberg hofft auf einen zusätzlichen Besucherschub während des Angebotszeitraumes, da es zum freien Eintritt im Kulturzentrum zusätzlich ein süßes Präsent in Form von „Königsberger Marzipan“ gibt.

Das Museum im Westflügel des Schlosses leistet einen Beitrag zur Bewahrung und Pflege des ostpreußischen Kulturerbes und bietet ein „museales Schaufenster“ zur Landeskunde und Kulturgeschichte des Landes zwischen Weichsel und Memel.

Dieses „museale Schaufenster“ zeigt mit der derzeitigen Sonderausstellung „Fischers Fritz fischt – Fische und Fischfang von der Altmühl bis zum Kurischen Haff“ einen Überblick über die Entwicklung der Fische und des Fischfanges speziell im Altmühltal um Gunzenhausen und in Ostpreußen.

Schaufenster in das Land zwischen Weichsel und Memel

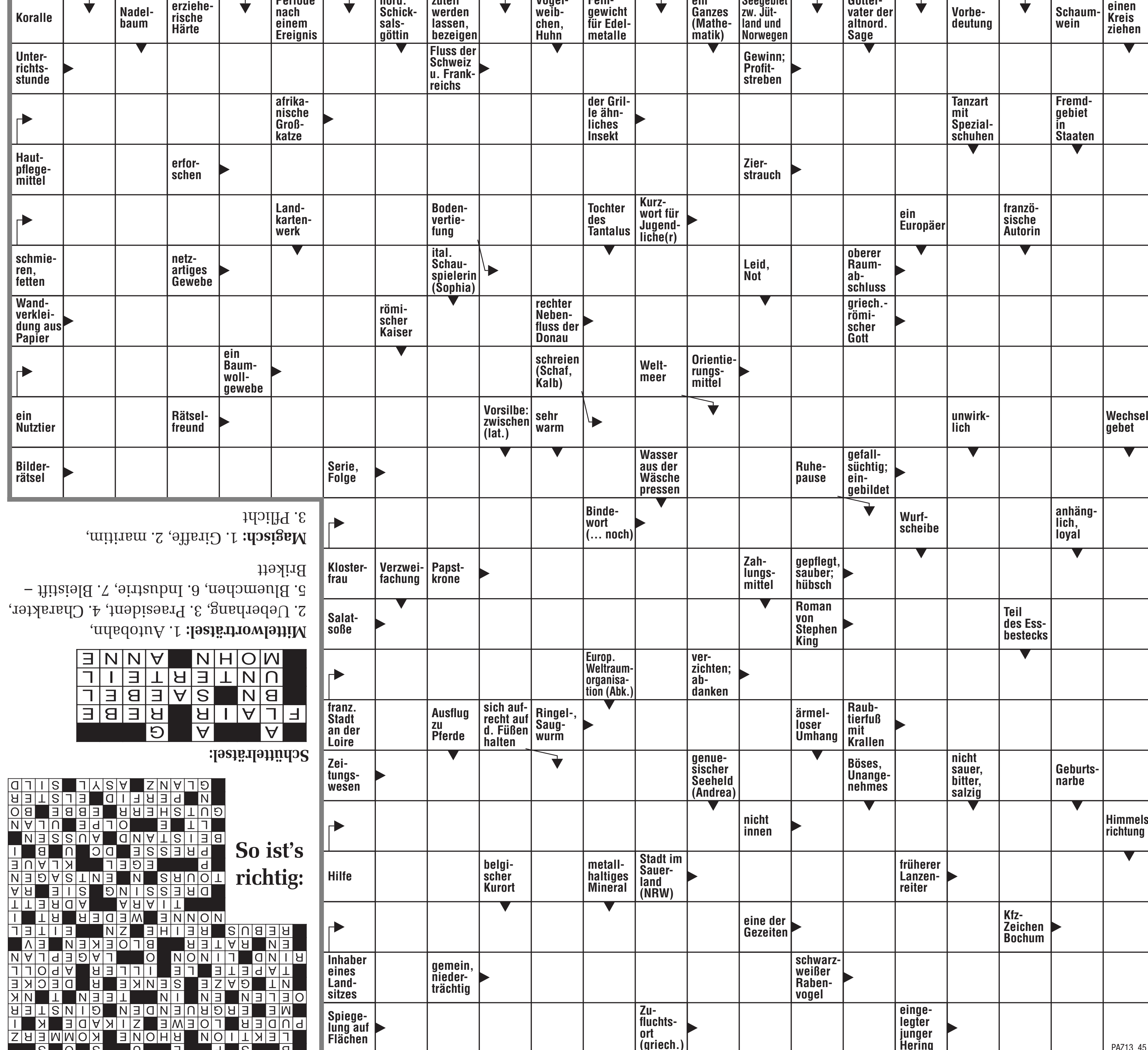
Zudem präsentiert die Kabinettausstellung „Stück für Stück – Fotos von Lieblingsobjekten aus den Heimatsammlungen“ großformatige Bilder von früher alltäglichen Gebrauchsgegenständen, die die Berliner Fotografin Delia Güssefeld in den Heimatstuben der Westpreußen aufgenommen hat.

Ein weiterer interessanter Termin findet am 23. und 24. November dieses Jahres statt. Beim 18. Bunten Herbstmarkt in den Gängen des Kulturzentrums kann man alte Handwerkskunst lebendig erleben, zudem bieten diese Handwerker und weitere zahlreiche Künstler ihre Erzeugnisse zum Verkauf an.

Verkehrsmäßig ist das Deutschordensschloss über die Bundesstraßen 2 und 13 über die Ausfahrt Ellingen Mitte leicht zu erreichen, kostenlose Parkplätze sind vor dem Haus vorhanden und für Eisenbahnfahrer beträgt der Fußweg vom Bahnhof Ellingen bis zum Schloss gerade einmal zehn Minuten.

Manfred E. Fritsche

Die Öffnungszeiten des Kulturzentrum Ostpreußen im Barockschloss Ellingen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen sind Dienstag bis Sonntag von 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr, weitere Informationen gibt es unter http://www.kulturzentrum-ostpreussen.de oder Telefon (09141) 86440.



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

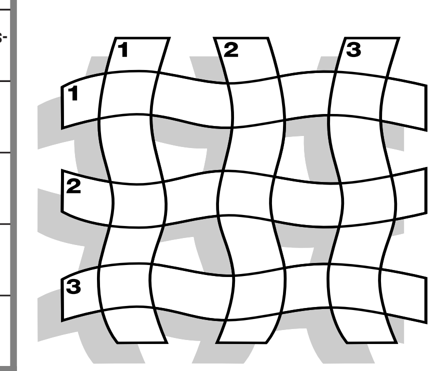
ABLMU, ANNO, AENRS, AEGRT, BEEN, BEIN, EELL, BEER, AFILR, ABEELS, EEILNRTTU, HMNO, AENN

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein gepresstes Kohlestück.

1	STADT	AUSFAHRT
2	FELS	MANDAT
3	POLIZEI	SCHAFT
4	MODELL	KOPF
5	GAENSE	KAFFEE
6	FILM	KAPITAEN
7	DREH	MINE

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 langhalsiges Tier
2 das Meer betreffend
3 Anforderung, Obliegenheit

Mit Herz und Verstand für Ostpreußen

Ostpreußische Landesvertretung bestätigte LO-Bundesvorstand im Amt

„Wirken für Ostpreußen. Gemeinsam, zukunftsgerichtet, entschlossen“. So hätte man die diesjährige Sitzung der Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) überschreiben können. Die OLV ist die Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und vereinsrechtlich deren oberstes Beschlussorgan, das für die Bestimmung der Leitlinien, grundsätzliche Entscheidungen und die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes zuständig ist. Politisch gesehen nimmt sie die Rolle eines Exilparlaments der vertriebenen Ostpreußen wahr, das sich für deren Interessen und Rechte einsetzt. Wichtigster Tagesordnungspunkt bei der Versammlung am vergangenen Wochenende im Ostheim in Bad Pyrmont war die turnusmäßige Neuwahl des Vorstandes. Daneben standen Routineangelegenheiten wie die Entgegennahme der Rechenschaftsberichte, die Entlastung des Vorstandes und die Verabschiedung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2014 auf der Agenda des höchsten Beschlussgremiums der LO.

Zu Beginn der Versammlung verabschiedete Stephan Grigat, Sprecher der LO, zwei langjährige Mitglieder aus dem Kreis der OLV. Alois Steffen war von 1990 bis 2013 als Heilsberger Kreisvertreter tätig, Ewald Rugullis von 1989 bis 2012 als Kreisvertreter Memel-Land. Beide sind mit dem Ende ihrer Tätigkeit als Kreisvertreter automatisch aus der OLV ausgeschieden. Grigat dankte ihnen im Namen der Versammlung für ihr engagiertes Wirken und ihre Verdienste um Ostpreußen und die LO.

In seinem Tätigkeitsbericht informierte Grigat die Delegierten über seine zahlreichen Gespräche mit Politikern, Gremien, Vertretern von Institutionen und Verwaltungen sowohl hierzulande wie in Ostpreußen. Dabei betonte er besonders die gute Vernetzung der LO mit Parlamenten und Behörden diesseits und jenseits der politischen Grenzen, die Ostpreußen heute teilen und von uns trennen. Beispielsweise sei es ein großer Erfolg, wenn die LO mittlerweile auf Wojewodschaftsebene als Gesprächspartner nicht nur akzeptiert, sondern auch geschätzt werde. Weiter berichtete Grigat über die erfolgreiche Durchführung des Deutsch-Russischen Forums in Duisburg, des Kommunalpolitischen Kongresses in Allenstein und der erstmalig veranstalteten Sommerolympiade für die Jugend der deutschen Vereine in Ortelsburg, die vom polnischen Innenministerium gefördert werde. Beide Veranstaltungen seien inzwischen als feste Größen etabliert. Zudem berichtete Grigat über seine Tätigkeit im Beirat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und als Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen. Die drei Jahre seit seiner Wahl zum Sprecher der LO seien eine „veranstaltungslastige, aber überaus erfolgreiche Zeit“ gewesen, so Grigat. Zum Schluss machte er deutlich: „Ostpreußen ist und bleibt das Thema der LO.“ Es gehe darum, das Wissen um Ostpreußen zu bewahren und die historische Wahrheit zu betonen. Damit sei die LO „auf Dauer ausgelegt“. Demzufolge trat Grigat auch unmissverständlich der Annahme entgegen, es gäbe in der LO angesichts des langsamen Dahinscheidens der Erlebnisgeneration irgendwelche Abwicklungstendenzen.

Sein Bericht wurde vom Plenum ebenso wie die Berichte des Bundesgeschäftsführers, des Chefredakteurs der *PAZ*, der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, des Referats Heimatpolitik der LO und des Bundes Junges Ostpreußen nach kurzer Aussprache zustimmend zur Kenntnis genommen. Gleiches galt für den Jahresbericht und die Jahresrechnung des Schatzmeisters, dem die Rechnungsprüfer ein wahrlich preußisch korrektes Handeln sowie der LO und der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* ein grundsolides finanzielles Fundament bescheinigten. Danach waren die Entlastung des Vorstandes und die Genehmigung des Wirtschaftsplans für das Haushaltsjahr 2014 nur noch eine Formsache.

Die turnusmäßige Neuwahl des Vorstandes lieferte einen überzeugenden Vertrauensbeweis in die bisherige Führung: Alle Vorstandsmitglieder wurden mit einer klaren Mehrheit im Amt bestätigt. Damit bleibt Stephan Grigat Sprecher der LO, Gottfried Hufenbach sein Stellvertreter und Friedrich-Wilhelm Böld Schatzmeister. Hans-Jörg Froese, Stefan Hein, Uta Lüttich, Brigitte Stramm und Wolfgang Thüne werden auch zukünftig dem Vorstand als weitere Mitglieder angehören.

Nachdem die OLV vor zwei Jahren zeitgemäße Ziele für die zukünftige landsmannschaftliche Arbeit formuliert hat, blieb ihr in diesem Jahr vor allem die Erledigung routinemäßiger Aufgaben. Dennoch wurde an der einen oder anderen Stelle der Tagesordnung leidenschaftlich aber stets sachlich und konstruktiv diskutiert. Vor Beginn des offiziellen Teils der Versammlung hatte Dawid Banach, evangelischer Pfarrer in Suwalki und Goldap, in seinem Geistlichen Wort dazu aufgerufen, sich für das Gemeinwesen und die Bedürftigen zu engagieren. Wer Gutes tun könne und es nicht tue, begehe eine Sünde, so Banach.

Die OLV hat durch ihren harmonischen Verlauf und Geschlossenheit bei den Abstimmungen gezeigt, dass sie Gutes tun kann, Gutes tun will und Gutes tut. Gemeinsam für Ostpreußen und die Ostpreußen, mit Herz und Verstand. *Jan Heitmann*



Mit klarer Mehrheit von der OLV im Amt bestätigt: Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen, Stefan Hein, Brigitte Stramm, Hans-Jörg Froese, Friedrich-Wilhelm Böld, Bundesgeschäftsführer Sebastian Husen, Stephan Grigat, Wolfgang Thüne, Gottfried Hufenbach, Uta Lüttich (v.l.)
Unten: Für verdienstvolles Engagement geehrt: LO-Sprecher Stephan Grigat zeichnet Ewald Rugullis, Kreisvertreter von Memel-Land von 1989 bis 2012, mit dem Goldenen Ehrenzeichen aus. Bild: J.H.



Der Vogelprofessor

Johannes Thienemann: Erforscher der Vogelzüge – Vor 150 Jahren kam er in einem thüringischen Pfarrhaus zur Welt

Auf der Kurischen Nehrung entstand die erste ornithologische Forschungsstation: die Vogelwarte Rossitten. Ihren Gründer, den am 12. November 1863 geborenen Johannes Thienemann, kannte *PAZ*-Autorin Ruth Geede noch persönlich.

Wer ihn gekannt hat, wird ihn nie vergessen. Und ich habe ihn gekannt, den Mann im Jägerrock mit der Pfeife im Mundwinkel, den Mann mit dem immer wachen, forschenden Blick. Ich hatte das Glück, ihn schon als Kind kennenzulernen, von ihm durch sein Haus, die Vogelwarte Rossitten, geführt zu werden, ihm immer wieder in seinem geliebten Rossitten zu begegnen, zu dem er gehörte wie die Wanderdüne, wie der Elchwald, wie die Kurenwimpel auf den Haffkähnen.

Er, den man nur den „Vogelprofessor" nannte, weil ihn seine Forschungen über den Vogelzug populär gemacht hatten: Prof. Dr. Johannes Thienemann, Gründer der ersten ornithologischen Forschungsstation der Welt, der Vogelwarte Rossitten, dessen Forschungsergebnisse bahnbrechend für die europäische Ornithologie wurden. Geboren wurde er aber nicht in dem für seine wissenschaftlichen Forschungen geradezu prädestinierten Ostpreußen, sondern vor nunmehr 150 Jahren, am 12. November 1863, im thüringischen Gangloffsömmern.

An dem alten Pfarrhaus hängt heute eine Gedenktafel und die Straße, an der es liegt, trägt seinen Namen. Beide Ehrungen sind einer Ostpreußin zu verdanken, die – unweit des Kurischen Haffes geboren – das Schicksal nach Thüringen verschlug. Margarete Ritter konnte im Jahr 2001 die Gedenktafel enthüllen und trägt somit dazu bei, dass der Vogelprofessor in seiner Geburtsheimat nicht in Vergessenheit gerät. In seinem geliebten Rossitten, das heute Rybatschi heißt, befindet sich an dem alten Wohnhaus der Familie eine zweisprachig beschriftete Holztafel. Und in Königsberg ist der Name Johannes Thienemann auf der Tafel „Bedeutende Gelehrte der Universität Königsberg" zu finden, die 2012 im Dom enthüllt wurde.



Thienemann (oben) und sein heutiges Erbe: Netze zur Beringung der Vögel in Rossitten

Gewöhnlich pflegt man über erfolgreiche Persönlichkeiten, die erst über Umwege zu Ruhm und Ehre gelangten, zu sagen, es sei ihnen nicht an der Wiege gesungen. Bei Thienemann haben aber mit Sicherheit einige Vögel gezwitschert, denn Vater wie Großvater beschäftigten sich intensiv mit Vogelkunde. Das scheint eine Leidenschaft der Thüringer Pastoren zu sein, denn auch der Vater des wohl bekanntesten deutschen Naturforschers und Tierschriftstellers, Alfred Brehm, war als „Vogelpastor" bekannt und wurde zum Mitbegründer der wissenschaftlichen Ornithologie.

Als Johannes zehn Jahre alt war, wurde er durch einen Besuch Alfred Brehms im elterlichen Pfarrhaus angeregt, ein ornithologisches Tagebuch zu führen. Trotzdem folgte er zuerst der Familientradition und studierte in Leipzig und Halle Theologie, aber der Vogelkunde galt weiterhin seine Liebe. Die dann schließlich doch zu seinem Lebensinhalt wurde, als er die Kurische Nehrung als noch bis dahin weithin unbekanntes Forschungsgebiet entdeckt hatte.

Das war im Jahr 1896. Der junge Theologe, der nach abgeschlossenem Studium im Schuldienst tätig war, wählte auf Rat eines Freundes als Ferienziel die Kurische Nehrung und war sofort von dieser Urlandschaft zwischen Haff und See gefangen, wie er 30 Jahre später schrieb: „Hier fand ich innigsten Verkehr in und mit der Natur, einer Natur, wie sie urwüchsiger und unverfälschter nicht sein kann. Da wurde etwas lebendig in mir, was bis dahin geruht und auf das Erwecken gewartet hatte: eine grenzenlose Begeisterung für dieses Fleckchen Erde." Sie ließ ihn nicht mehr los, so dass er zuerst einmal Hauslehrer bei dem Gutsbesitzer Hoffmann in Rossitten wurde. Er lebte nun mitten in einer der größten Vogelzugstraßen Europas, deren Bedeutung für die ornithologische Forschung überhaupt noch nicht erkannt worden war. Es gab Tage, an denen in nur drei Stunden über 300 000 ziehende Vögel geschätzt wurden.

Für Thienemann erfüllten sich die Träume seiner Jugend, er fand hier das Land, das ihm die Lebensaufgabe bot, die er sich immer ersehnt hatte. Aber zugleich erkannte er, dass er auch die wissenschaftliche Grundlage für seine geplanten und bereits begonnenen Forschungsarbeiten benötigte. Als er 1901 mit dem Zoologie-Studium an der Königsberger Albertina begann, errichtete er zugleich die erste ornithologische Forschungsstation der Welt, die Vogelwarte Rossitten. Hier führte Thienemann die von dem dänischen Ornithologen Hans Christian Cornelius Mortensen entwickelte systematische Beringung von Zugvögeln zur Erforschung ihres Zugverhaltens weiter. Zuerst unter schwierigen Umständen, die dann durch den Bau einer Forschungsstation im Kupstengebiet südlich von Rossitten beseitigt werden konnten.

> Eine der größten Vogelschutzzonen

Der 1908 errichtete einfache Holzbau, nach seinem Stifter, dem Rittergutsbesitzer Ulmer aus Quanditten, „Ulmenhorst" benannt, wurde nach seiner Zerstörung im Ersten Weltkrieg durch einen Massivbau ersetzt, der dem Vogelprofessor optimale Bedingungen für seine Beobachtungen bot, die er an Ort und Stelle wissenschaftlich auswerten konnte. Das Vogelberingungswerk und die Orientierungsversuche an Schwalben und Weißstörchen wurden bahnbrechend für die deutsche Ornithologie, ebenso die Versuche zur Ansiedlung von Weißstörchen, für die das Storchenland Ostpreußen ideale Voraussetzungen bot.

Die in höchstem Ansehen bei Wissenschaftlern stehende Vogelwarte Rossitten erlangte durch die umfangreichen Veröffentlichungen und Berichte Thienemanns Weltruhm. Der volksnahe Wissenschaftler, der für jeden Besucher des 1932 errichteten Vogelwarte-Museums ansprechbar war – und das waren jährlich etwa 25 000 Besucher – erhielt nicht umsonst den populären Namen „Vogelprofessor": Nach seiner Promotion 1906 war er von der Universität Königsberg zum außerordentlichen Professor ernannt worden. Auch im Ruhestand blieb er seinem Rossitten treu bis zu seinem Tod, der ihn am 16. April 1938 vollkommen unerwartet auf seinem Grundstück ereilte.

Der Vogelprofessor hat die Vertreibung aus seinem Paradies nicht mehr erleben müssen. Sein Grab liegt verborgen im Nehrungswald, aber es ist nicht vergessen, wie die vor dem Stein niedergelegten Blumensträuße beweisen. Anlässlich seines 75. Todestages im letzten April nahm eine Labiauer Reisegruppe aus der Bundesrepublik für Margarete Ritter einen Blumenstrauß mit als Gruß aus seiner Geburtsheimat. Auf das Grab gelegt wurde er von Casimir Bolshakov, dem jetzigen Direktor der ornithologischen Forschungsstation Rybatschi, die von der deutschen Heinz-Sielmann-Stiftung unterhalten wird. Sie arbeitet mit der Vogelwarte Radolfzell zusammen, die seit 1946 Nachfolgeeinrichtung der Vogelwarte Rossitten ist. In seinem Buch „Rossitten", das Thienemann 1928 in „Ulmenhorst" schrieb, leben der Vogelprofessor und seine geliebte Nehrung weiter. *Ruth Geede*

Napoleon ließ auf sich warten

Die Völkerschlacht begann mit zwei Stunden Verspätung – jedenfalls bei deren »Nachspiel« vor den Toren des heutigen Leipzig

An diesem Morgen gleicht die Fahrt mit der Straßenbahn in den Süden Leipzigs einer Zeitreise. Das entscheidende Gefecht von 1813 gegen den „großen Schlachtenlenker" soll historisch korrekt nachgestellt werden. Die Bahnreisenden fallen direkt in eine Gruppe Soldaten mit bunten Uniformen. Blau und rot leuchten sie in der Herbstsonne. Als der Tross sich in Bewegung setzt, laufen alle mit.

Auf einer Anhöhe direkt vor ihnen liegt ein riesiges Stoppelfeld. Die Weite erzeugt das Gefühl, dass es so gewesen sein könnte. Damals vor 200 Jahren, als Napoleon hier den Anfang vom Ende erleben musste. Bis zum Horizont hocken versprengt überall Soldatenhaufen. Einige Reiter kommen im wilden Galopp quer übers Feld, direkt auf die gerade dem 21. Jahrhundert entstiegenen Städter zu. Die Röcke fliegen, die Pferde schnaufen hörbar. Marketenderinnen schlurfen vorbei mit schwerem Gepäck. Einige Soldaten hocken müde auf kleinen Holzwagen, versuchen ihre Pfeifen anzuzünden. Keiner nimmt Notiz von den Gästen. Per Tarnkappe stolpern sie durch ein historisches Gemälde.

> Als Preuße ins Lager der Franzosen verirrt

„Sind Sie Preußen?", fragt eine Dame mit hohen Absätzen eine Gruppe Waffenträger in Blau. Mit dem Sturm der Entrüstung bei den jungen Männern hat sie nicht gerechnet und verlässt das Ensemble schnell. Was sie ihr noch hinterher rufen, nimmt sie nicht mehr wahr. Der Eingang zum Geschehen liegt woanders. Also abdrehen, rechts den Hügel hinunter und dann anstehen.

Die Schlangen, die sich vor dem Eingang bilden, erinnern an jüngste Geschichte. „Wie vor '89 an den Grenzkontrollpunkten", ärgert sich ein Wartender. Die Passanten bleiben ruhig. Die Eintrittskarten sind bezahlt. 15 Euro für einen Stehplatz. Wer mehr übrig hat, kann sich auf einen Tribünenplatz freuen. Eine Schneise zwischen Anwohnergärten rechts und einer Mauer links bildet die Gasse zum Eingang. Drei Schritte in 30 Sekunden. Langsam windet sich der Lindwurm Richtung Tor zum Einlass.

„Glasflaschen dabei?", ruft ein Wächter und rupft an den Rucksäcken. „Mein schönes Wasser!", kreischt eine Besucherin und lässt ihr Mineralwasser nicht los. Wie der Kampf ausgeht, ist unwichtig. Hoffnung breitet sich aus. Endlich angekommen. Auf einer Fläche von fünf Quadratkilometern nehmen Kostümierte ihre Positionen ein, üben ihre Darstellungen durch oder ruhen aus. Die direkten Anwohner sind aus ihren Häusern auf die Dächer gestiegen. Erinnerungen an die TV-Bilder von der Katrina-Flut in New Orleans werden wach. Nur, dass damals niemand mit Stativ, Kamera und Klappstuhl auf den Flachdächern hockte. Eine Familie hat sich eine Hydraulik-Rampe gemietet und steht nun stolz mit allen zusammen auf dem ausgefahrenen Gerät. Sekündlich füllt sich der Platz für die Zuschauer.

Die Tribünenplätze sind im Nu besetzt. Schon nach einer halben Stunde, wenn die Füße langsam müder werden, verflucht man seinen Stehplatz. Ein Zelt mit winziger Öffnung verspricht Hoffnung, doch noch etwas mehr sehen zu können. Schnell wird klar, dass es sich um den VIP-Bereich handelt. Kein Eingang für Normal-Sterbliche. Dem Fußvolk qualmen die Socken. Viele hocken sich einfach auf den durchgeweichten Boden. Direkt neben den Pferdemist. Die Wege füllen sich. Bald ist kein einziges Fleckchen Zaun mehr zu sehen. Die Menschen stehen in Zehnerreihen hintereinander. Dekorationsobjekte, Wassertanks, Container oder Befestigungssteine werden zu Sitzplätzen oder Aussichtstürmen. Eine Kleinfamilie hat sich auf einem gusseisernen Herd postiert. Gierig schauen andere, ob die vielleicht doch noch ein winziges Plätzchen frei lassen.

Müde Krieger: Völkerschlacht-Akteure machen Pause Bild: Friedrich

Im Hintergrund näselt ohne Unterlass eine Stimme ins Mikrofon. Kaum zu verstehen. „Zu viele Gäste, die noch draußen anstehen", verkündet die Stimme, „der Beginn der Völkerschlacht wird um zwei Stunden verschoben." „Das dürfte man in USA nicht machen", ruft ein Gast aus den Vereinigten Staaten. Die Menschen um ihn herum nicken. Auf den überfüllten Gehwegen tummeln sich nun über 30 000 Besucher. Die Sicht ist verstellt. Man trippelt die Wege hoch und runter. Die Imbisse und Getränkestände scheinen überfordert.

An den Kassen sollen sie nun endlich aufgehört haben, weitere Tickets zu verkaufen. Ein Stand, an dem vorhin noch Pferdegulasch verkauft wurde, hat inzwischen geschlossen. Ausverkauft. „Wie kann man nur?", empört sich eine Pferdefreundin mit Blick auf die noch lebenden Rösser. Im vorderen Bereich des Geländes ist noch ein Blick zu erhaschen. Dort nehmen die Franzosen Aufstellung. Und tatsächlich, da steht er. Mit Hut in Querlage und leichtem Bauchansatz: Napoleon. Er schaut freundlich, der Kaiser der Franzosen, und parliert mit seinen Soldaten. „Vive la France!", brüllen die, so dass man sich erschrieckt. Sie schicken gleich noch ein „Vive, l'Empereur", hinterher.

> Stark nachgefragt: Pferdegulasch

Zwei Stunden sind um. Die Trommeln rufen endlich zur Schlacht. Vereinzelt hört man bereits Schüsse aus der Ferne. Der Stolz der Franzosen auf ihren Kaiser ist auch nach 200 Jahren ungebrochen. Ein Besucher aus Frankreich hebt nacheinander seine Kinder auf die Schultern: „Vas-y! Vive l'Empereur!" (Mach schon, es lebe der Kaiser!). Die Kinder zögern. Da helfen alle Ermunterungen nicht. Der Mann auf dem Feld da vor ihnen, „avec un grand chapeau sans plume" (mit großem Hut ohne Feder), wie der Vater immer erneut erklärt, hört sicher sowieso nichts. Napoleon hat anderes zu tun. Seine Mannen in Aufstellung zu bringen zum Beispiel.

Und dann donnern die Kanonen. Sie erwischen einen ganz unvorbereitet. Der Schall dringt durch Mark und Bein. „Wir haben vergessen, wie laut Krieg eigentlich ist", sagt ein Beteiligter. Wahrlich, dass Kanonen so laut sind, dass man sich Sorgen um das Trommelfell machen muss, ahnte man vorher nicht. Die Organisatoren haben dafür gesorgt, dass Besucher Ohrstöpsel erwerben können. Ein Paar für einen Euro. Als das Gefecht tobt, zurrt man sie aus den Hosentaschen. Eine Gruppe Bundeswehrsoldaten versucht, Blicke vom Geschehen zu erhaschen. Über den Kampfplatz wabern Nebelschwaden der Kanonen.

Dass Tausende Uniformierte aller historischen Waffengattungen nun aufeinander zu marschieren, um ein historisches Großereignis erlebbar zu machen, können nur die sehen, die auf den Tribünen hocken. Alle anderen sind enttäuscht. Für viele ist die Schlacht schon lange vor dem Sieg über Napoleon beendet. Vorzeitig streben Hunderte dem Ausgang zu und wollen zurück ins 21. Jahrhundert. *Silvia Friedrich*



Auf ewig eingebrannt

Rentner über Fluchttrauma

In der kleinen Bauernschaft Scheeren am Ruß-Strom zum Kurischen Haff wurde Harry Schmeil im März 1940 geboren. Nur die wenigen Jahre seiner frühen Kindheit verlebte Schmeil in seiner Heimat, dem Memelland, das er seit der Flucht 1944 nicht wiedergesehen hat. Schmeil war Stadtplaner in Rotenburg/Wümme, ist chronisch krank und leidet seit zwölf Jahren an einem schweren posttraumatischen Belastungssyndrom. Eindeutig handelt es sich um eine Spätfolge von schockierenden Eindrücken und Angstzuständen im Kindesalter.

Schmeils Kindheit ist durch die Schrecken der Flucht aus Ostpreußen und einem Selbstbehauptungskampf als Flüchtlingskind geprägt. Ermutigt durch seine Frau hat er seine Lebenserinnerungen aufgeschrieben. Mit Hilfe zweier Lektorinnen wurde das Manuskript bis zur Druckreife überarbeitet. Seinem Buch gab er den Titel: „Angst vor der Nacht. Ein Jungchen aus Ostpreußen. Die Flucht dauerte drei Jahre!“ Das Buch überrascht durch eine Detailfülle, was daran liegt, dass der Autor früh das Gespräch mit Eltern, Verwandten und Freunden gesucht hat, um seine eigenen bruchstückhaften Erinnerungen mit denjenigen der anderen abzugleichen.

Von seinen Eltern erfuhr er Näheres über das Leben auf dem Erbhof seines Vaters. In den letzten Kriegsjahren war sein Vater Frontsoldat. Niemand außer dem Pflichtjahrmädchen Hilde nahm sich Zeit für das Einzelkind Harry. In der Erntezeit 1944 hörte man in der Ferne zum ersten Mal ein Donnergrollen und jeder wusste: Die Front rückt näher. Nach einem vom deutschen Militär vereitelten ersten Fluchtversuch verließen der vierjährige Harry, seine Mutter, Hilde und der polnische Arbeiter Kasimir wenig später Haus und Hof. Der kleine Konvoi reihte sich in den endlosen Flüchtlingstreck ein. „Für uns begann die große Flucht mit all ihren Nöten, Ängsten, Morden, Totschlägen, Vergewaltigungen, Hunger und Durst.“ Von Hilde, die nach Kanada auswanderte und mit der er bis heute befreundet ist, ließ sich Schmeil später von dem ungeheuerlichen Drama des Luftangriffs auf Königsberg mit Phosphorbomben erzählen. Aus 50 Kilometern Entfernung erblickten die Flüchtlinge von einem Hügel aus „eine Feuersbrunst, die sich wie flüssiges Magma aus einem Vulkan aus Königsberg heraus wälzte wie zu einem gigantischen Sonnenuntergang“.

Der Autor erzählt lebhaft, manchmal aufgeregt, stellt Querverweise her und wertet das Geschehen. „Fest verschnürt bis heute lagern diese Bilder in dem eisigen Keller meines Unterbewusstseins und bemächtigen sich meiner Nacht für Nacht.“ Bei Kriegsende waren sie in Stettin. Kasimir hatte sie verlassen, nach seinen eigenen Worten, um sich vor den Russen zu retten. Von den Abenteuern einer Gruppe von hungrigen Kindern, die in den Ruinen Stettins herumstrolchten, handelt das Kapitel „Trümmerforscher und Geisterjäger“. Schmeil konstatiert: „Wenn ich heute einen Begriff für Zeit fände, würde ich glatt behaupten: Ich war schon nach all dem, was ich damals gesehen und erlebt habe, mindestens 100 Jahre alt.“ Durch den Suchdienst des Roten Kreuzes erhielt seine Mutter 1946 die Nachricht, dass sich ihr Mann in Busdorf in Schleswig-Holstein aufhielt. Dorthin zogen sie, und dort wurde Schmeil eingeschult. Als „Flüchtlings-Lorbass“ musste er täglich mit Anfeindungen seiner Mitschüler fertig werden. Anfang der 50er Jahre fand sein Vater Arbeit als Bergmann im Ruhrgebiet. „Endlich fort aus diesem verfluchten Busdorf.“ *Dagmar Jestrzemski*

Er sah Königsberg in Flammen aufgehen

Harry Schmeil: „Angst vor der Nacht. Ein Jungchen aus Ostpreußen. Die Flucht dauerte drei Jahre!“*, Bod, Norderstedt 2013, geb., 165 Seiten, 18,90 Euro*



In den Klauen der Blutroten

Anne Applebaum über Osteuropa unter der Fuchtel der Sowjets

An einem Wintertag zu Beginn der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts wurde der polnische Rundfunkredakteur Andrzej Zalewski zum Chef seiner Radioanstalt zitiert. Anlass war eine Wettermeldung, die besagte: „Eine Kaltfront nähert sich von Russland.“ Zalewski musste sich eindringlich belehren lassen, „dass von Osten nur warme, gute Dinge kommen.“ Diese Episode illustriert perfekt den Orwellschen Wahnsinn, der in den Ländern hinter dem „Eisernen Vorhang“ herrschte. Überliefert wird sie in Anne Applebaums fesselndem Werk „Der Eiserne Vorhang. Die Unterdrückung Osteuropas 1944 bis 1956“ über die Zustände im sowjetisch beherrschten Osteuropa, in dem viele solcher Zeitzeugen wie Zalewski zu Wort kommen. Andererseits hat die in Washington geborene Historikerin, Journalistin und Pulitzer-Preisträgerin, welche mit dem polnischen Außenminister Radek Sikorski verheiratet ist, aber auch zahlreiche schriftliche Quellen in mittel- und osteuropäischen Archiven ausgewertet, insonderheit in Polen, Ungarn und auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Deshalb konzentriert sie sich in ihrer Schilderung, die die brutale Energie und Systematik aufzeigen soll, mit der die Herrschaft des Kommunismus unter sowjetischer Fuchtel etabliert wurde, auch vorrangig auf diese drei Länder.

Applebaum beginnt mit einer ungeschönten Beschreibung der rechtlosen Verhältnisse, welche den Vormarsch der Roten Armee ab 1944 begleiteten und noch lange nach Kriegsende fortbestanden. Und sie demonstriert anhand zahlreicher Beispiele, dass sich der Terror der Sowjets und ihrer einheimischen Helfershelfer keineswegs nur gegen Deutsche richtete, sondern auch gegen Juden, Intelligenzler und Kleriker. Deshalb fällt es dem Leser ausgesprochen schwer, einen qualitativen Unterschied zu dem zu erkennen, was zuvor unter nationalsozialistischer Besatzung Usus gewesen war.

Desweiteren enthält das Buch, an dem Applebaum immerhin sechs Jahre gearbeitet hat, sehr detaillierte und aufschlussreiche Aussagen über die Etablierung von Geheimpolizeien nach sowjetischem Vorbild. Hier spürt man besonders deutlich, dass die Autorin aufgrund ihrer persönlichen Beziehungen Zugang zu bisher verschlossenen Archiven in Osteuropa hatte. So kann sie unter anderem darlegen, wie die Sowjets schon im Herbst 1940 damit begannen, Kader für die spätere polnische Staatssicherheitsbehörde UB auszubilden.

Warum gab der Westen Polen einfach auf?

Breiten Raum nimmt außerdem auch die ideologische Indoktrination und Gängelung der Menschen hinter dem „Eisernen Vorhang“ ein. Kenntnisreich wie kaum ein zweiter westlicher Autor vor ihr beschreibt Applebaum die totalitäre Durchdringung der Gesellschaft zum Zwecke der Schaffung eines willfährigen „Homo sovieticus“, und lässt dabei keinen wesentlichen Bereich des Alltagslebens aus. Dadurch entsteht ein Bild, das sich enorm von dem unterscheidet, welches linksgerichtete Historiker – auch und gerade in der heutigen Bundesrepublik – vom „real existierenden Sozialismus“ zu zeichnen pflegen.

Die Darstellung endet mit Ausführungen über den antikommunistischen Widerstand in der DDR, Polen und Ungarn, der 1953 beziehungsweise 1956 in einer veritablen Revolution oder zumindest Arbeiteraufständen mündete, die damals noch von den Sowjets und ihren Satelliten niedergeschlagen werden konnten.

Betrachtet man das Buch in seiner Gesamtheit, so stößt man immer wieder auf die explizit oder implizit gestellte Frage, warum der Westen hier so nachgiebig verharrte und zudem ein Land wie Polen, wegen dem Großbritannien und Frankreich Deutschland noch vor wenigen Jahren den Krieg erklärt hatten, einfach aufgab. Applebaums Antwort hierauf lautet, dass die Regierungen in Washington und London sowohl von Naivität als auch von Pragmatismus und oft sogar von Fatalismus gelenkt worden seien. Dahingegen verneint sie die Möglichkeit einer Einflussnahme von Seiten der reichlich vorhandenen Sowjetsympathisanten. Dies freilich kann man auch durchaus anders sehen. *Wolfgang Kaufmann*

Anne Applebaum: „Der Eiserne Vorhang. Die Unterdrückung Osteuropas 1944 bis 1956“*, Siedler, München 2013, geb., 639 Seiten, 29,99 Euro*



Provokation pur

Historiker über polnische Großmachtphantasien zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Während der Historiker und Cambridge-Professor Christopher Clark mit seinem neuen Buch „Die Schlafwandler“ viel mediale Aufmerksamkeit genießt und dafür gelobt wird, dass er einer breiten Öffentlichkeit deutlich macht, dass der Erste Weltkrieg nicht von Deutschland allein verschuldet wurde, sondern vielmehr auch viele Nationen eine Teilschuld an dessen Ausbruch trifft, versucht der deutsche Historiker Stefan Scheil eine ähnliche Position bezüglich des Zweiten Weltkriegs zu verbreiten. In „Polen 1939. Kriegskalkül, Vorbereitung, Vollzug“ schreibt Scheil über die Aggressionen die nach dem Ersten Weltkrieg von polnischer Seite gegen Deutschland, aber auch gegen andere Länder ausgegangen seien. Er betont zwar im Vorwort, dass er damit nicht die Schuld des nationalsozialistischen Deutschlands kleinreden wolle, doch das reicht in der politisch korrekten Historikerzunft nicht, um akzeptiert zu werden.

Anhand zahlreicher Zitate polnischer Politiker belegt Scheil den Expansionsdrang des jungen Staates Polen, der, kaum sei er endlich unabhängig und selbstständig gewesen, nicht nur davon geträumt habe, seinen deutschen und russischen Erzfeinden Gebiete abzunehmen. Auch Weißrussland, Litauen oder die Ukraine sollten Federn lassen, so dass Polen von der Ostsee bis ans Schwarze Meer und im Westen an die Oder reichen sollte. Zur Erreichung dieses Ziels seien vor allem Frankreich und Großbritannien als Partner umworben worden, während im eigenen Land nicht-polnische Bevölkerungsteile polonisiert oder außer Landes gejagt worden seien. Vor allem die deutsche Bevölkerung sei massiv drangsaliert worden. Im Zusammenhang mit nicht polonisierungsfähigen Masuren schreibt Scheil sogar von „Ausrottungspolitik“, was ein sehr drastischer Begriff ist, der aber auf eine polnische Quelle Bezug nimmt, in der im Zusammenhang mit jenen Bevölkerungsteilen von „Parasiten“ gesprochen wird. Derartige Hinweise passen jedoch nicht in die bei Historikern etablierte These, dass Polen grundsätzlich Opfer gewesen sei.

Doch auch wenn der Autor deutlich macht, dass das deutsch-polnische Verhältnis schon lange vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zerrüttet war, vor allem weil von polnischer Seite häufig Grenzverletzungen verübt worden seien, so hat der lange Aufsatz – denn viel mehr stellen seine Ausführungen nicht dar – etwas Trotziges an sich. Vor allem seine Faktensammlung passt vom Stil eher zu einer Streitschrift, statt zu einer wissenschaftlichen Arbeit. Dort geht es über fast sechs Seiten auf folgende Weise: „Wurden in Polen seit Ende des 19. Jahrhunderts Ansprüche auf deutsches Territorium formuliert? Ja. Erstreckten sich diese Forderungen nur auf Gebiete, die mehrheitlich polnisch besiedelt waren? Nein.“ Dies ist zwar informativ, für Scheils Gegner aber Provokation pur. *Bel*

Stefan Scheil: „Polen 1939. Kriegskalkül, Vorbereitung, Vollzug“*, Verlag Antaios, Schnellroda 2013, geb., 96 Seiten, 8,50 Euro*

Gegen blinden Staatsglauben

Kurzweiliges Porträt des Nobelpreisträgers und Ökonomen Friedrich August Hayek

In einer anwachsenden Taschenbuchreihe stellt die „Frankfurter Allgemeine“ in ihrem Buchverlag bedeutende Ökonomen vor, darunter auch den Nobelpreisträger von 1974: Friedrich August von Hayek (1899–1992). Karen Ilse Horn, frühere Wirtschaftsredakteurin der „FAZ“ und jetzige Vorsitzende der Friedrich von Hayek-Gesellschaft, erzählt kurzweilig über Hayeks wissenschaftliche Karriere und seine beruflichen Stationen in London, Chicago, Freiburg und Salzburg. Damit beteiligt sie sich auch indirekt an der politischen Debatte, weil derzeit gesellschaftliche Probleme vor allem durch die Kompetenzabgabe an die EU gelöst werden sollen und die Euro-Rettung über Rechtsbrüche erfolgt, während Hayek in „Die Verfassung der Freiheit“ von 1960 willkürliche Eingriffe des Staates ablehnte.

Hayek, der in Rechtswissenschaften und Wirtschaftswissen promovierte, bezeichnete in seinem 1944 erschienenen Buch „Der Weg zur Knechtschaft“ den Kommunismus und den Nationalsozialismus als zwei Spielarten des antiliberalen Totalitarismus und wies die sozialistischen Parteien darauf hin, dass „die Ausschaltung der spontanen Koordinationsleistung des Marktes zwangsläufig in eine Spirale des Interventionismus führt und am Ende die Freiheit zerstört“.

Während John Maynard Keynes, der andere Ansätze als Hayek verfolgte, das Buch lobte, reagierten Linke verärgert. Hayek kritisierte den blinden Glauben an die Demokratie, weil erst die Begrenzung der Regierungsgewalt die Menschen vor Willkür bewahre. Damit zeigte er auch die Grenzen des modernen Wohlfahrtsstaates auf, der sich mit seinen gutgemeinten Eingriffen letztlich als totalitär entpuppen muss, weil „eine ‚Befreiung von wirtschaftlicher Sorge‘ überhaupt nur möglich ist, wenn man dem Individuum gleichzeitig die Notwendigkeit und die Möglichkeit der freien Wahl abnimmt. Und weil es in einer solchen Gesellschaft keine privaten Rückzugsmöglichkeiten mehr gibt“, fasst die Autorin Horn zusammen.

Kämpfer für die Freiheit

Nach der Lektüre von „Hayek für Jedermann“ kann man zum Schluss kommen, dass er sich bei Vertretern der heutigen Migrationsindustrie und des Gender Mainstreaming unbeliebt gemacht hätte, weil nach seiner Ansicht Gleichheit vor dem Gesetz und materielle Gleichheit sich einander ausschließen.

Nicht nur historisch interessierte, sondern auch tagespolitische Leser dürften ihre Freude haben, wenn Horn die Wirkung von Hayeks aufzeigt, dessen Ideen die von Ronald Reagan und Margaret Thatcher betriebene Politik marktwirtschaftlicher Reformen und Liberalisierung beeinflussten. Horn weist darauf hin, dass die Finanzkrise von 2008 ausschließlich als Marktversagen gedeutet wurde, ohne dass die Regierungen sich fragten, welche Fehler sie selbst „auf dem Weg in die Krise gemacht haben könnten“. Auf die Finanz- und Wirtschaftskrise werde aber nahtlos die Staatsschuldenkrise kommen, und darin könnte die Chance liegen, sich der Botschaften Hayeks zu erinnern: „Wer das Ringen um die Zukunft der Währungsunion betrachtet, wer die Zähigkeit des Reformwiderstandes sieht, der kann heute mit Blick auf die Politik nicht anders, als skeptisch zu sein und sich nach der abstrakten Disziplin der Märkte zu sehnen.“

Horns Fazit zeigt, dass vieles im politischen Geschehen nicht alternativlos ist, wie es von den Regierungen den Bürgern verkauft wird. Insofern ist „Hayek für Jedermann“ zwar auch an die Allgemeinheit gerichtet, aber vor allem Entscheidungsträger sollten das interessante Buch lesen, bevor sie sich erneut über die gültigen Regeln hinwegsetzen, um den Euro oder anderes zu retten. *Ulrich Blode*

Karen Ilse Horn: „Hayek für Jedermann“*, FAZ Buch, Frankfurt a. M., 2013, geb., 224 Seiten, 17,90 Euro*

Weitere Titel

Horst-Joachim Lüdecke: „Energie und Klima. Chancen, Risiken, Mythen“*, expert verlag, Renningen 2013, broschiert, 286 Seiten, 28,80 Euro*

Winfried Pielow: „Verschenktes Land. Ein neuer Inhaber fürs ostpreußische Schloss Friedrichstein“*, Edition Octopus, Münster 2012, broschiert, 323 Seiten, 16 Euro*

Wolf und Renate von Stralendorff: „Quo vadis, Deutschland? Nachdenken über die Heimat“, libergraphix*, Gröditz 2013, geb., 182 Seiten, 17,80 Euro*

Siegfried Joneleit: „So war mein Leben. Eine Kindheit zwischen Hakenkreuz und Judenstern“*, zu beziehen über den Autor: Telefon (07264) 7614, broschiert, 124 Seiten, 12,80 Euro*

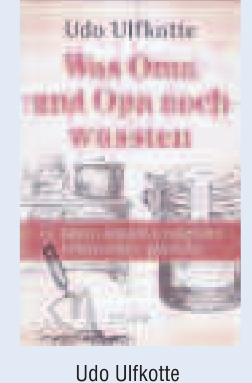
Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen
Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893



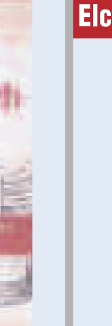




Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 S. mit einigen s/w. Abb.
Best.-Nr.: 3372



Udo Ulfkotte
Was Oma und Opa noch wussten
So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.
Geb., 233 Seiten
Best.-Nr.: 7225, € 19,99







Elchschaufel-Schirmmütze
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95







Preußen-Schirmmütze
dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

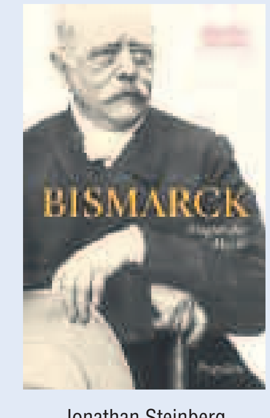
€ 19,95

Gottfried Piefke
Gottfried Piefke, Preußische Armeemärsche
Es spielt das Stabsmusikkorps Berlin unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
1. Preußens Gloria; 2. Der Alsenströmer; 3. Herwarth Marsch; 4. Erinnerung an Weimar; 5. Margarethen Marsch; 6. Gitana Marsch; 7. Düppeler Sturm Marsch; 8. Pochhammer Marsch; 9. Siegesmarsch von Metz; 10. Kaiser Wilhelm - Siegesmarsch; 11. Lymfjordströmer; 12. Der Königgrätzer Marsch; 13. Düppel - Schanzen - Sturm – Marsch.
Großer Zapfenstreich nach D.S. Bortnjanskij;
14. Anmarsch mit Parademarsch. Marsch des York'schen Korps; 15. Locken zum Großen Zapfenstreich; 16. Zapfenstreichmarsch 17. 1. Post; 18. 2. Post; 19. 3. Post; 20. Zeichen zum Gebet; 21. Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet; 22. Nationalhymne 23. Abmarsch
Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894

CD — € 14,95



Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen – die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes.
Geb., 395 Seiten, 123 Abb.
Best.-Nr.: 7209, € 19,80



Jonathan Steinberg
Bismarck Magier der Macht
Geb., 752 Seiten
Best.-Nr.: 7250, € 29,99

Birgit Kelle
Dann mach doch die Bluse zu
Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn
In Deutschland wird heftig diskutiert: über Frauenquote, Krippenplätze, Sexismus, über die Gleichstellung von Mann und Frau. Der eigentliche Skandal ist aber, dass diejenigen, die zu Hause bleiben und unsere Kinder erziehen, die Dummen sind. Warum eigentlich? Es ist doch das gute Recht jeder Frau, ihr Leben so zu leben, wie sie es glücklich macht. War der Feminismus nicht einst genau dafür eingetreten?
Auf dem Weg der gleichen Rechte ist etwas verlorengegangen. Nämlich die Freude, einfach Frau zu sein. Dieses Buch ist eine Ermutigung für alle Frauen, die es gerne sind, es zeigen und das auch nicht ständig rechtfertigen müssen. Für Mütter, die gerne Mütter sind und die berufliche Laufbahn hinten anstellen. Sie alle haben in Deutschland keine echte Lobby. Es ist höchste Zeit, gegen den Gleichheitswahn aufzustehen. „Es gibt hunderttausende Frauen wie mich in diesem Land. Frauen, die gerne Frauen sind, es gerne zeigen und das auch nicht ständig diskutieren müssen. Und Mütter, die gerne Mütter sind. Sie alle haben in Deutschland keine Lobby. Für sie ist dieses Buch. Als Bestätigung: Lasst euch nicht von eurem Weg abbringen, es ist gut und richtig, was ihr tut. Ihr dürft das! Und hört endlich auf, euch ständig zu rechtfertigen."
Birgit Kelle, Geb., 224 Seiten, Best.-Nr.: 7258

€ 17,99



Egmont R Koch
Lizenz zum Töten
Mord im Auftrag des Staates
Drohnen, Scharfschützen, Bomben, Giftanschläge.
Durch Hinrichtungen sind inzwischen mehr als 3000 Menschen im Auftrag demokratisch gewählter Regierungen getötet worden ohne Prozess, ohne das Recht auf Verteidigung und mit dem Risiko tödlicher Fehler. Egmont R. Koch weist in seinem aufsehenerregenden Buch nach, dass nicht nur Stasi und KGB sich über Recht und Gesetz stellten. Er enthüllt die skandalösen Mordpraktiken, mit denen Mossad und CIA unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung jenseits des Völkerrechts agieren.
Geb., 408 Seiten
Best.-Nr.: 7260

€ 22,99

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Altpreußische Militärmusik aus der Musiksammlung der Königlichen Hausbibliothek im Schlosse zu Berlin
Dirigent: Christian Blüggel
mit Begleitheft
01-12 Regimentsmärsche I
13-15 Dienststücke des Königsregiments
16-23 Musik der Kavallerie
24-27 Dienststücke des Regiments von Selchow
28-43 Feldstücke der Kavallerie
44-47 Feld- und Dienststücke des Regiments von Selchow
48-58 Regimentsmärsche II
Gesamtspieldauer: 69: 46 Min
Best.-Nr.: 7257



€ 15,95

Musik von Friedrich II.



Vol. I
Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 14,95



Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 14,95

Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 14,95

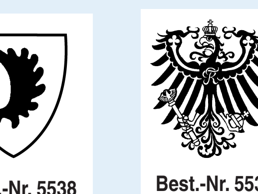
Rundstempel



Best.-Nr. 6216



Best.-Nr. 6472



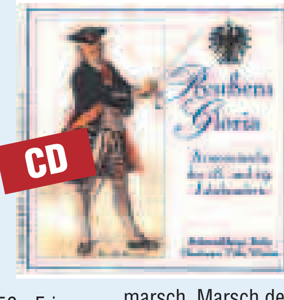
Best.-Nr. 5538

Best.-Nr. 5539





Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert
1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; 4. Der Mollwitzer - Friedrich II. von Preußen; 5. Der Kesselsdorfer - J. A. S. Scharlinsky; 6. Marsch B-Dur 1750 - Prinz A. W. von Preußen; 7. Marsch Es-Dur 1751 - Prinz A. W. von Preußen; 8. Marsch 1756 - Friedrich II. von Preußen; 9. Der Hohenfriedberger - Friedrich II. von Preußen; 10. Marsch Herzog von Braunschweig - Histor. Version; 11. Der Dessauer - Histor. Version; 12. Torgauer Parademarsch - Friedrich II. von Preußen; 13. Marsch des Hessischen Kreisregiments - Histor. Version; 14. Marsch 1837 aus Petersburg - Histor. Version; 15. Margarethen Marsch - Gottfried Piefke; 16. Kaiser Wilhelm Siegesmarsch - Gottfried Piefke; 17. Der Königgrätzer Marsch - Gottfried Piefke; 18. Düppel-Schanzen-Sturm-Marsch - Gottfried Piefke; 19. Siegesmarsch von Metz - Gottfried Piefke; Großer Zapfenstreich; 20. Anmarsch mit Parademarsch, Marsch des York´schen Korps - L. v. Beethoven; 21. Locken zum Großen Zapfenstreich; 22. Zapfenstreichmarsch; 23. 1. Post, 2. Post, 3. Post; 24. Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet u.v.m.
Best.-Nr.: 6899



€ 14,95

Pro Patria, Märsche und Lieder
1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

€ 17,95 — CD

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95



Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min,
29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203, € 12,95

Musique pour Luise
Das "Ensemble Sans Souci Berlin" unter der Leitung von Christoph Huntgeburth spielt 11 Musikstücke, die für die preußische Königin Luise komponiert wurden.
Prinz Louis Ferdinand
1 Notturno
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
2 L'Esperance
3 Le trois Graces
Johann Friedrich Reichardt: Sonate C-Dur für Flöte und Cembalo
4 Allegretto
5 Andante
6 Rondo. Vivace
Friedrich Heinrich Himmel
7 Favorit-Polonaise
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
8 Le Depart
9 Le Retour
Friedrich Heinrich Himmel aus Grand Sestetto
10 Andante sostenutto
11 Allegro giojoso
Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900

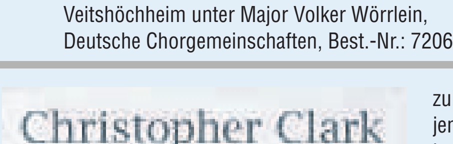


€ 14,95

Christopher Clark
Die Schlafwandler
Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog

Bahnbrechende neue Erkenntnisse über den Weg in den Ersten Weltkrieg 1914 Lange Zeit galt es als ausgemacht, dass das deutsche Kaiserreich wegen seiner Großmachtträume die Hauptverantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs trug. In seinem bahnbrechenden neuen Werk kommt der renommierte Historiker und Bestsellerautor Christopher Clark (Preußen) zu einer anderen Einschätzung. Clark beschreibt minutiös die Interessen und Motivationen der wichtigsten politischen Akteure in den europäischen Metropolen und zeichnet das Bild einer komplexen Welt, in der gegenseitiges Misstrauen, Fehleinschätzungen, Überheblichkeit, Expansionspläne und nationalistische Bestrebungen zu einer Situation führten, in der ein Funke genügte, den Krieg auszulösen, dessen verheerende Folgen kaum jemand abzuschätzen vermochte. Schon jetzt zeigt sich, dass "Die Schlafwandler" eine der wichtigsten Neuerscheinungen zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs sein wird.

Geb., 896 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 7259







€ 39,99

Aktion*



+++ gratis +++
Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie einen Ostpreußenaufkleber kostenlos dazu!!

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
45/13
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

»Das Kosovo ist Teil der Türkei«

Prizren – Bei einer umjubelten Rede in der kosovarischen Stadt Prizren hat der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan am 23. Oktober das Kosovo zum Teil der Türkei erklärt. Die Äußerungen lösten bei einigen europäischen Politikern Irritationen aus. Vor drei Jahren hatte bereits Ankaras Außenminister Ahmet Davutoglu anlässlich einer Rede im bosnischen Sarajewo angekündigt, das Osmanische Reich wiederherstellen zu wollen. *H.H.*

Geschichte ohne Oligarchen

Moskau – Das von Putin in Auftrag gegebene einheitliche Lehrbuch für Geschichte liegt als Entwurf vor. Die Namen der Oligarchen Beresowskij und Chodorkowskij fehlen, dafür wurden in dem Abschnitt über die Jahre 1991 bis 2012 ein Krimi-, ein Kultautor, ein Starpianist und eine erfolgreiche Schauspielerin aufgenommen. Protest gegen diesen Entwurf kam aus dem Nordkaukasus, weil ein Nationalheld der Schlacht um Stalingrad nicht erwähnt wird. *MRK*

ZUR PERSON

Eigennutz statt Prinzipientreue

So, wie der amerikanische Fernsehsender CNN ihn fälschlicherweise als deutschen Außenminister bezeichnet hatte, mag **Hans-Christian Ströbele (74)** sich wirklich gefühlt haben nach seiner Rückkehr aus Moskau. Ströbele genoss sichtlich vor laufenden Kameras den Wirbel, den sein Treffen mit dem amerikanischen Ex-Agenten Edward Snowden ausgelöst hatte. Das zur Selbstinszenierung neigende „grüne Urgestein" hatte das Treffen seit Monaten geplant. Da alle, die davon wussten, dicht gehalten hatten, war die Überraschung perfekt. Doch außer einem Brief an die Kanzlerin hatte Ströbele wenig im Gepäck, er gab eher den Geheimniskrämer. Dennoch ist ihm mit seiner „geheimen Mission" ein Coup gegen die starre Haltung der Bundesregierung gelungen: Die Debatte um ein Asyl Snowdens in Deutschland verschärft sich.

War es wirklich die Sorge um die Privatsphäre der Deutschen, die das Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Deutschen Bundestags zur Kontrolle der Geheimdienste veranlasste, Snowden aufzusuchen, oder war Ströbele getrieben davon, die Welt mit der Wahrheit über die Abhöraktivitäten der USA zu versorgen? Prinzipientreue dürfte wohl kaum Ströbeles Beweggrund sein. Der zum linken Flügel der Grünen gehörende Politiker verteidigte RAF-Terroristen und war Mitglied des Sozialistischen Anwaltskollektivs, ein klassischer Staatsfeind also. Mit Widersprüchen hat er keine Probleme, wenn es um seine Vorteile geht. 2001 sorgte er sogar dafür, dass grüne Bundestagsabgeordnete für einen Bundeswehreinsatz an der Seite der USA gegen die Taliban stimmten, damit er sich per Nein-Stimme bei den Pazifisten einschmeicheln konnte, ohne damit das rot-grüne Bündnis zu gefährden. *M. Rosenthal-Kappi*





Hafterleichterung

Es stinkt und bröckelt

Wie uns die EU schon bis aufs Klo verfolgt, was Washington von Brüssel hält, und wie wir herausfinden, welche Menschen böse sind / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Man kommt gar nicht hinterher. Gerade erst haben wir die EU-Staubsauger-Verordnung verdaut, da verfolgen uns die Eurokraten nun schon bis aufs Klo: Vorhang auf für die Europäische Toilettenspülverordnung! In jahrelanger wissenschaftlicher Arbeit haben Brüsseler Experten errechnet, wie viel Spülwasser man benötigt, um das, was hinten raus kommt, unten loszuwerden.

Nach zahllosen Sitzungen und Praxistests kamen sie in der Endausscheidung zu dem Schluss, dass fünf Liter reichen. Mehr sollten EU-genormte Klospülungen pro Vorgang nicht verbrauchen. Um nicht kleinlich zu erscheinen, wollen uns die Fachleute aber eine Obergrenze von sechs Litern zugestehen. Das ist doch was!

Was aber will die EU dagegen tun, wenn uneinsichtige Kötler die kommende Richtlinie listig umgehen und zweimal ziehen? Da kommt noch viel wertvolle Arbeit auf die Brüsseler Latrinenkommission zu.

Jetzt bloß keine Häme! Die machen das nicht zum Spaß, sondern um den Planeten zu retten. Da in Südspanien Trockenheit herrscht, ist es unerlässlich, dass die Menschen im triefend nassen Hamburg weniger Wasser vergeuden. Zwar wird von dem dann zusätzlich verfügbaren Hamburg-Wasser kein einziger Tropfen jemals in Spanien ankommen. Aber rein statistisch gesehen würde sich die Lage insgesamt verbessern. Und darum geht es uns doch.

Nebenwirkungen interessieren die Brüsseler Experten nicht, Nebenwirkungen wie diese: In zahlreichen deutschen Landgemeinden schrumpft die Bevölkerung, aus dem gleich großen Wassernetz wird daher immer weniger Flüssigkeit abgezapft, worunter die Rohre leiden. Daher sind einige Wasserwerke schon heute gezwungen, einfach nur so Wasser durch die Leitungen zu jagen, damit ihnen die Rohre nicht verrotten. Wasser, das nie einen Hahn oder eine Spülung durchläuft. Mit dem Brüsseler Streich wird sich dieses Problem noch einmal ordentlich verschärfen.

Dass ein und dieselbe Wassersparverordnung für die iberische Halbwüste und die regenreichen Regionen Nordeuropas Blödsinn sein könnte, darauf kommen die Eurokraten selbstverständlich nicht. Wir wollen doch möglichst „gleichartige" Lebensverhältnisse in ganz Europa! Dafür braucht's eben auch gleiche Regeln für alle.

Zumindest die spanische Natur wird es der EU danken, oder nicht mal das? Die Frage ist nämlich, ob es wirklich die Toiletten sind, die so viel Wasser verbrauchen. Oder nicht vielleicht die riesigen, mit saftigen EU-Fördergeldern angelegten, künstlich beregneten Felder? Oder Hunderte von Golfplätzen, die ihre Existenz der EU-Strukturförderung verdanken und jede Nacht unter Wasser gesetzt werden müssen, damit sie unter der Sonne Andalusiens nicht versteppen?

> Toilettenbesucher haben eben keine Lobby wie Golfplatzbauer und Agrarindustrie

Nein, es ist das Klo! Erstens, weil Toilettenbesucher keine Lobby haben wie Golfplatzbauer oder Agrarindustrie und zweitens, weil … ist doch egal! Wir werden, wie immer, auch diese Einschränkung tapfer ertragen, selbst wenn die Konsequenzen zum Himmel stinken.

Europa ist halt nicht umsonst zu haben, dafür aber leistet es auch Großes. Seit mehr als hundert Jahren träumten die Bewohner des Städtchens Widin im nordwestlichsten Zipfel Bulgariens davon, dass sie eine Brücke über die Donau mit dem rumänischen Calafat verbindet.

Nichts geschah, bis die EU kam. Vergangenen Juni nun konnte EU-Kommissar Johannes Hahn das dreieinhalb Kilometer lange Prachtstück feierlich in Betrieb nehmen. Eine spanische Baufirma hatte das Projekt mit spanischen, portugiesischen, polnischen und ein paar bulgarischen Bauarbeitern realisiert mit 106 Millionen Euro EU-Zuschuss, dessen Löwenanteil wie üblich aus Deutschland kam – ein echtes Beispiel europäischer Kooperation also. So taufte Hahn das Brückenwerk denn auch symbolschwanger „Neues Europa". Applaus.

Wen „Neues Europa" nun eigentlich verbindet, trat in der Euphorie ein wenig in den Hintergrund. Die Menschen ziehen scharenweise weg aus der Gegend. So richtig benötigen wird die Brücke bald kaum noch jemand.

Doch das ist auch gut so: Nur gut vier Monate nach der Einweihung ist „Neues Europa" nämlich schwer baufällig. Die spanische Firma hat derart geschlampt, dass sich sogar die balkanischen Behörden entsetzt zeigen. Da müssen die Spanier jetzt aber ordentlich Schadenersatz blechen, oder?

Leider nein: Im Vertrag wurde keinerlei Garantie verankert. Die Baufirma musste beim Stümpern nur achtgeben, dass der Schmu nicht vor der Übergabe sichtbar wird. Danach: Mittelfinger! Natürlich wäre es vermessen und geradezu europafeindlich anzunehmen, dass hier Korruption im Spiel gewesen sein könnte. Aber es ist doch rührend zu erfahren, dass EU- und örtliche Behördenmitarbeiter derart eng und vertrauensvoll mit der Baufirma kolaboriert haben, dass diese ohne einen Fitzel Regresspflicht einfach so verschwinden konnte.

Vor allem sollten uns solche Patzer nicht irre machen im Glauben an die große Idee der EU. Wer wären wir denn in der Welt, wenn Europa nicht mit einer Stimme spräche? Gegenüber Großmächten wie den USA kann nur die EU als Ganzes Eindruck machen.

In harscher Reaktion auf die Abhöraffäre um die NSA schickte das EU-Parlament denn auch eine „hochrangige Delegation" nach Übersee, um bei den Amis mal richtig auf den Tisch zu hauen. Dort trafen unsere „Hochrangigen" auf den US-Präsidenten? Nein. Auf seinen Stellvertreter? Auch nicht. Aber auf den Außenminister? Ebenfalls nicht.

Ja, auf wen denn dann, zum Teufel? Laut Medienberichten durften die EU-Parlamentarier während ihres dreitägigen Besuchs einmal mit NSA-Chef Keith Alexander reden. Alexander teilte der Delegation mit, dass deutsche Bürger und Kanzlerin Merkel abgehört worden seien. Das wissen wir seit Wochen aus der Zeitung. Aber es ist doch schön, dass die EU-Abgeordneten es auf diese Weise jetzt auch erfahren haben. Mehr wollte Alexander den Abgesandten nicht sagen, die den Rest ihrer drei Tage mit „US-Vertretern" zusammengetroffen sein sollen, die derart weit unten in der Hierarchie zu stehen scheinen, dass selbst die erfahrenen Washington-Korrespondenten großer Medien deren Namen nicht kannten, mit anderen Worten: Die EU hat in Washington richtig Eindruck gemacht. Selbst Delegationen aus Swasiland oder Mikronesien wären nicht prominenter empfangen worden als die „Hochrangigen" aus Brüssel.

Übrigens: Leiter der Brüsseler Delegation war ein EU-Parlamentarier aus Großbritannien. Jenem Land, das mit den Amerikanern bei der Spitzelei Hand in Hand arbeitet.

Rechtspopulisten und Rechtsradikale spießen Sachen wie die Klo-Verordnung, die Brücke oder den Washington-Besuch gierig auf, um Propaganda zu machen. Wenn sie nicht gerade gegen Ausländer hetzen: Mit wachsendem Unbehagen nehmen Politik und Medien zur Kenntnis, dass den Bürgern das wachsende Unbehagen, das ihnen durch immer mehr Wirtschaftsimmigranten bereitet wird, immer weniger behagt.

Voller Erschütterung berichtet der „Spiegel" von einer Bürgerdemo im sächsischen Schneeberg gegen ein geplantes Asylantenheim, bei der auch die NPD gehörig mitgemischt haben soll. Um klarzumachen, was für Menschen diese Schneeberger sind, enthüllt uns das Blatt: „Schneeberg liegt nur 15 Kilometer entfernt von Zwickau, dem Unterschlupf des rechtsterroristischen NSU."

Aha, schon die geografische Nähe macht die Leute also verdächtig. Eine Logik, die besticht. Wenn der „Spiegel" dereinst mal die finstere Seele unserer polnischen Nachbarn entlarven will, wird er das vermutlich so machen: „Polen liegt nur 50 Kilometer von Berlin entfernt, der Stadt, in der Adolf Hitler regierte." Umgehend ist jedem Leser des Magazins klar: Da müssen die ja böse sein, diese Polen.

MEINUNGEN

Wirtschaftsjournalist ***Frank Meyer*** *wundert sich in seinem Internet-Portal „rottmeyer.de" (1. November) darüber, welche Empörung über den* ***Limburger Bischof*** *herrscht, während viel größere Verschwendungen, wie etwa beim* ***Berliner Flughafen****, ungesühnt bleiben:*

„Ein paar Millionen verdampfen hier, ein Milliärdchen verbrennt dort, aber man grinst sich weiterhin debil in die Kameras und erfreut sich der irdischen Konsequenzenlosigkeit politischer Fehlleistungen. Was genau der Aufsichtsrat in der Vergangenheit eigentlich beaufsichtigt hat, bleibt ebenso nebulös wie die Frage, warum außer dem Steuerzahler niemand für die Fehler bestraft wird. So sind die Verantwortlichen einer üppigen Pension erstaunlicherweise immer noch wesentlich näher als dem Entzug des Beamtenstatus."

Für ***Frits Bolkestein****, von 1999 bis 2004 niederländischer* ***EU-Kommissar****, ist der* ***Euro*** *bereits* ***am Ende****. Das Forum „freie welt.net" zitiert den Liberalen am 31. Oktober:*

„Die Währungsunion ist gescheitert. Der Euro ist eine Schlaftablette, die die Defizitländer von einem „dolce far niente" (süßen Nichtstun) träumen ließ, anstatt sich Gedanken über ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit zu machen. Das Ergebnis ist eine Transferunion, die dauerhaft zu werden droht."



Bettina Röhl *fragt sich in der „Wirtschaftswoche" (4. November), warum* ***konservative Wähler*** *immer noch daran glauben, dass ihre Ansichten von* ***CDU und CSU*** *vertreten würden:*

„Substanziell ist die Politik der Unionsparteien auf eine hemmungslose Anpassung an den linken Mainstream ausgerichtet … Merkel lacht sich häufig heimlich ins Fäustchen, wenn sie an ihr verschaukeltes Wahlvolk denkt, das sich so willig und geradezu freudig und in jedem Falle vorauseilend unterwirft und sich einer Art Selbstverleugnung anheim gibt. Merkels Macht beruht auf der Schizophrenie der konservativen Wähler, die gegen ihre eigenen Überzeugungen und Interessen wählen und handeln …"

Dorothea Siems *empört sich in der „Welt" (5. November) über die* ***freigiebige Renten- und Sozialpolitik*** *von Schwarz-Rot, welche die Grundlagen des deutschen* ***Wohlstands untergrabe****. Sie warnt:*

„In Südeuropa lässt sich besichtigen, wie ein überbordender Sozialstaat und ein überregulierter Arbeitsmarkt die Chancen der Jugend zunichtemachen. Warum die Deutschen dem Beispiel der Spanier, Italiener oder Griechen folgen, obwohl weltweit der wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik bewundert wird, ist wohl nur mit der Kurzsichtigkeit des Führungspersonals von SPD und Union zu erklären."